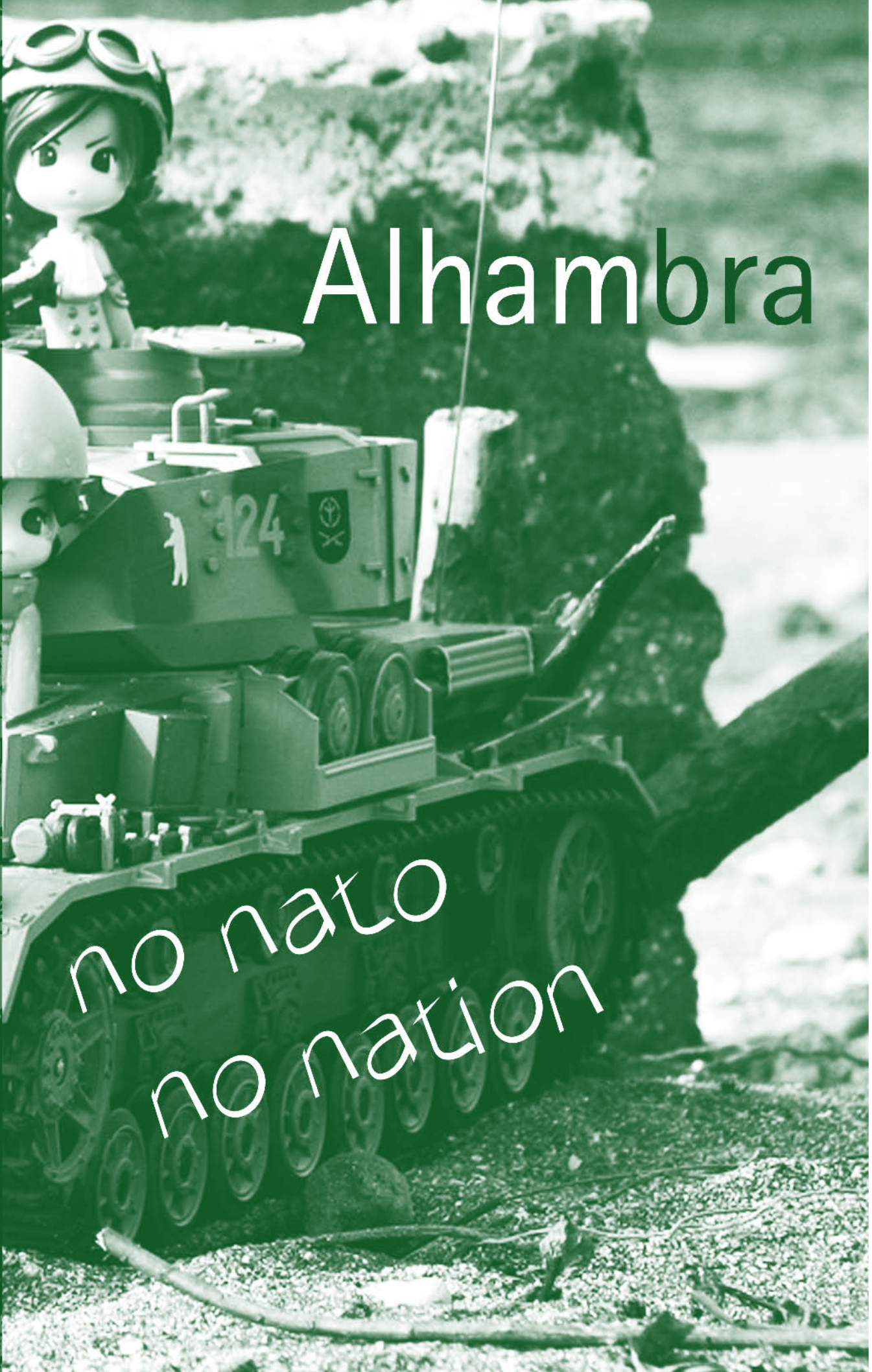


Alhambra

no nato no nation

Zeitung und Programm
Januar/Februar 2009

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

schwerpunkt: deutschland führt krieg
Mit Auschwitz in das Kosovo 8
Prototyp Afghanistan 10
Die Bundeswehr im Kongo 14
Befreien Sie zehn Tanker Ihrer Wahl 16
Prozesserklärung im mg-Verfahren 18

antirassismus
Antimuslimischer Rassismus 23
Lagerkritiker vor Gericht 26

finanzkrise
Die K-Frage stellen! 30

antiatom
Wiederkehr der Anti-Atom-Bewegung? 33

feminismus
Das Unbehagen der Geschlechter 36

kapitalismus
4 + 1 Varianten verkürzter Kapitalismuskritik 38

tiere
Menschlich bleiben! 40

fußball
Interview mit dem Fanclub Adelante 42

D.I.Y WOCHENENDE IM ALHAMBRA
23.01.09 BIS 25.01.09

Bisheriges Programm:

Freitag, 23.01.09 ab 21.00 Uhr:
Crush-Hour-Concerts präsentiert: GUTS PIE EARSHOT

Samstag, 24.01.09 12.00 Uhr bis 20.00 Uhr:
D.I.Y. Workshops und Themen (ausführliche Informationen folgen)

Samstag, 24.01.09 ab 20.30 Uhr:
La Strada zeigt Filme zu Bewegungen und Ungehorsam in Oldenburg

Samstag, 24.01.09 ab 22.30 Uhr:
Solitresen

Sonntag, 25.01.09 12.00 Uhr bis 20.00 Uhr:
D.I.Y. Workshops und Themen (ausführliche Informationen folgen)

Sonntag, 25.01.09 ab 20.30 Uhr:
La Strada zeigt Filme: Antirepression statt Tatort

Editorial

Deutschland führt Krieg! Seit 1999 lassen sich Politiker_innen, Medien und think tanks immer neue Strategien einfallen, diese Kriege der Öffentlichkeit schmackhaft zu machen. So wurde der Besonderheit deutschen Geschichte beim Kosovokrieg insofern beachtet, als dass sie auf fatale Weise auf den Kopf gestellt wurde. Deutschland führte laut herrschender Ideologie nicht trotz, sondern wegen Auschwitz Krieg. Der Afghanistan-Einsatz wurde dann bis vor wenigen Monaten als „bewaffnete Entwicklungshilfe" verkauft. Mit Slogans, wie „Hinsehen, hingehen, helfen" wird der Zynismus der offiziellen Legitimierung der Kriege auf die Spitze getrieben. Ein „humanitärer Einsatz" jagt den nächsten und „Stabilitätsexport" als Maßnahme zur „Terrorbekämpfung" ist Teil des moralisch-sicherheitspolitischen Legitimationskonstruktes auf dem die neue Praxis westlicher Ausbeutungspolitik beruht. Deutschland hat in den letzten Jahren immer offener die Verteidigung der eigenen Interessen – also dem Zugang zu Rohstoffen und Märkten, sowie den Ausbau der eigenen Machtstellung in der globalen Weltordnung – auch mit militärischen Mitteln propagiert.

Massenproteste gegen die offensichtliche Tatsache, dass Deutschland wieder direkt als militärische Macht agiert, blieben bis heute leider aus. Nichtsdestotrotz gab es – neben einzelnen Protesten – verschiedene Antimilitarist_innen, die den Kriegstreibern schon im eigenen Land Steine in den Weg legen und sich für deutsches Kriegsgerät brennend interessieren. Um Antimilitarist_innen zu kriminalisieren, zogen die deutschen Behörden den § 129 aus dem Ärmel und führen jetzt Prozesse gegen vermeintliche Mitglieder der militanten Gruppe (mg) In ihrer Prozesserklärung (S.18) stellen sie die Motive der deutsche „Verteidigungspolitik" am „Einsatz" in Afghanistan und dem Kosovokrieg klar. Eine umfangreichere Analyse von neoliberalem Kolonialismus und seinen Folgen, Handlungsmustern sowie viele weitere gute Texte zu Militarisierung bietet die Informationsstelle für Militarisierung (www.imi-online.de).

Um Kriegspolitik und ihre Ideologie effektiv und sichtbar zu delegitimieren und anzugreifen wartet der 60.Geburtstag der NATO auf uns: Vom 01.-05. April 2009 wird der NATO-Gipfel in Straßburg stattfinden. Das nordatlantische Militärbündnis wird dort darüber beraten, wie die Machtinteressen des globalen Nordens effektiver militärisch durchgesetzt werden können. Verschiedene antimilitaristische Netzwerke und Gruppen wollen sich dort und in Baden-Baden der NATO-Kriegsmaschinerie entgegenstellen. Beteiligen wir uns an den Protesten!

NATO-Gipfel zum Desaster machen!

Menschlich bleiben (Seite 40). Diesen Artikel haben wir – genau wie viele andere Linke in den letzten Monaten – kontrovers diskutiert. Eine Schwäche des Artikels ist die sehr undifferenzierte Verwendung des Begriffs Veganismus.

Seit der Finanzkrise ist Marx wieder en vogue und Kapitalismus in aller Munde. Leider ist Kapitalismuskritik oft sehr verkürzt, also zum Beispiel dumpf personalisierend. Verkürzte Kapitalismuskritik ist nicht zwangsläufig antisemitisch, dem modernen Antisemtismus beispielsweise kann allerdings eine solche zugrunde. Die Kritik an der verkürzten Kritik wird oft von den so genannten Antideutschen hochgehalten – manchmal zu recht, manchmal auch nicht. Der Text „4 + 1 Variante von verkürzter Kapitalismuskritik" (Seite 38) versteht sich als Intervention in die Debatte um das Thema. Der Text fasst systematisch die verschiedenen verkürzten Formen zusammen; bringt dann aber noch eine fünfte Variante von verkürzter Kapitalismuskritik: die der Wertkritik, also der Antideutschen selber.

Doch die Finanzkrise hat noch relevantere Folgen als den momentanen Hype um die Vervielfachung des Verkaufs des ersten Bands des Kapitals von Marx. Auf der ganzen Welt treffen die Folgen vor allem die vom Reichtum ausgeschlossenen. Die Kluft zwischen Reichtum und

extremer Armut ist größer als je zuvor.

Doch überall auf der Welt regt sich Protest, formieren sich soziale Bewegungen; in Deutschland (in Anbetracht einer zu erwartenden krassen Fortsetzung von Prekarisierung) bisher sehr verhalten... Dies zu ändern ist das Ziel der Interventionistischen Linken (IL). Ihr Text „Die K-Frage stellen" wendet sich an alle, die nicht einfach individualisiert die Folgen der Krise erleiden wollen, sondern sie zum Anlass nehmen wollen, die Unzufriedenheit über Armut und sozialen Ausschluss in eine sozialen Bewegung zu bündeln, die den Kapitalismus in Frage stellt; jenseits des Staates, der in der Finanzkrise deutlicher denn je sein Gesicht als ideeller Gesamtkapitalist zu Tage trägt. Wir können uns allerdings nicht erklären, warum die sonst so reflektierte IL im zweiten Absatz auf den so gängigen Zug der verkürzten Kapitalismuskritik durch Personalisierung aufspringt. Schließlich ist der IL doch sonst auch klar, dass es um die ganze Bäckerei geht. Naja, immerhin eine Übung für die, die den Text zur verkürzten Kapitalismuskritik gelesen haben...

Mit Spannung haben wir den Prozess gegen einen Kritiker der niedersächsichen Flüchtlingspolitik am 18. Dezember erwartet. Dieser war angeklagt den Lagerleiter Lüttgau als eben solchen und als „rassistische Autorität" bezeichnet zu haben. Zu unserer Freude fanden sich über 50 kritische Prozessbeobachter_innen ein, die die lächerlichen Ausführungen des Oberstaatsanwalt Schewe höhnisch kommentierten. Der Bedeutung des Prozesses angemessen machten sich auch der Weihnachtsmann und ein Vertreter der „Gewerkschaft der Lagerleiter" auf den Weg den Prozeß kritisch zu beobachten. Oberstaatsanwalt Schewe bewertete die Bezeichnung des Lagerleiters Lüttgau als „rassistische Autorität" als eine ehrverletzende „Schmähkritik" und forderte in seinem Plädoyer eine Geldstrafe von 40 Tagessätzen á 15 Euro. Zuvor wurde er allerdings durch eine Gesangseinlage aus den voll besetzten Rängen der Zuschauer_innen unterbrochen. Der lautstark intonierte „Lagerleiter-Song" brachte ihn merklich aus der Fassung.

Der zuständige Richter schloss sich dieser Interpretation der Staatsanwaltsschaft nicht an und sprach den Angeklagten von allen Vorwürfen frei. Einschränkend stellt er jedoch klar, dass das Urteil kein Freibrief für die generelle Bezeichnung Lüttgaus als „rassistische Autorität" ist. Entscheidend sei der verwendete Kontext. Im Anschluss an die Urteilsverkündung machten sich ca. 20 Leute auf den Weg zum Weihnachtsmarkt, um dort gegen die rassistische Bezeichnung von Süßigkeiten durch eine Ladenbetreiberin aufmerksam zu machen. Angeprangert wurde die Verwendung der Bezeichnungen „Mohrenkopf" und „Togo-Waffel". Nach einiger Zeit waren Vertreter_innen des Weihnachtsmarktes und der Polizei vor Ort und forderten eine Ende der angeblichen Versammlung. Letztlich musste die Ladenbetreiberin nach Aufforderung des Weihnachtsmarktleiters die beanstandeten Schilder aus der Verkaufstheke nehmen. Der Abschluss eines alles in allem erfolgreichen Vormittages...

Überrascht waren wir von den (wieder-) erstarkten sozialen Bewegungen in Italien, die sich in der dritten Amtsperiode des Medienmoguls (äh, Ministerpräsidenten) Berlusconi ausgehend von Protesten gegen die konservativ-neoliberalen Bildungsreform organisieren. Leider hat es für einen Artikel hierzu nicht mehr gereicht. Ihr müsst mit einer Kurzmeldung vorlieb nehmen.

Direkt in unser letztes Redaktionstreffen reingeplatzt sind die aufstandartigen Ausschreitungen in Griechenland. Als Reaktion auf den Mord eines 15-jährigen Jugendlichen durch einen griechischen Polizisten in Athen am Abend des 6. Dezember liefern sich tausende Aufständische tagelange Straßenschlachten mit der Polizei. Die Riots weiten sich sehr schnell auf das ganze Land aus. Berichten zu Folge brennen landesweit mehr als 100 Autos, 20 Banken und etliche Kaufhäuser vollständig aus.

Der griechische Innenminister bietet als Konsequenz umgehend seinen Rücktritt an, was der konservative Premier ablehnt. Am 8. Dezember erklärt die Lehrer_innengewerkschaft einen dreitägigen Streik, sehr viele Schulen bleiben geschlossen. Auf den im ganzen Land tobenden Schüler_innen-Demos geht daraufhin wieder einiges zu Bruch und in Flammen auf. Der Sachschaden wird zu diesem Zeitpunkt insgesamt bereits auf einen dreistelligen (!) Millionenbetrag geschätzt.

In Berlin wird am gleichen Tag das griechische Konsulat von 15 Aktivist_innen besetzt und später von SEK-Bullen geräumt. In etlichen deutschen Städten finden in den folgenden Tagen Solidemos statt.

In Oldenburg demonstrieren am 10. Dezember ca. 120 Menschen kraftvoll und laut in der Innenstadt aus Solidarität mit den griechischen Genoss_innen, gegen Polizeigewalt und für die soziale Revolution. Die Polizei ist so unvorbereitet, dass sie auf Flaschenwürfe nicht reagieren kann, Hundestaffel und BePo treffen zuspät ein. Nach einer kurzen Verschnaufpause ziehen etwa 50 Aktivist_innen wieder in die Innenstadt und versuchen erfolglos einen überaus hässlichen und etwa 12m hohen Weihnachtsbaum mitten in der Stadt abzufackeln.

Einen schalen Beigeschmack haben bei uns die ausbleibenden Reaktionen auf die Freisprüche der Mörder von Oury Jalloh und Laye Condé hinterlassen. Wie eine angemessene Reaktion hätte aussehen können haben uns die griechischen Genoss_innen eindrucksvoll demonstriert.

Ihnen solidarische Grüße und Euch viel Spaß beim Lesen!

Die Redaktion

Polizei bestiehlt Flüchtlinge

Oldenburg In den letzten Monaten sorgte eine Praxis der Polizei überregional für Schlagzeilen. Die Oldenburger Polizei nimmt Flüchtlingen seit einigen Jahren Bargeld ab, wenn sie mehr als 50 Euro dabei haben. Bekannt wurde der Fall von Ali F. „Wir wollten in die Diskothek, als sie uns kontrollierten", sagt Ali F. 230 Euro hatte der 29-jährige Libanese im Portemonnaie, weil in der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde (ZAAB) in Blankenburg bei Oldenburg nach seiner Beobachtung viel geklaut wird. 180 Euro behielt die Polizei ein. „Das Geld hatte ich mir bei Ein-Euro-Jobs mühsam und legal verdient", klagt F. Er habe damit einen Deutschkurs bezahlen wollen. Auch nach einem Gespräch mit dem Sozialdienst im Lager bekam er das Geld nicht zurück. Vielmehr wurde es nun mit den so genannten„Taschengeld"-Zahlungen (1,36 Euro pro Tag!) verrechnet.

Bargeld zu konfiszieren, sei eine »neue Qualität in der Verhöhnung von Menschen, die ohnehin nur von 70 Prozent der Sozialleistungen leben müssen«, empört sich Kai Weber vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat.

Das Lager Blankenburg abschaffen! Und die Polizei gleich mit!

Überfüllte Lager an den Außengrenzen der Festung Europa

Griechenland Die Haftlager an den Außengrenzen sind völlig überfüllt. Nach Schätzungen des griechischen Ombudsmanns sind ungefähr 58 000 Flüchtlinge und Migranten in den ersten sechs Monaten in Griechenland angekommen. Weit über 15 000 Menschen wurden allein von Januar bis Ende September 2008 in regulären und ad hoc errichteten Lagern auf den griechischen Ägäis-Inseln inhaftiert. Die Insel Leros (53 Quadratkilometer, 8 000 Einwohner) registrierte in den ersten neun Monaten des Jahres 3 500 Flüchtlinge.

Jörg Haider endlich tot

Klagenfurt Auf dem Rückweg von einer Party hat sich der betrunkene und zu schnell fahrende Jörg Haider bei einem Überholmanöver mehrfach mit seinem Dienstwagen überschlagen. Er starb noch am Unfallort. Der 58-jährige Kärntner Landeshauptmann (Ministerpräsident) und Chef der rechten Partei Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) hätte auch in seinem privaten Hubschrauber oder einer seiner Luxuslimousinen umkommen können. Das Geld für diese Luxusspielzeuge bezog er aus aus einem der größten Grundbesitze Österreichs; das Land vermachte ihm ein Onkel, der während des Zweiten Weltkriegs von der Vertreibung der Juden profitierte.

Seine NS-relativierenden und rassistischen Äußerungen werden wohl doch einige vermissen. Immerhin legten viele nationalistische Trottel vor Haiders Amtssitz in Kärnten Blumen und Briefe nieder und zündeten Kerzen an. Im ganzen Bundesland wurde Trauerbeflaggung angeordnet. Auch die belgische Flamenpartei Vlaams Belang und die italienische Lega Nord sprachen ihre Trauer aus. Haiders Vize im Parteivorsitz, Stefan Petzner, brach mehrfach öffentlich in Tränen aus und sprach von einem „Weltuntergang". Dann wollen wir mal hoffen, dass seine Welt wirklich bald untergeht!

Passagiere verhindern Abschiebeflug

Paris Am 18. Oktober 2008 versuchte die französische Polizei einen jungen Afrikaner nach Senegal abzuschieben. Doch dieser wehrte sich – auch gegen

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

die brutalen Übergriffe der sechs Beamt_innen, die sich gleichzeitig an ihm zu schaffen machten. Einige Passagiere fingen an zu protestieren und ermutigten die anderen einen Stehstreik zu machen. Kurz darauf stürmte ein Kommando der Polizei in das Flugzeug und ging mit Knüppeln und Schildern auf die Passagiere los, die sich jedoch nicht einschüchtern ließen. Einen Zusammenbruch und eine Festnahme später musste die Abschiebung abgebrochen werden. Die gescheiterten Beamt_innen mussten unter dem wütenden und siegreichen Applaus der Passagiere das Flugzeug wieder verlassen.

Keine Abschiebungen von Roma und anderen Minderheiten in den Kosovo

Potsdam Am Donnerstag, den 20. November überreichten Vertreter der Roma der Innenministerkonferenz in Potsdam eine Petition in der ein sicherer Aufenthaltsstatus für die Roma gefordert wird, die vor dem Krieg aus dem Kosovo nach Deutschland geflüchtet waren.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen unterstützt ausdrücklich diese Petition und fordert die Innenminister des Bundes und der Länder auf, Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo, wie u. a. Roma und Ashkali endlich ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren. Knapp zehn Jahre nach dem Kosovokrieg leben immer noch rund 34 000 Flüchtlinge aus dem Kosovo ohne festen Aufenthaltsstatus in Deutschland.

Nachdem der kosovarische Premieminister Thaci ein EU-gefördertes Programm zur „Unterstützung der Rückkehr und Reintegration von Flüchtlingen" vorgestellt hat, ist klar, dass die Abschiebebestrebungen der BRD in naher Zukunft stark zunehmen werden.

Bleiberecht für alle – sofort!

Ausschreitungen am Erinnerungstag

Athen Der 17. November ist Jahrestag der Studentenrevolte in Athen gegen die griechische Diktatur im Jahre 1973. Die dreitägigen Gedenkfeiern finden überall in Griechenland ihren Abschluss in Demonstrationen. Die größte Demonstration findet dabei jedes Jahr in Athen statt. Sie endet jedes Mal an der amerikanischen Botschaft, die beschuldigt wird damals die Junta unterstützt und mit ihr zusammengearbeitet zu haben.

Die Polizeirepression gegen die Demonstration in Athen war wie jedes Jahr sehr stark, mindestens 8 500 Polizistinnen begleiteten diesmal den Marsch und kümmerten sich vor allem um den „Schwarzen Block". Trotz der starken Polizeirepression kam es am Ende, beim Erreichen der amerikanischen Botschaft zu Ausschreitungen.

Unterstützter Widerstand in Knästen

Griechenland Gefangene begannen Anfang November einen Hungerstreik gegen die Bedingungen in den griechischen Gefängnissen und gegen Knäste im Allgemeinen. Seit Beginn des Widerstands führen Anarchist_innenen jeden Tag (und nachts) dutzende Aktionen gegen staatliche Ziele, Banken durch. Bis zu 8 000 Gefangene (griechische Gefängnisse zählen zur Zeit 14 000 Insassen) beteiligten sich an dem Widerstand in 21 von 24 griechischen Knästen.

EU zwingt afrikanische Länder zur Kollaboration

Paris/Dakar Begleitet von Protesten aus mehreren westafrikanischen Staaten hat eine EU-Afrika-Konferenz diese Woche ein Dreijahresprogramm zur Migrationskontrolle verabschiedet. Das Papier, das in allen wesentlichen Elementen deutschen Konzeptionen entspricht, ist den beteiligten afrikanischen Ländern de facto aufgezwungen worden. Es sieht vor, neue Mechanismen für einen passgenauen Zufluss afrikanischer Arbeitskräfte in die EU zu entwickeln. Für Flüchtlinge und andere nicht erwünschte Einwanderer sieht das Dreijahresprogramm neue Maßnahmen zur Abwehr und zur Abschiebung vor, darunter den Einsatz kostspieliger High-Tech-Geräte zur Personenkontrolle. Die Technologie ist umstritten, ihre Anwendung in Afrika spült jedoch Millionen in die Kassen der deutsch-europäischen Repressionsindustrie und hilft, die strategisch wichtige Branche zu stärken. Nichtregierungsorganisationen in Westafrika reagieren empört. Über die Zumutung der EU, die afrika-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

nischen Staaten sollten sich an der Migrationskontrolle beteiligen, heißt es in Senegal: „Wir sind nicht die Gendarmen Europas."

Mehr Infos dazu unter: www.german-foreign-policy.com

Gegen das Rückübernahmeabkommen mit Syrien

Berlin/Damaskus Bis zu 7 000 syrischen Flüchtlingen droht die Abschiebung. Die meisten von ihnen sind Kurd_innen. Der Grund: Am 14. Juli 2008 haben der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble und der syrische Innenminister Bassam Abdelmajid ein bilaterales Rückübernahmeabkommen unterzeichnet. Besonders problematisch ist der Artikel 2 des Rücknahmeabkommens, der auch die Rückführung „Staatenloser" ermöglicht. Hiervon ist insbesondere die kurdische Bevölkerung betroffen, die in Syrien seit Jahrzehnten extremer staatlicher Repression ausgesetzt ist. In Folge einer Sondervolkszählung im Jahre 1962 wurde 150 000 Kurd_innen die Staatsbürgerschaft entzogen. Diese Gruppe, welcher staatsbürgerliche und politische Rechte vorenthalten werden, umfasst nach Schätzungen von Menschenrechtsgruppen heute etwa 300 000 Personen. In Deutschland leben ca. 28 350 syrische Staatsangehörige. Etwa 7 000 Personen gelten als ausreisepflichtig. Die überwiegende Mehrheit dieser Menschen sind Angehörige der kurdischen Minderheit. Das Abkommen ermöglicht außerdem auch die Abschiebung anderer ausreisepflichtiger Flüchtlinge, wenn sie nachweislich über Syrien nach Deutschland eingereist sind.

Keine Abschiebungen – nie und nirgendwohin! Auch nicht nach Syrien!

BND-Agenten im Kosovo festgenommen

Pristina Die Festnahme mehrerer BND-Agenten im Kosovo Mitte November wirft zum wiederholten Male ein Schlaglicht auf den polit-kriminellen Charakter der Geschehnisse in dem westlichen Protektorat. Den drei Männern, die für eine Tarnfirma der deutschen Auslandsspionage arbeiteten, wird vorgeworfen, in mehrere Bombenanschläge gegen Einrichtungen der EU sowie der UNO verwickelt zu sein. Im Fall eines Schuldspruchs drohen ihnen bis zu 20 Jahren Haft. Tatsächlich war der BND bereits in der Vergangenheit in kriminelle Machenschaften im Kosovo involviert; er half beim Aufbau der Terrororganisation UCK und hielt Kontakt zu den Organisatoren der kosovo-albanischen Pogrome, die im März 2004 zahlreiche Todesopfer forderten. Ziel war es jeweils, die politische Entwicklung in dem Gebiet entscheidend zu beeinflussen. Ob dies auch im aktuellen Fall zutrifft, ist bislang ungeklärt. Beobachter_innen schließen nicht aus, dass die Festnahme von der kosovarischen Mafia in die Wege geleitet worden ist. Der BND hatte in der Vergangenheit mehrfach über die Organisierte Kriminalität in Pristina berichtet, die in der dortigen „Regierung" Amtsträger stellt; genannt wurde etwa der gegenwärtige

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

„Ministerpräsident". Für die kriminellen Verhältnisse im Kosovo trägt vor allem Berlin Verantwortung, das die Herausbildung eines kosovarischen „Staates" im Protektorat der EU unter Führung mutmaßlicher Gangster durchgesetzt hat – unter Mithilfe des BND.

Kriegsdenkmal pink angemalt

Bremen Am 18. November 2008 wurde Bremens größtes Soldaten-Denkmal von innen fast komplett pink angemalt. Außerdem wurde der finstere Backsteinbau, den die Nazis in den 30er Jahren errichten ließen, mit den Slogans „Soldaten sind Mörder" und „NATO versenken" verschönert. Derlei Aktionen würden auch in Oldenburg den deutschen Militarismus problematisieren und vielleicht eine mobilisierende Wirkung für die Proteste gegen den NATO-Gipfel im April in Straßburg haben.

Freispruch für Brechmittelmord

Bremen Fast vier Jahre nach dem tödlichen Brechmitteleinsatz hat das Bremer Landgericht den angeklagten Polizeiarzt am 4. Dezember 2008 freigesprochen. Dem 44-Jährigen könne der Vorwurf der fahrlässigen Tötung nicht nachgewiesen werden, urteilten die Richter. Neben der Verteidigung plädierte auch die Staatsanwaltschaft (!) auf Freispruch. Er wurde am 27. Dezember 2004 unter dem unbewiesenen Verdacht des Drogenbesitzes festgenommen, im Polizeirevier Vahr auf eine Liege gefesselt und bekam gewaltsam Brechmittel und mehrere Liter Wasser verabreicht. Laye-Alama Condé fiel ins Koma und starb am 07. Januar 2005 später. Nach dem Freispruch protestierten rund 20 Zuschauer_innen mit Sprechchören wie „Laye Condé – das war Mord!", daraufhin räumte die Polizei den Gerichtssaal.

Seit dem Tod von Laye-Alama Condè wird im Land Bremen auf die zwangsweise Brechmittelgabe verzichtet – ebenso auch in anderen Bundesländern wie Hamburg und Niedersachsen.

Wir fordern die Bestrafung aller Täter_innen und eine angemessene Entschädigung aller Opfer dieser Tortur.

In Gedenken an Laye Condé: Möder zur Verantwortung ziehen!

Mörder von Oury Jalloh freigesprochen

Dessau Oury Jalloh wurde am 07. Januar 2005 an Händen und Füßen auf einer Schaumstoffmatratze gefesselt in einer Dessauer Polizeizelle verbrannt. Nach 60 Verhandlungstagen sind die Mörder von Oury Jalloh freigesprochen worden. Der Vorsitzende Richter Steinhoff erklärte, dass die Verhandlung „trotz aller Bemühungen schlicht und ergreifend gescheitert" sei und sprach die beiden angeklagten Polizisten frei. Der Prozess war geprägt von bewusst lügenden Polizeizeugen, die sich häufig widersprachen. Die Staatsanwaltschaft hatte nie in die Richtung eines Mordes oder Totschlags an Oury Jalloh ermittelt.

Während des letzten Prozesstages demonstrierten 150 Menschen durch Dessau, die Polizei versuchte den an-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

geblichen Versammlungsleiter aus der Menge rauszugreifen. Im Anschluss an die Urteilsverkündung kam es zu tumultartigen Szenen im Gerichtssaal.

Schulbesetzung

Oldenburg Im Rahmen des bundesweiten Schulstreiks gegen das bestehende Bildungssystem am 12. November kamen über 3 000 Schüler_innen zu einer Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz zusammen, wo die Besetzung der IGS Flötenteich verkündet wurde. Daraufhin setzte sich eine Demo in Richtung der Schule in Bewegung um dort gemeinsam mit den anderen Schüler_innen alternativen Unterricht zu gestalten und an Workshops teilzunehmen. Dies konnte aufgrund der Androhung einer Räumung durch die Polizei seitens der Schulleitung nicht stattfinden. Stattdessen gab es eine symbolische Sitzblockade und eine kraftvolle, lautstarke, parolenreiche Spontandemo in die Innenstadt, die sich sogar von der Polizei nicht aufhalten ließ und ihren Unmut über das ungerechte Schulsystem kundtat.

Insgesamt waren am 12. November bundesweit 125 000 Menschen auf der Straße, um für eine Schule für alle, kostenfreie Bildung, kleinere Klassen und gegen Turbo-Abi und Leistungsstress zu protestieren.

Breite Protestbewegung gegen rechte Regierungspläne

Italien In ganz Italien entwickelte sich im Oktober und November eine Protestbewegung, wie sie Italien lange nicht erlebt hat. Der Anlass waren die Pläne der rechten Regierungskoalition – angeführt von Silvio Berlusconi. Während den ohnehin überfüllten Universitäten weiter Geld gestrichen werden soll, drohen den Schulen noch massivere Umbaumaßnahmen. Es sollen 87 000 Lehrer_innenstellen gestrichen werden, 4 200 kleinere Schulen sollen geschlossen und die Ganztagsschule abgebaut werden. Hinzu kommen eher ideologisch motivierte Maßnahmen wie die Einführung von Schuluniformen und die Wiederbelegung der Betragen-Note. Abgerundet wird das, was die regierende Rechte unter Bildungspolitik versteht, durch die Lega Nord, die „Sonderklassen" für Schüler_innen mit Migrationshintergrund einführen will.

Schüler_innen, Studierende und andere Linke antworteten mit unerwarteter Stärke. Schulen und Universitäten wurden besetzt und überall in Italien demonstrierten zum Teil bis zu einer Million Menschen. Durch den Schulstreik am 30. November blieben mehr als 70 % der Schulen im ganzen Land geschlossen. Sowohl der Schulstreik als auch der Hochschulstreik am 14. November wurde von riesigen Demos begleitet.

Neonazis brennen autonomes Zentrum nieder

Stockholm In der Nacht zum 30. November haben Neonazis einen Brandanschlag auf das autonome Zentrum ‚Cyclopen' im Stockholmer Stadtteil Högdalen verübt. Bei dem Brand konnten sich in dem Haus befindende Menschen gerade noch retten. Das Zentrum brannte komplett aus. Damit ist eines der wichtigsten sozialen Zentren Schwedens, von dem viele selbstverwaltete Sozial- und Kulturprojekte ausgingen, verloren gegangen und mit ihm das größte Archiv Nordeuropas für soziale Bewegungen.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Brand in Zusammenhang mit dem eine Woche später stattfandenden Naziaufmarsch im nahe gelegenen Salem steht, da das ‚Cyclopen' in den letzten Jahren der zentrale Koordinationspunkt für die antifaschistischen Gegenaktivitäten war.

Nur zwei Tage nach dem Brand, am ersten Dezember, attackierten Neonazis zwei Gewerkschafter_innen sowie deren dreijähriges Kind in deren Wohnung. Die Faschos kippten Benzin in den Briefkasten und zündeten ihn an. Die Gewerkschafter_innen mussten mit ihrem Kind aus dem dritten Stock über dem Balkon zur Nachbarwohnung klettern um dem Feuer zu entkommen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Mit Auschwitz in das Kosovo

Gegen eine neue Art der Auschwitzlüge

Als Anzeige in der Frankfurter Rundschau ganzseitig veröffentlicht, haben Überlebende des Holocaust, zu denen ich gehöre, in einem offenen Brief an den Außen- und Verteidigungsminister sich dagegen verwahrt, mit einer neuen Auschwitzlüge die Toten von Auschwitz für ihre Kriegspropaganda zu missbrauchen. Uns ist fast der Atem weggeblieben, als wir wahrnahmen, der Angriffskrieg, der Bombenterror gegen Jugoslawien wird mit Auschwitz gerechtfertigt. War es Zufall, dass Scharping Wochen vor Kriegsbeginn mit einer Gruppe von Bundeswehrsoldaten die Gedenkstätte Auschwitz besuchte, um dort zu erklären, damit Auschwitz sich nicht wiederhole, müssten deutsche Soldaten nach Kosovo? In der Medienwelt wurde das groß aufgemacht. Damit war der Krieg gegen Serbien bereits mit Auschwitz ideologisch vorbereitet. Wir, ehemalige Auschwitzhäftlinge, haben in einer Presseerklärung des »Auschwitzkomitees in der Bundesrepublik« tags darauf unsere helle Empörung zum Ausdruck gebracht, die Toten von Auschwitz, die dort Ausgerotteten, zu benutzen, um in der deutschen Bevölkerung die Zustimmung zu erreichen, dass Deutschland wieder Krieg auf dem Balkan führt. Nur war unser Protest von Politikern und Medien so gut wie überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden.

Mit der Hilfe einer breiten Gruppe von Unterstützern konnten wir unseren Brief am 23. April in der »Frankfurter Rundschau« auf einer ganzen Seite veröffentlichen. Daraufhin erreichte mich eine Resonanz, die ich mir nicht hätte träumen lassen. Auch Joseph Fischer hat auf die Anzeige reagiert, indem er erklärte, er nehme die Stimme von Überlebenden des Holocaust ernst. Und doch wiederholt er immer wieder, weil er an Auschwitz denke, müsse Deutschland am Krieg gegen Jugoslawien teilnehmen. Auch in einem Spiegel-Gespräch mit dem Staatsminister für Kultur Naumann spielte die Anzeige eine Rolle.

Was uns zu diesem Brief veranlasste, ist die infame Instrumentalisierung von Auschwitz für Kriegspropaganda, funktionalisiert in anderem Sinne, als Martin Walser es meinte. Abend für Abend die Bilder im Fernsehen, die sich in den Köpfen festfressen, von verstümmelten Leichen, Fotoaufnahmen, die Scharping in den Pressekonferenzen vorführt, von denen niemand nachprüfen kann, wie sie zustande gekommen sind, 8.000 seien ermordet, vergeblich sucht man die Überreste dieser Opfer. Von KZ ist die Rede, aber keines hiervon ist durch Luftaufnahme ausgemacht worden, während bekanntlich Infrarot-Kameras aus zehntausend Meter Höhe selbst die Aufschrift eine Streichholzschachtel wahrnehmen können. Zur psychologischen Kriegsführung gehören vor allem die Bilder von verzweifelten Flüchtlingen und Vertriebenen, ein unendlicher Strom suggeriert, die Zielorte wären industrielle Massenvernichtungsfabriken. Wie oft werden diese Worte gebraucht: Völkermord, Genozid. Das Menetekel ist Auschwitz, Holocaust. Milosevic gleich Hitler, als führe er einen Angriffskrieg gegen die EU-Staaten, als wolle er, gleich Hitler, mit Eroberungs-, Ausplünderungs- und Ausrottungsfeldzügen die Welt erobern, ihr eine Neuordnung unter der Herrschaft einer »Eliterasse« aufzwingen. Vertreibung gleich Holocaust. Sicherlich gab und gibt es entsetzliche Grausamkeiten und Morde im Bürgerkrieg zwischen serbischen Soldaten und Polizei einerseits und der UCK andererseits. Niemand ist unberührt vom Elend der Flüchtlinge und Vertriebenen – zumeist unschuldige Opfer, wenn wir vor allem die Kinder vor Augen haben. Ihnen gehört mein Mitgefühl, desgleichen den durch Bomben bislang über 1.500 zu Tode Gekommenen und den Tausenden Verletzten unter der serbischen Bevölkerung – den »bedauerlichen Kollateralschäden«.

Mit »Nie wieder Auschwitz« führt Deutschland seit dem 24. März Krieg.

Auschwitz, Holocaust! Welch ungeheuerliche Banalisierung dieses in der Weltgeschichte einmaligen, entsetzlichsten Verbrechens gegen die Menschheit, dieses Zivilisationsbruchs, als alle hohen Werte der deutschen Dichter und Philosophen, des »Wahren, Schönen, Guten« an Auschwitz zerschellten! In unserem Brief haben wir vor allem die neue Art der Auschwitzlüge angeprangert. Mit der alten Auschwitzlüge wird die Existenz von Auschwitz geleugnet. Die neue Lüge leugnet die Einmaligkeit der Barbarei des deutschen Faschismus und behauptet, im Kosovo würde sich der Holocaust wiederholen. Holocaust, was war denn Holocaust? Das war die Vernichtung, die Ausrottung von »unwertem

Leben«, das millionenfache Morden von Menschen, nur deshalb, weil sie geboren sind, wie Ungeziefer ausgerottet. 6 Millionen jüdischer Menschen, ein halbe Million Sinti und Roma und auch Millionen der slawischen Bevölkerung. Fast alle meine Verwandten wurden in der Gaskammer ausgerottet. Mein zweijähriges Kind musste ich in einem Versteck unterbringen, um es vor der Gaskammer zu retten. Ach, wären die Millionen damals mit nichts anderem bedroht gewesen, wie schlimm es auch gewesen wäre, als nur vertrieben zu werden, aber das Leben erhalten zu können! Mit dem Verweis auf Auschwitz diesen Krieg zu rechtfertigen, mit dem dann alle künftigen Kriege gerechtfertigt werden können, das wollen wir, die Überlebenden des Holocaust nicht zulassen! Auf diese Weise die Nazivergangenheit Deutschlands zu entsorgen, mit einem »Nie wieder Auschwitz« sich vom historischen Ballast zu befreien, ist auch eine Art der Vergangenheitsbewältigung. Wegen ihrer Vergangenheit wären gerade die Deutschen in erster Linie verpflichtet gewesen, alles zu tun, diesen Krieg zu verhindern, jedenfalls sich herauszuhalten, wofür es tausend Gründe gäbe. Als Warnung vor Krieg und Barbarei hat Auschwitz bis jetzt gegolten, nun gilt Auschwitz als moralische Rechtfertigung für Angriffskriege. Wir dürfen das nicht zulassen!

Wir sind die Überlebenden des Holocaust – der Nazihölle nur mit viel Glück entrannen. Selbst die schlimmsten Pessimisten unter uns konnten sich nicht vorstellen, dass jemals wieder auf dem europäischen Kontinent, geschweige denn von deutschem Boden ausgehend, ein Krieg geführt

werden könnte, damals als ein Meer von Blut und Tränen hinter uns lag. Vor allem im Gedenken daran, welch unermessliche Opfer es gekostet hat, den 8. Mai 1945 herbeizuführen, die Menschheit vor der Nazibarbarei zu retten – das sowjetische Volk allein 25 Millionen seiner Bürger. Gemessen an der Zahl der Bevölkerung, haben die Serben im Widerstand gegen den deutschen Faschismus die meisten Opfer zu beklagen. Auch daran haben wir in unserem Brief erinnert. Kaum jemand in Europa, kaum jemand in unserem Land, der damals nicht sagte: Nie wieder! Nie wieder Krieg! Jetzt wird nach so viel Leid, Not und Tod, Verwüstung und Vernichtung der ewige Friede kommen, dachte fast jeder. Schließlich entstand hieraus die UNO, die Vereinten Nationen, die UN-Charta, aus der wir in unserem Brief zitierten: »um künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat«. Beschlossen wurde, die »Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren«. Und nicht zuletzt ist die Existenz der UNO eine Errungenschaft des antifaschistischen Widerstandes. Soll sie jetzt durch die NATO unter Führung der USA ein für allemal liquidiert werden? Bei aller Skepsis gegenüber der Wirksamkeit dieser internationalen Institution, es gilt, sie zu verteidigen, sie nicht durch die NATO, so etwas wie eine Weltgendarmerie, ersetzen zu lassen! Zielt doch die NATO-Militäraktion gegen Jugoslawien darauf, die Welt nach den Interessen von imperialistischen Großmächten unter Führung der USA neu zu ordnen.

Den Zuspruch, den wir bundesweit erfahren haben, hat uns ermutigt und viel Hoffnung gegeben. Hoffnung vor allem darauf, dass unter den Befürwortern des Krieges die Einsicht wächst, dass der militärische Einsatz gegen Jugoslawien die eigentliche »humanitäre Katastrophe« auslöste und die Existenzgrundlage der jugoslawischen Bevölkerung vernichtete. Hoffnung auch, dass es doch noch zu einer massenhaften Friedensbewegung in unserem Lande kommen wird. Es ist die Hoffnung auf die Wiederkehr einer ähnlich machtvollen Friedensbewegung, wie derjenigen, die in den 50er Jahren gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr, in den 80er Jahren gegen die Stationierung von atomaren Erstschlagswaffen und auch gegen den Golfkrieg wirkte. Vielleicht haben wir mit diesem Brief etwas dazu beigetragen.

Peter Gingold, Illoyal Nr. 8

Prototyp Afghanistan: Neoliberales Nation Building und zivil-militärische Aufstandsbekämpfung

Afghanistan ist das gegenwärtig größte Experimentierfeld für eine neue Form der NATO-Kolonialpolitik, bei der zivil-militärische Aufstandsbekämpfung und neoliberales Nation Building Hand in Hand einhergehen

Auf beiden Seiten des Atlantiks ist man sich deshalb einig, scheitert die NATO in Afghanistan, so steht ihre Existenz und damit auch die westliche Kriegspolitik zur Disposition. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnet den Krieg als "Lackmustest für [...] eine handlungsfähige NATO" und der designierte US-Präsident Barack Obama will deutlich mehr Truppen nach Afghanistan entsenden. Auch sein republikanischer Ex-Rivale John McCain lässt keine Zweifel an der Bedeutung des Einsatzes aufkommen: "Die Zukunft des Bündnisses hängt untrennbar mit den Ergebnissen in Afghanistan zusammen. [...] Wenn die NATO in Afghanistan versagt, ist es schwierig sich vorzustellen, dass die Allianz weitere 'harte' Operationen innerhalb oder außerhalb des Bündnisses unternimmt, und ihre Glaubwürdigkeit würde schweren Schaden nehmen."

Stationen der Eskalation: Vom Wiederaufbau zur Aufstandsbekämpfung

Anfänglich war das Einsatzgebiet der im Dezember 2001 ins Leben gerufenen und im August 2003 von der NATO übernommenen ISAF auf die afghanische Hauptstadt Kabul beschränkt. Auch wenn sich die ISAF zur Imagepflege - und in Abgrenzung zur ebenfalls in Afghanistan operierenden US-geführten Operation Enduring Freedom (OEF) - gerne wahlweise als "Friedensmission", "Stabilisierungseinsatz" oder "Wiederaufbaumission", kurz als eine Art "bewaffnete Entwicklungshilfe" tituliert, hat dies mit der Einsatzrealität nichts zu tun. Insbesondere seit das NATO-Einflussgebiet in vier Schritten auf das ganze Land ausgedehnt wurde, stehen Kampfhandlungen im Zentrum der Operationsplanung.[…]

Zudem wurde bereits mit der Süderweiterung das ISAF-Truppenkontingent von 9.000 auf 18.500 und nach der Ostexpansion auf über 30.000 SoldatInnen erhöht. Inzwischen werden immer mehr SoldatInnen an den Hindukusch geschickt: Im Jahr 2007 wurde ihre Zahl von 30.000 auf 43.000 und nun auf 47.600 (Stand: 1. September 2008) aufgestockt. Doch hierdurch gelang es keineswegs, das Land zu "befrieden" - im Gegenteil, mittlerweile eskaliert die Situation in Afghanistan zusehends.

Im Jahr 2007 kamen über 8.000 AfghanInnen, davon zahlreiche ZivilistInnen, ums Leben, die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem Widerstand und der ISAF stiegen von 1755 im Jahr 2005 auf über 6000 im Jahr 2007. Dieses Jahr hat sich die Zahl der Zusammenstöße nochmals dramatisch erhöht, allein in der Woche vom 15.-21. September registrierte die ISAF 250 solcher Vorfälle. Auch die Opfer unter den westlichen Truppen erhöhen sich kontinuierlich. 2007 starben 232 NATO-SoldatInnen, im Mai und Juni 2008 überstiegen die Verluste in Afghanistan sogar erstmals die im Irak.

Neben der Entsendung von immer mehr Truppen und der Ausweitung des Einsatzgebietes reagierte die NATO vor allem mit der Änderung der Einsatzregeln (rules of engagement) auf die veränderte Sicherheitslage, ein Schritt, der maßgeblich zur Eskalation beitrug. Diese Einsatzregeln legen die Kriterien und Umstände fest, unter denen NATO-Soldaten im jeweiligen Einsatz Gewalt einsetzen dürfen. Sie schrieben für Afghanistan lange Zeit vor, dass Waffengewalt ausschließlich zur Selbstverteidigung nach einem erfolgten Angriff angewendet werden durfte. Nicht zuletzt, weil man den Krieg mit der Süd- und Osterweiterung gezielt eskalieren wollte, wurden die Einsatzregeln bereits Anfang 2006 verändert. Seither ist auch die aktive Bekämpfung von Widerstandsgruppen erlaubt.

Spätestens damit veränderte sich endgültig der Charakter der vorgeblichen Friedens- und Stabilisierungsmission. Nüchtern stellt die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik diesbezüglich fest: "In ganz Afghanistan hat sich die ISAF-Mission seit 2006 von einer reinen Stabilisierungsoperation zu einem Einsatz mit dem Schwerpunkt Aufstandsbekämpfung entwickelt."

Deutschland: Per Salamitaktik immer tiefer in den Krieg

Gerne wird von deutscher Seite die "Vorreiterrolle" beim zivilen Wiederaufbau und die Führungsfunktion im Norden hervorgehoben. Die Verbündeten bewerten das Engagement aber anders, denn die deutschen Truppen sind fast ausschließlich im vergleichsweise ruhigen Norden des Landes stationiert.

Im Osten und Süden, wo die schwersten Auseinandersetzungen stattfinden, kämpfen und sterben jedoch vor allem SoldatInnen der USA, Kanadas und Großbritanniens.

Vor diesem Hintergrund übten die Verbündeten ab 2006 massiven Druck auf Deutschland aus, sich stärker an den Kampfhandlungen zu beteiligen. Dies stellte die Bundesregierung vor ein Problem: Zwar trägt sie den gegenwärtigen NATO-Eskalationskurses voll mit, sieht sich aber einer Bevölkerung gegenüber, die die Beteiligung deutscher Truppen an Kampfhandlungen mit deutlicher Mehrheit kategorisch ablehnt. Will man jedoch seinen Einfluss in Afghanistan, aber auch in der NATO (und darüber hinaus) nicht einbüßen, so ist es aus deutscher Sicht zwingend erforderlich, sich stärker zu involvieren. Nur wer Krieg führt, darf international mitbestimmen, anders können die weiterhin gültigen Aussagen von Ex-Außenminister Joschka Fischer über die Motivation des deutschen Afghanistan-Engagements nicht interpretiert werden: "Die Entscheidung ‚Deutschland nimmt nicht teil' würde auch eine Schwächung Europas bedeuten und letztendlich bedeuten, dass wir keinen Einfluss auf die Gestaltung einer multilateralen Verantwortungspolitik hätten. Genau darum wird es in den kommenden Jahren gehen. [...] Das Maß der Mitbestimmung richtet sich nach dem Maß des Mitwirkens."

Aufgrund dieser Konstellation ist die Bundesregierung gezwungen, schrittweise vorzugehen, um die Bevölkerung sachte daran zu "gewöhnen", dass sich Deutschland immer stärker am blutigen Krieg am Hindukusch beteiligt. Der erste "Meilenstein" hierfür war die Anfang 2007 beschlossene Entsendung von Recce-Tornados. Sie werden auch im Süden und Osten eingesetzt und liefern Zieldaten, auf deren Grundlage anschließend Bombardierungen erfolgen. Doch dieser Beitrag genügt den Verbündeten nicht, wie teils recht unverblümt verdeutlicht wurde. Deshalb kündigte Verteidigungsminister Franz-Josef Jung im März 2008 an, man wolle nun "robustere Maßnahmen ins Zentrum rücken". Hierfür übernahm die Bundeswehr im Juni die Quick Reaction Force (QRF) von Norwegen, eine explizit für offensive Kampfmaßnahmen ausgerichtete Truppe, die in Nord- und Westafghanistan operieren soll. Hauptauftrag der QRF, die sich als "Feuerwehrtruppe" versteht, die überall dort zum Einsatz kommt, wo der Widerstand an Boden gewonnen hat, ist nach Angabe von Thomas Raabe, Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, "crowd and riot control", also Aufstandsbekämpfung.

Die Übernahme der QRF führt deutsche Auslandseinsätze in eine neue Dimension, wie Die Welt in einem Kommentar verdeutlichte: "Erstmals stehen bei einem Auftrag der Bundeswehrsoldaten offensive Kampfaktionen im Vordergrund. Ihre Mandatsvorgänger, die Norweger, empfehlen den Deutschen, sich jetzt auch aufs Töten und Sterben vorzubereiten." […]

´Die Politiker müssen der deutschen Öffentlichkeit beibringen, dass geschichtliche, humanitäre und vordergründige materielle Erwägungen nicht der Grund dafür sind, dass deutsche Soldaten zu Konfliktherden geschickt werden", schreibt die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. „Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenig andere Länder." (FAS, 13.8.06) Da die Mehrheit der deutschen Bevölkerung derartigem Engagement aber skeptisch gegenübersteht, muss sie sachte an die deutschen Großmachtambitionen mitsamt ihrem aggresiv-militaristischen Niederschlag in Afghanistanund anderswo gewöhnt werden – sowohl verbal als auch in der Praxis.

Das Wort „Krieg" ist in Deutschland mit gutem Grund – noch – sehr negativ besetzt. Deshalb bezeichnet die Bundesregierung den Einsatz in Afghanistan lieber wahlweise als „Friedensmission", „Stabilisierungseinsatz" oder „Wiederaufbaumission"; kurz als eine Art „bewaffnete Entwicklungshilfe". Trotz der dramatischen Eskalation der Kampfhandlungen und steigenden Opferzahlen unter den deutschen SoldatInnen (bis Ende Oktober sind in Afghanistan 30 Soldaten gestorben) hält Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) an seiner Sprachregelung fest: „Es ist eben kein Krieg." Doch meheren sich die Stimmen, die dafür plädieren, der Bevölkerung mehr oder minder unverblümt die Wahrheit zu sagen. So äußerte sich Ex-Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) folgendermaßen:

„Es ist irreführend, wenn die Regierung so tut, als handele es sich beim Afganistan-Einsatz um eine Art bewaffnete Entwicklungshilfe. Es ist ein Krieg der NATO, des Westens, der Zivilisation gegen die Welt-Krake Terrorismus."

Zuvor wurde im Oktober jedoch die territoriale und personelle Ausweitung des deutschen Afghanistan-Mandats eingetütet. So kann Deutschland nun 4.500 statt wie bisher 3.500 BundeswehrsoldatInnen entsenden. Darüber hinaus wurde der Einsatz nicht auf 12, sondern auf 14 Monate verlängert, damit das Thema nicht in den Bundestagswahlkampf 2009 hineinspielt.`(aus „Kriegseskalation in Afghanistan" ak Nr.533)

Schutz am Boden und in der Luft

Neoliberales Nation Building

In der gesamten Debatte wird vollständig ausgeblendet, dass Afghanistan im Zuge des (neoliberalen) Wiederaufbaus zu einem Selbstbedienungsladen für westliche Konzerne umfunktioniert wurde. Das Bundesamt für Außenwirtschaft bejubelt auch noch die hierbei führende Rolle Deutschlands: "Ein Erfolg ist die mit Hilfe der Bundesregierung geschaffene 'Afghan Investment Support Agency - AISA', die Investoren innerhalb von nur einer Woche sämtliche Formalitäten abnimmt, deren Registrierung vornimmt und eine Steuernummer vergibt. [...] Die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft und der Schutz von Investoren wurden in die neue afghanische Verfassung aufgenommen; [...] Die Bundesregierung hat im April 2005 ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit Afghanistan gezeichnet. [...] Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land."

Besagtes Investitionsschutzabkommen beinhaltet u.a. Zollreduzierungen, den 100%igen Firmenbesitz von Ausländern, einen weit reichenden Schutz vor Enteignungen, Steuerbefreiung in den ersten acht Jahren und 100%igen Gewinntransfer ins Ausland.

Die lobend erwähnte und von Deutschland ins Leben gerufene "Afghan Investment Support Agency" erweist sich dabei als wichtiger Durchlauferhitzer für westliche Investitionen. Ihren Angaben zufolge haben sich seit 2003 mehr als 6.200 Unternehmen als Investoren registriert. Das bei der Agentur erfasste Investitionsvolumen war Anfang 2008 mit rund 2,4 Mrd. US$ angegeben worden. Zu den großen ausländischen Investoren zählen u.a.: Siemens, Tobishima Japan, British Petroleum, Air Arabia, Alcatel, Dagris, Coca-Cola, KPMG, Roshan, Afghan Wireless, Alcatel, Hyatt, Serena Hotels und DHL. Auch deutsche Unternehmen gehen dabei also nicht leer aus. […]

Afghanistan GmbH, Scheinhilfe und humanitäres Desaster

Als extrem profitabel hat sich auch das Wiederaufbauunwesen erwiesen. Denn die Geberländer achten tunlichst darauf, dass ihre Hilfsgelder wieder in die Taschen der eigenen Konzerne zurückwandern. Obwohl afghanische Firmen die meisten Aufträge billiger und hochwertiger durchführen könnten, sollen sich lieber westliche Konzerne eine goldene Nase verdienen. So kritisiert Caritas International die vorherrschende Vergabepraxis mit folgenden Worten: "Viel davon ist das Ergebnis 'gebundener Hilfe', bei der die Geldgeber ihre Unterstützung an vertraglich vereinbarte Bedingungen knüpfen, dass importierte Arbeitskräfte und Güter genutzt werden müssen, zumeist des jeweiligen Geber-Landes."Schätzungen von Oxfam zufolge fließen 40% der Hilfsgelder so direkt zurück an die Konzerne der intervenierenden Staaten. Als "Afghanistan GmbH" bezeichnete eine Studie der afghanischen Politikwissenschaftlerin Fariba Nawa die interessengeleitete Wiederaufbaupraxis.

Wandert die Entwicklungshilfe nicht unmittelbar in die Taschen westlicher Konzerne, wird sie ggf. gleich vollkommen schnörkellos im Rahmen der in Afghanistan praktizierten Zivil-militärischen Zusammenarbeit direkt zur Bekämpfung des Widerstands verwendet. So kritisierte Caritas International im Juni 2008, dass "die Ausschüttung der Hilfsgelder nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert". Zu einem ähnlichen Schluss gelangt sogar die Stiftung Wissenschaft und Politik: "Die Verquickung staatlicher und nichtstaatlicher Ansätze raubt der zivilen Hilfe zunehmend jene Eigenständigkeit, die sie gerade ihrem nicht-staatlichen Charakter verdankt, und lässt sie als Teil der politisch-militärischen Strategie der in Afghanistan präsenten Staaten erscheinen."

Durch diese Entwicklungshilfe im Kampfanzug verlieren humanitäre Helfer ihre politische Neutralität. Sie werden in den Augen der afghanischen Bevölkerung zu einem integralen Teil des Besatzungsregimes und damit zu Gegnern. Im Jahr 2004 wurden 24 MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen in Afghanistan ermordet, 2005 waren es 31 und 2006 insgesamt 26. Die bewaffneten Angriffe auf zivile HelferInnen haben sich laut dem Afghanistan NGO Safety Office (ANSO) in den ersten drei Monaten 2008 gegenüber dem Vorjah-

reszeitraum verdoppelt. Ihnen fielen neun Menschen zum Opfer. Laut ANSO hat sich die Gefährdungslage in den letzten Jahren in sämtlichen Bereichen deutlich vergrößert und wird weiter zunehmen, was u.a. auf den zunehmenden Respektsverlust vor der politischen Neutralität von NGO-MitarbeiterInnen zurückgeführt wird. Aufgrund der immer kritischeren Sicherheitslage mussten sich mittlerweile zahlreiche humanitäre Organisationen aus Afghanistan zurückziehen, Ärzte ohne Grenzen bereits 2004, aber auch Malteser International oder die Welthungerhilfe - ein Armutszeugnis für den als humanitär getarnten NATO-Krieg. […]

Guerillakrieg im Eigenbau

Vor dem Hintergrund der westlichen Kriegs- und Besatzungspraxis sehen immer größere Teile der afghanischen Bevölkerung in den westlichen Truppen keine Wohltäter, sondern Okkupanten. Unter den Paschtunen* sprechen sich 70 bis 80 % und in der anderen Bevölkerungshälfte ebenfalls über 50 % gegen die Auslandspräsenz aus. Aus diesem Grund steigt auch der Anteil derjenigen, die bereit sind, sich gewaltsam gegen den - sicher nicht völlig zu unrecht - zunehmend als ausbeuterisch wahrgenommenen Westen zur Wehr zu setzen. Einigen Umfragen zufolge befürworten mittlerweile über 50 % der afghanischen Bevölkerung politisch motivierte Selbstmordattentate gegen die Besatzer.

Dabei wäre es grob verkürzt, den wachsenden Widerstand pauschal als ideologisch motiviert abzuqualifizieren - die Wirklichkeit ist komplexer. Auf der Basis umfassender Feldforschung kommt der Senlis Council, eine kanadische Denkfabrik, zu dem Ergebnis, der wachsende Widerstand hänge elementar damit zusammen, dass sich die humanitäre Situation seit 2001 massiv verschlechtert habe. Der Widerstand setze sich aber nicht - wie hierzulande permanent suggeriert wird - aus religiösen Fanatikern zusammen, sondern größtenteils aus "armutsgetriebenen 'Graswurzelgruppen'". Selbst die der US-Luftwaffe zuarbeitende RAND Corporation kommt zu dem Ergebnis, lediglich 20% der Aufständischen seien ideologisch den Taliban zuzuordnen.

Fazit: Die Truppen raus - sofort!

Die gegenwärtige Entwicklung lässt nur den Schluss zu, dass ein Ausstieg aus der Eskalationsspirale durch einen sofortigen Truppenabzug dringend geboten ist.

Stattdessen wird versucht, die Bevölkerung von der Notwendigkeit dieses Einsatzes zu überzeigen. "Größere Bemühungen in den westlichen Hauptstädten sind nötig, um den eigenen Bevölkerungen zu erklären, dass man auf lange Sicht bleiben muss", so die Forderung der renommierten International Crisis Group.

Erfreulicherweise scheint die deutsche Bevölkerung nicht bereit zu sein, dieser Kriegspropaganda auf den Leim zu gehen: Umfragen zufolge lehnen 86% Kampfeinsätze grundsätzlich ab und 55% sprechen sich für einen schnellstmöglichen Truppenabzug aus. Nun gilt es, diese "demoskopische Friedensbewegung" (Laura von Wimmersperg) sichtbar zu machen und so Druck auf die Bundesregierung auszuüben, von ihrer fatalen Politik Abstand zu nehmen. […]

Jürgen Wagner

Eine ausführliche Studie des Autors zum NATO-Krieg in Afghanistan findet sich unter http://www.imi-online.de/download/IMI-Studie-2008-11.pdf

*Das Wort Afghan wird heute nur noch sehr selten bzw. kaum noch als Eigenname der Paschtunen benutzt. Die Paschtunen selbst bevorzugen ihre Eigenbezeichnung Paschtune (auch Pakhtune) gegenüber den Fremdbezeichnungen Pathane oder Afghane.

Ungekürzter Artikel in Graswurzelrevolution Nr. 333

Die Bundeswehr im Kongo

Drei Thesen zu den Gründen für den Einsatz 2006

Zuletzt war die Demokratische Republik Kongo während der Wahlen im Jahr 2006 im Fokus des ‚westlichen' Medieninteresses. Die Bundesrepublik zeigte militärische Präsenz im Rahmen der sogenannten EU-Kongo-Mission EUFOR, um, wie es hieß, den ordnungsgemäßen Verlauf der Wahl abzusichern. Die Anwesenheit der Truppe beschränkte sich allerdings auf die vergleichsweise sichere Hauptstadt Kinshasa. Gegenwärtig senden die großen Agenturen nur noch selten Nachrichten aus dem zentralafrikanischen Land. Dabei geht der Krieg weiter und deutsche Interessen spielen in der zentralafrikanischen Region nach wie vor eine große Rolle.

2006 beteiligte sich die Bundeswehr mit 780 Soldaten an einer etwa 2 100 Soldat_innen starken EU-Kampftruppe, EUFOR R.D. Congo genannt, für vier Monate die UN-Blauhelm-Truppe MONUC unterstützen sollte, um einen friedlichen Verlauf der für den 30. Juli angesetzten ersten Präsidenten- und Parlamentswahlen in der DR Kongo seit 1965 zu gewährleisten. Erstmalig übernahm Deutschland mit ihrem Einsatzführungskommando in Potsdam die militärische Führung eines autonomen Militäreinsatzes der EU. Frankreich stellte 800 Soldaten und das taktische Hauptquartier in Kinshasa. Insgesamt beteiligten sich 19 EU-Staaten und die Türkei. Hauptaufgabe der deutschen Truppe sei es gewesen, Wahlhelfer in Not zu evakuieren, aber auch in Kinshasa das französische Hauptquartier zu schützen. Die Mehrzahl der afrikanischen Länder, inklusive der Regierung in Kinshasa lehnten den Bundeswehreinsatz als überflüssig ab. Kriegsminister Jung bewertete ihn als Erfolg. Deutschland habe seinen Teil dazu beigetragen, das besondere Interesse Europas an einer friedlichen Entwicklung der Region zu unterstützen. „Auch mit Blick auf die Migration in Richtung Deutschland und Europa sind wir an einer friedlichen und demokratischen Entwicklung im Kongo und in ganz Afrika interessiert.", so Minister Jung. Abgesehen von dieser offiziellen Begründung, die den europäischen Kampf gegen Migration als Hauptgrund des Militäreinsatzes nennt, gibt es allerdings zahlreiche weitere – und tatsächlich gravierendere – Gründe, denen wir im Folgenden nachgehen wollen. Wir werden unsere Position in drei kurzen Thesen darstellen:

1. Der Einsatz der Bundeswehr in der DR Kongo dient der weiteren Normalisierung der Militarisierung der BRD

Krieg soll in Deutschland wieder salonfähig gemacht werden. Dafür dient der Diskurs der „humanitären Intervention", der „stabilisierenden Konflikteindämmung", der „Friedensmission Deutschlands/Europas" usw., kurz: der „bewaffneten Entwicklungshilfe". Die deutsche Bevölkerung soll so daran gewöhnt werden, dass Deutschland seine Interessen nicht nur wirtschaftlich, sondern eben auch militärisch verteidigt. Für diese These spricht, dass der Bundeswehreinsatz in Kinshasa vollkommen überflüssig war: Alle Handlungen hätten von den 17 000 MONUC-Soldaten und den kongolesischen Sicherheitskräften ausgeführt werden können. Er hatte keinen realen Nutzen, wie afrikanische NGO's konstatieren. Der symbolische Nutzen für die militaristische Normalisierung ist jedoch nicht zu unterschätzen.

2. Die DR Kongo dient als Experimentierfeld für europäische Battlegroups

EUFOR D.R. Congo ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der Militarisierung der EU. Seitdem die EU im Jahr 2000 von der WEU (Westeuropäische Union) die sogenannten Petersberger Aufgaben (Militäreinsätze von der Evakuierung bis zum friedenserzwingenden Kampfeinsatz – sprich Krieg) übernommen hat, ist sie ein Militärpakt. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, baut die EU eine Schnelle Eingreiftruppe auf, die 80 000 Soldat_innen stark, ab 2010 binnen zwei Monaten komplett verlegbar sein soll. Als Kriegsmaterial sollen ihr rund 100 Schiffe, darunter vier Flugzeugträger, sieben U-Boote, 17 Fregatten und zwei Korvetten sowie 400 Flugzeuge zur Verfügung stehen (The Military Balance 2002/2003, S. 219). Die Bundesregierung stellt ihr 18 000 Soldaten fest zur Verfügung. Das ist das größte nationale Kontingent aller 25 EU-Mitglieder. Die Speerspitze der Schnellen Eingreiftrup-

pe der EU werden sogenannte Battlegroups bilden, jeweils 1500 Mann stark, für die die EU-Staaten bereits Kontingente für 12 Battlegroups gemeldet haben. Insgesamt sollen es einmal 19 werden. Ab 2007 sollten die ersten voll einsatzfähig sein. Spätestens nach 15 Tagen sollen die Battlegroups im Umkreis von bis zu 6000 km um Brüssel eigenständig (d.h. ohne NATO-Unterstützung) einsetzbar sein und zwischen einem und vier Monate durchhalten können. Das Battlegroup-Konzept besagt, dass sie „bestimmt (sind) für, aber nicht begrenzt (sind) auf den Gebrauch für zusammenbrechende oder zusammengebrochene Staaten (von denen sich die meisten in Afrika befinden)". Ihr Einsatz soll „vorrangig (aber nicht exklusiv)" auf Grundlage eines Mandats nach Kapitel VII der UN-Charta erfolgen. Mit anderen Worten: Der offene Völkerrechtsbruch ist beabsichtigt und wird vorbereitet. Deutschland hat seine Beteiligung gleich an sieben der 12 Battlegroups angemeldet, wobei es in vieren die Führung übernehmen will. Das ist die häufigste Beteiligung und die häufigste Führungsübernahme aller EU-Staaten. Es gibt also ein großes deutsches Engagement bei der EU-Militarisierung.

3. Die BRD hat ein Interesse an den kongolesischen Rohstoffen

Seit der Ermordung Lumumbas durch CIA, belgischen Geheimdienst und Tschombés antikommunistische Clique findet ein Ausverkauf der Rohstoffe des offiziell unabhängigen Kongo statt. Auch Laurent und Joseph Kabila, die seit dem Sturz Mobutus 1997 die Macht in Kinshasa innehaben, haben zig-Millionen durch den Ausverkauf der Rohstoffe an transnationale Unternehmen verdient. Laut der FAZ soll Joseph Kabila über eine Milliarde auf seine privaten Kontos transferiert haben. Die entscheidenden Rohstoffe sind: Diamanten (Platz 4 der weltweiten Förderung), Gold, Kupfer und Kobalt (25% der Weltproduktion), Germanium, Coltan, Erdöl und Holz. Dabei bedienen sich US-amerikanische, französische, australische, belgische, südafrikanische, kanadische, chinesische und eben auch diverse deutsche Firmen. Letztere vor allem im Bereich des Coltan und Holzabbaus (Firma H.C. Starck aus Goslar, Tochterunternehmen

des Bayer-Konzerns; Congolaise Industrielle des Bois, Danzer u. v. w.). Dabei bleibt nichts von dem Profit in der DR Kongo hängen. Gegen eine kleine „Aufwandsentschädigung" für Joseph Kabila erhalten die jeweiligen Konzerne die Abbaurechte. Das reiche Land Kongo wird armgeplündert.

Auch Siemens hat massiv seine Finger im Spiel. So verdient der Konzern nicht nur Millionen am Wiederaufbau Kinshasas und des Telekommunikationsnetzes. 2003 erhielt Siemens von der Weltbank den Auftrag, die zwei bestehenden Kraftwerke an den Inga-Staudämmen südlich von Kinshasa, die derzeit nur mit einer Kapazität von 30 Prozent arbeiten, zu sanieren. 550 Mio. USD seien dafür bis 2010 notwendig. Die Inga-Staudamm-Projekte bieten großes Profitpotenzial. Die DR Kongo hat nach China und Russland die drittgrößten durchschnittlichen Reserven an Wasserkraft in der Welt. Davon werden bisher nur 2% genutzt, wie die EU in einem Strategiepapier feststellte (KOM(2005) 489 vom 12.10.05).

Desweiteren werden die Rohstoffe der DR Kongo zur Zeit von Nachbarstaaten, beispielsweise Ruanda, abgebaut und dann weiter in die USA und die BRD verschifft. Es gibt also viele direkte und indirekte Profiteure des anhaltenden Bügerkriegs in der DR Kongo.

Bei einem Machtwechsel in der DR Kongo könnten diese Zugriffsrechte gefährdet werden. Beim Bundeswehreinsatz ging es also darum, die korrupte Machtstruktur im Kongo, die den transnationalen Konzernen einen preiswerten Zugriff auf die reichhaltigen Ressourcen des Landes sichert, mittels Wahlen zu konservieren und vor allem zu legitimieren. Dies schon ganz im Vorgriff auf ein neues Bundeswehrweißbuch, dessen Entwurf Minister Jung vorgelegt hat. „Vorrangige Interessen deutscher Sicherheitspolitik bestehen darin, die europäische sowie transatlantische Sicherheit und Stabilität zu stärken, den Wohlstand des Landes durch einen freien und ungehinderten Welthandel zu ermöglichen", heißt es im Weißbuch-Entwurf und „hierbei gilt es wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich besonders den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden."

Für mehr Hintergrundinformationen zu den kongolesischen Rohstoffen und den westlichen Interessen ihrer Ausbeutung: www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kongo/ und www.imi-online.de

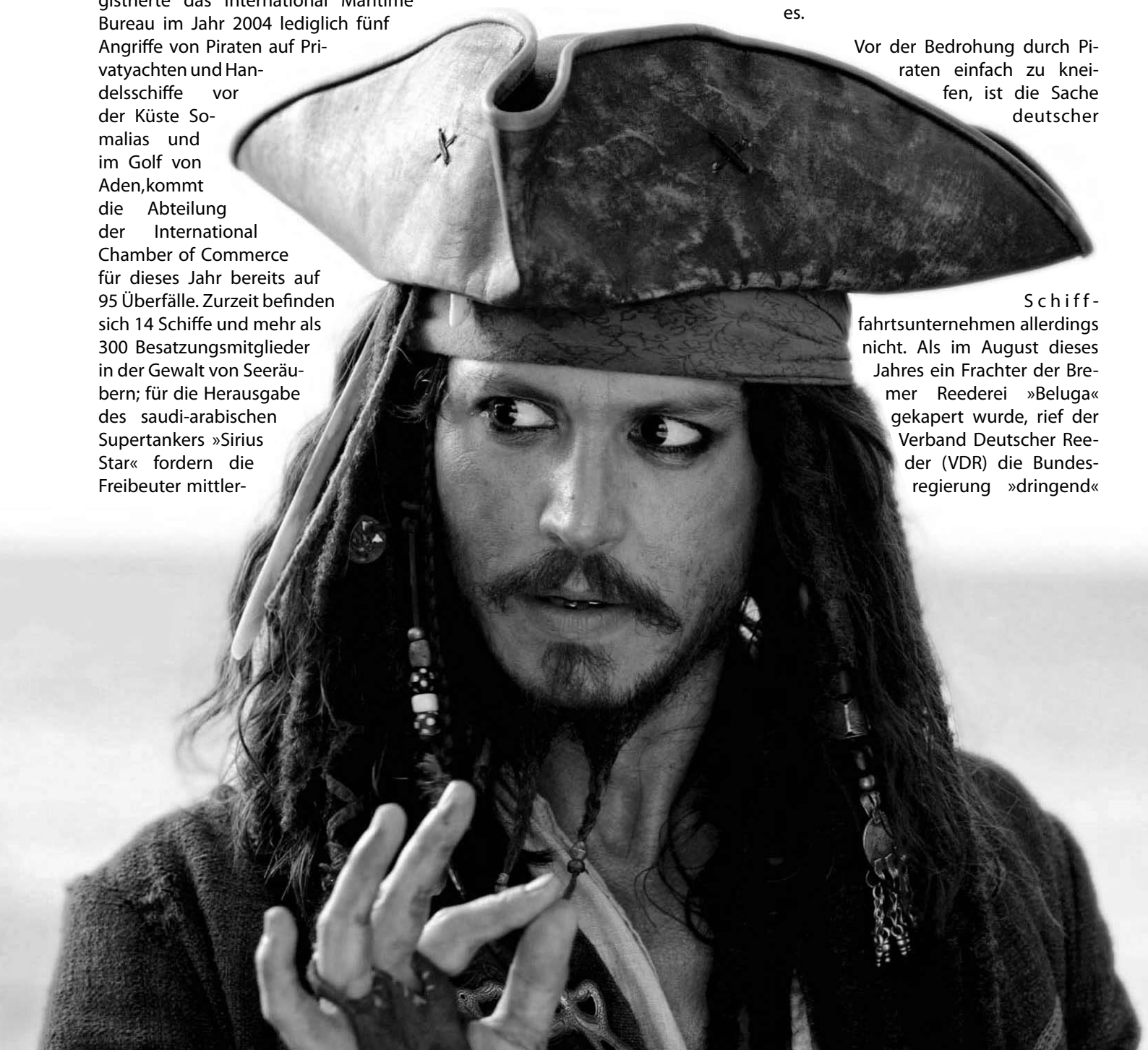
Befreien Sie zehn Tanker Ihrer Wahl!

Nicht nur am Hindukusch, sondern auch am Horn von Afrika wird Deutschland verteidigt. So soll der geplante Einsatz gegen Piraten vor Somalia die Handelsschifffahrt des Exportweltmeisters sichern. Dafür wird die Marine zu einer »Expeditionary Navy« umgewandelt, die dauerhaft auf allen Weltmeeren im Einsatz sein kann.

Die Zahlen sind beeindruckend: Registrierte das International Maritime Bureau im Jahr 2004 lediglich fünf Angriffe von Piraten auf Privatyachten und Handelsschiffe vor der Küste Somalias und im Golf von Aden,kommt die Abteilung der International Chamber of Commerce für dieses Jahr bereits auf 95 Überfälle. Zurzeit befinden sich 14 Schiffe und mehr als 300 Besatzungsmitglieder in der Gewalt von Seeräubern; für die Herausgabe des saudi-arabischen Supertankers »Sirius Star« fordern die Freibeuter mittlerweile ein Lösegeld in Höhe von 15 Millionen US-Dollar – ursprünglich waren sogar 25 Millionen US-Dollar verlangt worden.

Es verwundert somit nicht, dass international operierende Reedereien langsam nervös werden. Wie die Financial Times Deutschland berichtet, hat das norwegische Unternehmen Odfjell, das eine der weltgrößten Chemietankerflotten unterhält, seine Kapitäne angewiesen, den Suezkanal nach Möglichkeit zu meiden, da die Schiffe auf dieser Route den Golf von Aden durchqueren müssen. Auch die taiwanesische Gesellschaft TMT, die Schüttgutfrachter und Tanker für sich fahren lässt, erwäge, den Suezkanal zu umgehen, und habe verfügt, dass ihre Schiffe sich der Küste Somalias nur noch auf eine Distanz von 3 700 Kilometern nähern dürfen, heißt es.

Vor der Bedrohung durch Piraten einfach zu kneifen, ist die Sache deutscher Schifffahrtsunternehmen allerdings nicht. Als im August dieses Jahres ein Frachter der Bremer Reederei »Beluga« gekapert wurde, rief der Verband Deutscher Reeder (VDR) die Bundesregierung »dringend«



auf, gegen Seeräuber aktiv zu werden. In einem Schreiben an sämtliche Bundestagsfraktionen reklamierte der VDR »erheblichen Handlungsbedarf« und forderte von den Abgeordneten, den Einsatz der deutschen Kriegsmarine ausdrücklich auch gegen Piraten zuzulassen.

Beim Flottenkommando der Bundesmarine in Glücksburg verhallen Hilferufe dieser Art nicht ungehört, weiß man doch um die ökonomische Relevanz der deutschen Seeschifffahrt. In ihrem »Jahresbericht 2007« diagnostiziert die Einrichtung des deutschen Militärs eine gravierende »maritime Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland«: »Die deutsche Handelsflotte steht mit 3 105 Schiffen nach der Nationalität der Eigner weltweit an dritter, bei den Containerschiffen mit 1 408 Einheiten weltweit an erster Stelle«; insgesamt besäßen deutsche Reeder und Schifffahrtsgesellschaften »mehr als ein Drittel (36,2 Prozent) der weltweiten Containertransportkapazitäten«, was rund 46,3 Millionen Tonnen entspreche. Vom Handel mit den Staaten Ost- und Südostasiens, der in der Regel über Routen durch den Suezkanal und den Golf von Aden abgewickelt wird, profitiere »die deutsche Handelsschifffahrt ganz besonders, weil sie nicht nur am direkten Seehandel Deutschlands mit anderen Staaten, sondern auch am so genannten Cross-Trade zwischen Drittstaaten beteiligt ist«, heißt es.

Auch im Bundesverteidigungsministerium ist man sich bereits seit längerem der von der Piraterie ausgehenden Bedrohung für das Wohlergehen Deutschlands bewusst: Bereits in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« von 1992 wurde festgelegt, dass die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« eine wichtige Aufgabe deutscher Politik ist. Ganz ähnlich klingt es im 2006 von allen Bundesressorts verabschiedeten »Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr«. Darin wird dem deutschen Militär die Aufgabe übertragen, den »Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen« sowie den »freien und ungehinderten Welthandel« zu sichern. Die Begründung lautet wie folgt: »Wie viele andere Länder ist (Deutschland) in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig und auf funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme angewiesen. Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge, Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie, und Störungen der weltweiten Kommunikation bleiben in einer interdependenten Welt nicht ohne Auswirkungen auf nationale Volkswirtschaft, Wohlstand und sozialen Frieden.« Gefordert wird daher die »Transformation« der Bundesmarine in eine »Expeditionary Navy«, die in der Lage ist, dauerhaft auf den Weltmeeren zu agieren.

Die besagte Transformation ist bereits weit fortgeschritten: Im September beteiligte sich die Bundeswehr an einer nächtlichen Geheimoperation der französischen Marine im Golf von Aden. Spezialkräfte der französischen Marine stürmten eine gekaperte Luxusyacht und befreiten zwei Segler aus der Gewalt somalischer Seeräuber. Dabei wurde ein Pirat getötet, sechs weitere wurden gefangen genommen und warten derzeit in Paris auf ihren Strafprozess. Die Bundeswehr trug mit zwei in Dschibuti stationierten Aufklärungsflugzeugen zum Erfolg der Aktion bei; die Seefernaufklärer vom Typ P-3C Orion waren ohnehin im Rahmen der von den USA geführten Anti-Terror-Operation »Enduring Freedom« (OEF) an Ort und Stelle. Erst kürzlich fischte ein Hubschrauber der deutschen Fregatte »Mecklenburg-Vorpommern«, die sich ebenfalls im OEF-Einsatz befindet, am Horn von Afrika drei britische Wachleute aus dem Meer. Sie waren nach einer Attacke von Piraten auf einen liberianischen Tanker über Bord gesprungen.

Auf ihre Beteiligung an der EU-Mission »Atalanta« gegen Seeräuber vor der somalischen Küste, die noch im Dezember beginnen soll, ist die Bundesmarine also offenbar gut vorbereitet. Nach Informationen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung will Deutschland 1 400 Soldaten für »Atalanta« bereitstellen. Vorgesehen sei außerdem, dass »Sicherungskommandos auf Frachtern deutscher Reeder eingeschifft werden«. Wie der Kommandant der Fregatte »Karlsruhe« der Wilhelmshavener Zeitung verriet, sieht er einem möglichen Einsatz gegen Piraten gelassen entgegen: »Das Schiff ist in einem exzellenten Zustand, wir sind voll ausgestattet und haben sowohl ein Boarding-Team als auch Bordhubschrauber dabei.« Zur Besatzung der »Karlsruhe« gehören Soldaten der »Spezialisierten Einsatzkräfte Marine«, die insbesondere für das Entern fremder Schiffe, das so genannte Boarding, ausgebildet sind.

Mit der EU-Mission ergäbe sich überhaupt erst die Gelegenheit, dass die deutsche Marine ihre Fähigkeiten bei der Piratenjagd unter Beweis stellen könnte. Die Verfassung sieht für die Truppen zu Wasser bisher nur Nothilfeeinsätze vor.

Viel wird im Zusammenhang mit »Atalanta« dieser Tage über Fragen des internationalen Seerechts diskutiert, etwa darüber, ob die Soldaten der EU-Mission Piraten nur auf hoher See bekämpfen dürfen oder auch in nationalen Hoheitsgewässern und gegebenenfalls an Land.

Die Frage nach den Ursachen der Freibeuterei am Horn von Afrika wird dagegen eher selten gestellt. Aufschluss hierüber gibt eine aktuelle Studie des Royal Institute of International Affairs. Darin heißt es, dass die Piraterie für die Bewohner der somalischen Küste besonders attraktiv sei, weil die dortige Fischereiindustrie wegen der – nicht zuletzt von europäischen Fangflotten verursachten – Überfischung vollkommen darniederliege. Einige Seeräuber hätten erklärt, so der britische Think-Tank weiter, dass »sie Somalias natürliche Ressourcen schützen wollten und Lösegelder daher als legitime Besteuerung anzusehen seien«.

Aus Jungle-World 48/08

„Was in Deutschland brennt, kann in Afghanistan keinen Schaden mehr anrichten"

In Berlin findet derzeit unter strengen Sicherheitsvorkehrungen der Prozess gegen drei Antimilitaristen statt. Ihnen wird vorgeworfen am 31.07.2007 in Brandenburg/Havel versucht zu haben drei Bundeswehr-LKW in Brand zu setzen. Zudem sollen sie Mitglieder der militanten gruppe (mg) sein. Angeklagt werden sie nach §129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung), ein Paragraf, der immer wieder gegen die Organisierung linken Widerstands in Stellung gebracht wird. Im Folgenden dokumentieren wir die Prozesserklärung.

Hier sitzen die falschen Leute auf der Anklagebank und sollen als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 verurteilt werden. Auf die Anklagebank gehören Kriegstreiber, Kriegsbefürworter und Rüstungskonzerne. Sie sind die kriminellen Vereinigungen. Sie sind anzuklagen.

Ist Krieg Frieden?

Immer wieder heißt es, die heutigen Kriege - und ganz besonders der Krieg in Afghanistan - seien eigentlich eine Friedensmission. Wenn man die Truppen abzöge, käme es zum Bürgerkrieg oder chaotischen Verhältnissen. Dies ist allerdings reine Spekulation. Sicher ist dagegen, dass der derzeitige Kriegszustand für die afghanische Bevölkerung Elend, Hunger und Terror bedeutet. Deutsche Politiker, von Jung bis Merkel, erhalten unermüdlich den Mythos aufrecht, die in Afghanistan operierende NATO-Truppe ISAF handle als reine Friedens- und Stabilisierungsmission. Dabei wird immer deutlicher, dass sie an einem entgrenzten Krieg gegen die afghanische Bevölkerung beteiligt ist. Denn bei dem ISAF-Einsatz, an dem gegenwärtig ca. 3.300 Bundeswehrsoldaten beteiligt sind, handelt es sich keineswegs um einen Entwicklungshilfeeinsatz.

Der sogenannte Krieg gegen den Terror am Hindukusch arbeitet mit Mitteln der Aufstandsbekämpfung, die sich ebenso gegen Kämpfer und Kämpferinnen wie gegen Zivilisten und Zivilistinnen in Afghanistan richten. Mit der Übernahme des Kommandos der Schnellen Eingreiftruppe verstrickt sich Deutschland immer tiefer in diesen Aufstandsbekämpfungskrieg.

Was dies für die afghanische Bevölkerung heißt, ist Ende August wieder einmal sehr deutlich geworden. Die Koalitionstruppen verübten am 21. August diesen Jahres ein Massaker. Sie begründeten ihr Verbrechen mit den Worten, sie hätte mit afghanischer Unterstützung ein Treffen der Taliban in der westafghanischen Provinz Herat angegriffen und dabei 30, zum Teil führende Funktionäre des islamistischen Widerstands, getötet. Einige Tage später stellte die afghanische Unabhängige Menschenrechtskommission fest, dass 90 unbeteiligte Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, getötet wurden. Selbst die mit dem Westen verbundene Regierung Karsai musste einräumen, dass Zivilpersonen bei dem Angriff starben.

Das Massaker löste in Afghanistan massive Proteste aus. In Azizabad griffen aufgebrachte Bewohner und Bewohnerinnen afghanische Soldaten an. Angesichts dieser Gewalttaten nimmt der legitime Widerstand gegen die Besatzung unter allen Bevölkerungsschichten Afghanistans zu. Die Medien stellen die afghanische Bevölkerung generell als Taliban oder Warlords dar - ein absolut verzerrtes Feindbild. Für viele geht es einfach um ein Recht auf Widerstand gegen den Terror der Besatzer, gegen einen Krieg, in dem so viele Unschuldige sterben müssen.

Immer wieder kommt es zu solchen sogenannten Zwischenfällen, die in Wirklichkeit der Alltag des Krieges sind: Einen Tag vor dem Massaker in Herat meldete dpa, die Bundeswehr habe erklärt, in der Nähe von Faisabad einen Angreifer erschossen zu haben. Der Polizeichef der Provinz habe aber klargestellt, dass es sich um einen Schäfer handelte. Er hatte der Militärpatrouille per Handzeichen signalisiert, nicht näher an seine Herde heranzufahren.

Stirbt ein deutscher Soldat in Afghanistan, dann wird jedoch staatstragend getrauert. Ende August wurde bei einem Angriff auf einen deutschen Konvoi ein deutscher Fallschirmjäger getötet. Sein Trupp sei in eine Sprengfalle geraten, teilte der Verteidigungsminister Jung mit. Er verurteilte diesen Anschlag als feige und hinterhältig. Tote Afghanen werden dagegen allenfalls als unvermeidlicher Kollateralschaden der Kriegsführung erwähnt.

Müssen erst viele Zinksärge mit deutschen Soldaten und Soldatinnen zurückkommen, damit allen klar wird: Deutsche Truppen müssen raus aus Afghanistan! Warum reichen die vielen afghanischen Toten nicht aus? Anscheinend nicht: Die Zustimmung im Bundestag für eine Verlängerung des Mandats des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr gilt als sicher. Dabei erkennen selbst viele deutsche Soldaten trotz aller Propaganda, worum es in Afghanistan tatsächlich geht. Es gibt derzeit einen Einbruch bei den Meldun-

FREIHEIT FÜR AXEL, FLORIAN & OLIVER!

WEG MIT §§ 129, 129A, 129B

gen zum freiwilligen Dienst an der Waffe; zehn Prozent aller Offiziersanwärter quittieren ihren Dienst schon während ihrer Ausbildung. Sie haben berechtigte Angst um ihr Leben.

Was sind die Kriegsgründe?

Die Lügen über die Ziele deutscher Kriegspolitik werden immer offensichtlicher: Schon 1999 hieß es, wir müssten wieder in den Krieg ziehen, um ein weiteres Auschwitz zu verhindern. Mit dieser dreisten Instrumentalisierung der Shoah wurde erstmalig ein völkerrechts- und grundgesetzwidriger Angriffskrieg gegen Jugoslawien legitimiert. Er kostete vielen Zivilisten und Zivilistinnen das Leben. Angeblich sollte ein Völkermord im Kosovo verhindert werden. Gezielte Zerstörungen von Strom- und Wasserversorgungen, Brücken, Ölraffinerien und Chemiefabriken verschlechterten die Lebensbedingungen der Menschen drastisch. Jugoslawien wurde zerschlagen.

In Afghanistan spricht vor allem dessen geostrategische Bedeutung für einen Krieg. So will der US-Konzern Unocal eine Pipeline durch Afghanistan verlegen. Afghanistan ist interessant als Pipelinekorridor und liegt in der Nähe von zwei Dritteln der weltweiten Öl- und Gasvorräte. Das Land eignet sich inmitten dieser weltpolitisch wichtigsten Region als Stationierungsort für Radaranlagen und Raketenabschussrampen. Lothar Rühl, früherer Regierungssprecher und Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, bezeichnete die Sicherung der westlichen Investitionen in das neue Afghanistan als eigentlichen Kriegsgrund.

Daher wurden im Rahmen der Besatzung umfangreiche Wirtschaftsreformen diktiert. So beteiligte sich Deutschland maßgeblich an der Ausarbeitung eines sogenannten Investitionsschutzabkommens. Dieses erlaubt es Ausländern, Firmen in Afghanistan zu 100 Prozent zu besitzen, schützt sie vor Enteignung und befreit sie obendrein in den ersten acht Jahren völlig von Steuerzahlungen. Die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" - werden schon in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 als Kriegsgrund genannt.

Ein weiterer Grund für die deutsche Regierung, die militärische Unterstützung des Krieges zu verlängern, ist, dass sie ihre Bündnistreue gegenüber der NATO beweisen will. Sie will ihre Position in der NATO sichern und zudem auch die NATO festigen. Denn ein Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan, würde den „Krieg gegen den Terror" zum Scheitern verurteilen. Und es würde die NATO in ihrer gegenwärtigen Konzeption, als weltweit agierendes Bündnis auch für künftige Angriffskriege, in Frage stellen.

Wer verdient an den Kriegen?

Und überhaupt: Die Geschäfte mit dem Tod laufen gut. 2007 stiegen die weltweiten Militärausgaben auf ein Rekordniveau. Insgesamt wuchsen die Umsätze der Waffenkonzerne gewaltig und zeigten, wie gewinnbringend der Handel mit Kriegsmaterial ist. Das Militär verschlingt Milliarden. Das Stockholmer Friedensinstitut ermittelte die größten Waffenexporteure der Welt. Deutschland ist mit einem Weltmarktanteil von zehn Prozent drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt.

Die Firma Heckler & Koch beispielsweise liefert weltweit ihre Sturmgewehre G 36 in die Krisenzentren der Welt. So auch an die georgische Armee, die am 8. August dieses Jahres die Hauptstadt der Provinz Ossetien mit deutschen Waffen überfiel. Mit der georgischen Militäroffensive begann ein schmutziger Krieg im Kaukasus. Vor allem traf

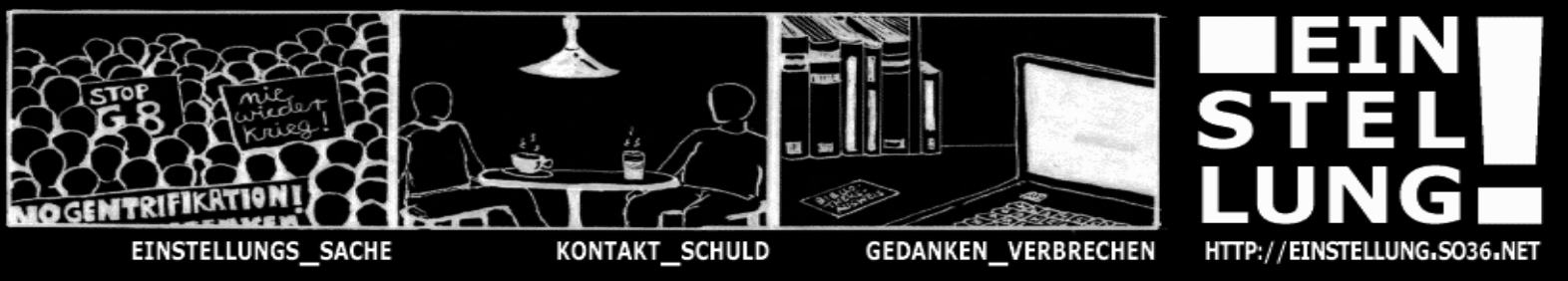
es wieder wehrlose Zivilisten - auch Kinder: Opfer eines Konflikts, der schon viele Jahre schwelt. Trotz Exportverbots ist die Standardwaffe der Bundeswehr, das Sturmgewehr G 36 K, schon 2005 nach Georgien geliefert worden. Die Rüstungsexportrichtlinien untersagen Waffenexporte in Krisenregionen. Entweder hat Heckler & Koch illegal geliefert oder die USA haben die Waffen weiterverkauft und damit gegen die Endverbleibsklausel verstoßen, die solche Weiterverkäufe verhindern soll.

Es gab und gibt immer wieder Waffenlieferungen von deutschen Firmen an menschenrechtsverletzende oder kriegsführende Staaten. Wer ermittelt gegen solche kriminellen Machenschaften? Wer verurteilt sie?

Woher kommt das Geld für die Kriege?

Die Intensität der Kriege nimmt zu und an der Rüstung wird immens verdient. Mit dem Verteidigungshaushalt werden die finanziellen Grundlagen dafür gelegt, dass die Bundeswehr ihre Kriege führen kann.

Die Abgeordneten des Bundestages haben am 30. November 2007 das Haushaltsgesetz 2008 beschlossen und den Verteidigungsetat wieder einmal um eine Milliarde auf 29,45 Milliarden Euro erhöht. Auch deshalb wird ein Großteil der Menschen immer ärmer. Es geht zuviel Geld in den Verteidigungshaushalt.



Die sozialen Kürzungen in den verschiedensten Bereichen treffen zuerst diejenigen, die sowieso an den sozialen Rand gedrängt sind. Diese Entwicklungen sind eben nicht zu trennen vom weltweiten Kriegszustand. Rüstungsausgaben steigen, an Ausgaben für Soziales wird gespart. Ganze Bevölkerungsschichten verarmen, eine neue Form von Kinderarmut entsteht.

Die neue soziale Situation wird von den Strategen der Bundeswehr für die Nachwuchsgewinnung schamlos ausgenutzt. Professoren an der Bundeswehr-Universität München nehmen an, dass es derzeit eine erhöhte Gewaltbereitschaft von Jugendlichen gebe. Die Bereitschaft zum Töten sei eine ideelle Ressource. Eine mögliche Verbesserung

Kriegsgerät interessiert uns brennend

auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt ist aus ihrer Sicht gar nicht erwünscht. Denn gerade in der Perspektivlosigkeit von Jugendlichen sehen sie die Chance, ausreichend Soldaten zu rekrutieren. So versucht die Bundeswehr besonders an Schulen und auf Arbeitsämtern, Nachwuchs zu gewinnen.

Wo bleiben die Kriegsflüchtlinge?

Der Krieg gegen Afghanistan ist auch der Grund dafür, dass viele Menschen aus dem Land fliehen. Aber anstatt sie aufzunehmen, weil man die Ursachen für die Flucht selbst geschaffen hat, müssen die überlebenden Opfer des Krieges eine Migrationspolitik erleiden, die eng mit den Sicherheits- und Kriegsinteressen verbunden ist. Ziel aktueller deutscher und europäischer Migrationspolitik ist es, Flüchtlinge kriegsnah in Lagern zu internieren - möglichst außerhalb von Europa. Und es geht um eine schnelle Abschiebung der Flüchtlinge, die es doch bis Europa geschafft haben, zurück in die Kriegsgebiete.

Schon im Juni 2005 haben die deutschen Innenminister grundsätzlich die sogenannte „Rückführung" aller afghanischen Flüchtlinge in den Krieg beschlossen. Zunächst wurden nur Straftäter und alleinstehende Männer abgeschoben, jetzt sollen zumindest in Hamburg ganze Familien in den möglichen Tod geschickt werden. Die Innenminister hatten diese Entscheidung ein Jahr zuvor damit begründet, dass sich die Lage in Afghanistan seit dem Sturz des Taliban-Regimes stabilisiert habe. Es sei dort wieder sicher. In einem geheimen, von der ZEIT veröffentlichten Papier, gab aber damals selbst das Auswärtige Amt zu, dass das Land „kein sicherer Herkunftsstaat" sei.

Welcher Widerstand ist möglich gegen den Krieg?

Widerstand, der das Ziel hat, die Gewalt des Krieges, die Kriegswirtschaft sowie das Militär anzugreifen, um eine Situation der Besatzung, die Ermordung von Zivilisten und Zivilistinnen und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zu unterbinden, ist legitim. Sabotage ist ein Teil dieses Rechtes auf Widerstand und soll im besten Fall Schlimmeres, nämlich Kriegseinsätze, verhindern helfen.

Im angelsächsischen Raum gab es in den letzten Jahren drei Sabotage-Aktionen, die die dortigen Geschworenengerichte nicht bestraften, sondern bei denen sie die Angeklagten freisprachen.

Friedensaktivsten und -aktivistinnen hatten 2003 auf dem Flughafen Shannon in Irland einen Schaden von 2,5 Millionen US-Dollar verursacht, um den US-Militärstützpunkt mit seiner Kriegstätigkeit zu sabotieren. Der irische Staat wollte sie bestrafen. Das Geschworenengericht befand, dass die militärischen Ausrüstungen auf dem Flugplatz das Leben und den Besitz der irakischen Bevölkerung bedrohen. Daher sei die erfolgte Sabotage legal und nicht kriminell.

Im englischen Bristol sprachen die Geschworenen im Mai 2007 einstimmig zwei Antimilitaristen frei. Die beiden hatten im März 2003 - kurz vor Beginn des Irakkrieges - auf dem Militärflughafen Fairford versucht, B52-Bomber der US-Airforce unschädlich zu machen. Sie begründeten ihre Tat damit, dass sie die Bombardierung mit Streubomben im Irak verhindern wollten, die wie Minen vorrangig die Zivilbevölkerung treffen. Das Geschworenengericht begründete den Freispruch damit, dass die beiden gehandelt hatten, um Lebensgefahr für die Bevölkerung im Irak abzuwenden und Kriegsverbrechen zu verhindern.

Auch in Belfast in Nordirland sprach ein Geschworenengericht im Juli dieses Jahres neun Antimilitaristen frei. Sie hatten im Jahr 2006 eine direkte Aktion in den Büros der Raytheon Company unternommen. Damit demonstrierten sie gegen den Einsatz militärischer Kommunikationssysteme von Raytheon durch die israelische Armee im Krieg im Libanon. Sie beriefen sich auf Human Rights Watch, die diesen Kriegseinsatz als Kriegsverbrechen angeklagt hatten. Die Geschworenen befanden einstimmig, dass die Zerstörungen in den Büros des Unternehmens in Derry darauf ausgerichtet waren, Kriegsverbrechen zu verhindern.

Aber in Deutschland setzt man alles daran, ein ruhiges Hinterland zu haben, um Kriege führen zu können. Deshalb geht es für die Staatsorgane hier mit aller Gewalt darum, die Gesellschaft zu militarisieren und einen Feind sichtbar zu machen und zu identifizieren, um ihn auszugrenzen und in die Gefängnisse zu stecken.

Kenntlich gemacht wird der Feind über das Gesetz, über die Paragraphen 129, 129a und 129b und deren Anwendung. Auch gegen uns wird der Paragraph 129 gerichtet. Wer der Feind ist, liegt in der Definitionsmacht der Herrschenden. Das mg-Verfahren ist in diesem Sinn zu verstehen.

Worum geht es in unserem Verfahren?

Wir sollen als antimilitaristischer Widerstand, Revolutionäre und Mitglieder der militanten gruppe im Sinne der Staatsräson angeklagt und verurteilt werden. Denn es geht in diesem Gerichtsverfahren nicht nur um eine versuchte Brandstiftung gegen Militärfahrzeuge, sondern um ein sogenanntes Vereinigungsdelikt. Ob nun terroristische oder

kriminelle Vereinigung, strafbar ist die bloße Mitgliedschaft, egal ob die einzelnen Mitglieder eine Straftat begangen haben oder nicht: Der aktuelle Paragraph 129 erhielt seine Struktur im Rahmen des 1. Strafänderungsgesetzes 1951 zur Verfolgung von Kommunisten und Kommunistinnen in der BRD. Der Paragraph 129 hat die Funktion eines politischen Strafrechtes, wenn der Bundesgerichtshof die militante Gruppe als eine kriminelle Vereinigung klassifiziert, obwohl doch nach dem Artikel 103 Absatz II des Grundgesetzes gilt, dass niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Trotzdem bleibt dieses Gesinnungsstrafrecht bestehen.

Im Namen der militanten Gruppe gab es Bekenntnisse zu 24 Anschlägen und den Versuch, eine Debatte über Militanz und Organisierung anzuregen. In ihren Texten erklärt sie, dass ihre Anschläge in der derzeitigen Phase nur eine propagandistische und unterstützende Wirkung für Klassenkämpfe oder antirassistische Kämpfe haben können. Der Bundesgerichtshof nahm inzwischen davon Abstand, zu behaupten, diese Aktionen könnten die Grundstrukturen des Staates beseitigen oder beeinträchtigen - als objektive Bedingung für die Zuschreibung einer terroristischen Tat.

Die Anklage durch die Bundesstaatsanwaltschaft auf der Grundlage des Paragraph 129 soll aber weiter dazu dienen, einen solchen organisierten Widerstand zum Staatsfeind zu überhöhen. Das Verfahren gegen uns kann so auch zu einem exemplarischen Verfahren werden, um zukünftig mit dem Paragraphen 129 vom Farbbeutelwurf bis zum Straßenriot viele Mittel gesellschaftlicher Auseinandersetzung zu kriminalisieren und mit einem Feindstrafrecht zu bestrafen, das vom normalen Strafrecht abgespalten wird.

Die Kriminalisierung politischen Widerstandes trifft derzeit nicht nur uns: In Stuttgart-Stammheim gibt es zurzeit ein Verfahren auf der Grundlage des Paragraphen 129b. Auch in anderen Ländern werden politische Aktivisten und Aktivistinnen kriminalisiert: in Frankreich die Anarcho-Autonomen, in Griechenland die Anarchisten und Anarchistinnen, in Belgien und der Schweiz Die Rote Hilfe International, in Österreich die Tierrechtsaktivisten und -aktivistinnen, im Baskenland und in Italien die politisch-militärische Kommunistische Partei (PC p-m) und der Genua-Widerstand.

Wie rüstet der Staat präventiv gegen Widerstand auf?

Das Strafrecht wird hier in ein Gefahrenvorbeugungsrecht überführt. Um ungestört Kriege führen zu können und den kapitalistischen Normalzustand zu sichern, werden Maßnahmen ergriffen, die sich gegen jeden und jede richten können. Damit verbunden ist der immer schnellere Abbau demokratischer Rechte. Die zunehmende Militarisierung - der Ausbau des Überwachungsstaates werden forciert. Ziel des anvisierten präventiven Sicherheitsstaates ist es, den verfassungsgemäß unveränderbaren Artikels 1 des Grundgesetz es, den Schutz der Menschenwürde, auszuhebeln.

Die Angst vor der terroristischen Gefahr wird geschürt, um die Bürger und Bürgerinnen in diese Richtung manipulieren zu können. Für diese Gefahr gibt es keine konkreten Anhaltspunkte. Aber für den Umbau des Rechtsstaates hält sie her. Von einem Großteil der Menschen wird alles gebilligt, was die angebliche Gefahr mindern könnte. Die meisten Freiheitsgesetze werden der Sicherheit geopfert und viele kriegen es nicht mit. Die Sicherheitspolitik schlägt verfassungsrechtliche Bedenken in den Wind.

So will der Innenminister das Folterverbot aufheben: Wenn ein Beschuldigter auf grausame Weise gesprächig gemacht wurde, dann sollen die deutschen Sicherheitsdienste davon profitieren können. Der Innenminister fabuliert von extralegalen Erschießungen und will den Abschuss von entführten Flugzeugen erlauben. Zudem stehen auf der Wunschagenda des Innenministeriums oder sind zum Teil schon Realität: Das Einsperren von sogenannten Verschwörern und Gefährdern in Lager, Kommunikationsverbote für politisch Missliebige und für ganze Gruppen von Migranten und Migrantinnen, Hausdurchsuchungen ohne Anwesenheit von Zeugen und Betroffenen, geheime Onlinedurchsuchungen, Einsatz von Militär mit Waffen gegen Demonstrierende und die umfassende Bespitzelung der Bürger und Bürgerinnen durch Polizei und Geheimdienste sowie die Rasterfahndung.

Mit welcher Aggressivität sich die Zustände verschärfen könnten, zeigen die Vorschläge der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), die sogar

die Anti-Terror-Gesetze durch die zwei neuen Paragraphen 89a „Vorbereitung einer Gewalttat“ und Paragraph 91 „Anleitung zu einer Gewalttat“ erweitern will. Demnach sollen auch Einzelne wie terroristische Vereinigungen verfolgt werden können.

Dass die Rechtsordnung im Rahmen staatlicher Repression suspendiert wird, ist in der BRD nichts Neues. Schon in den 1970 Jahren wurden Legislative, Exekutive und Justiz in den sogenannten Krisenstäben einfach zu einem Komplex miteinander verschmolzen, um gegen die RAF vorzugehen. Die Krisenstäbe erwogen während der Schleyer-Ent-

führung die Todesstrafe für inhaftierte RAF-Aktivisten. Generalbundesanwaltschaft Kurt Rebmann schlug sogar vor, den Artikel 102 des Grundgesetzes, „Die Todesstrafe ist abgeschafft"- unverzüglich zu ändern - und solche Personen zu erschießen, die „von Terroristen durch menschenpresserische Geiselnahme befreit werden sollen".

Was lehrt uns die Geschichte?

Aus der Geschichte des deutschen Faschismus haben zumindest wir gelernt, dass der NS-Staat mit Unterstützung seiner national mobilisierten Bevölkerung eine grenzenlose Kriegsgewalt vorangetrieben hat, die die Zivilbevölkerung in Europa brutal zu spüren bekam. Nach dem 2. Weltkrieg konnte es aufgrund der Millionen Kriegstoten und der systematischen Ermordung des europäischen Judentums nur eine Lehre geben: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus.

Daraus speiste sich auch der Widerstand der Nachkriegszeit: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung, gegen den Aufbau einer neuen Wehrmacht, die dann Bundeswehr hieß, gegen Atomwaffentests, gegen Nato-Manöver, gegen die imperialistische Kriegspolitik der USA.

Wenn das Gericht versucht, uns zu bestrafen, richtet sich diese Kriminalisierung gegen den emanzipatorischen Versuch, sich gegen einen Staat und gegen eine herrschende Politik zu wenden, die im Namen des sogenannten „Kriegs gegen Terror" Krieg führt, bombardiert, tötet und foltert.

Nie wieder Krieg!
Viele Formen des Widerstands sind legitim!
Für eine kommunistische Weltgesellschaft!

Mit Tucholsky sagen wir: Krieg dem Kriege! Friede auf Erden!

26.09.2008

Die **militante gruppe (mg)** ist eine seit 2001 aktive Gruppe, die versucht mittels direkter Interventionen soziale Kämpfe zu unterstützen. Seither wurden unter diesem Namen BekennerInnenschreiben zu über 20 Brandanschlägen unter anderem auf Konzerne, Polizei- und Bundeswehrfahrzeuge, sowie Sozial- und Arbeitsämter unterschrieben. Die **mg** machte als Initiatorin bzw. Moderatorin einer neuen „Militanzdebatte" innerhalb der radikalen Linken auf sich aufmerksam, hier will sie die Frage der Militanz in linker Bewegung diskutieren. Seit 2001 veröffentlicht das autonome Berliner Infomagazin INTERIM nicht nur die BekennerInnenschreiben, sondern auch die Debattenbeiträge der **mg**. Eine vollständige Sammlung der Texte der **mg** findet ihr hier:

http://home.arcor.de/dokumentationx/
(Vorsicht: Diese Seite wird evtl. überwacht, es empfiehlt sich anonym zu surfen)

Das Verfahren gegen die drei Antimilitaristen Axel, Florian und Oliver, die beschuldigt werden versucht zu haben drei Bundeswehr-LKW anzuzünden ist Ende September eröffnet worden und läuft seitdem vor dem Berliner Kammergericht. Vorgeworfen wird den drei Beschuldigten zudem Mitglieder der mg zu sein, kriminalisiert werden sie daher mit Hilfe des §129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung). Ständig aktualisierte Prozessberichte findet ihr hier:

http://einstellung.so36.net/de/prozess/

Die **§§ 129a,b StGB** sind Teil des politischen Gesinnungsstrafrechts der staatlichen Ermittlungs- und Strafbehörden. Mit Hilfe einer unterstellten kollektiven Willensbildung ermöglichen es die 129er-Paragrafen, bestehende Beweislücken, zum Nachteil der Angeklagten, zu überbrücken. Durch dieses Konstrukt haften prinzipiell alle, die angeblich einer als „kriminell" oder „terroristisch" eingestuften Vereinigung angehören, für alle Taten, die dieser Vereinigung zugerechnet werden - unabhängig davon, ob ihnen die Einzeltat nachweisbar ist oder nicht.

Antimuslimischer Rassismus

Kulturalisierung sozialer Gegensätze im Neoliberalismus

Vom 19. - 21. September 2008 wollte sich die rechte Bürgerbewegung „Pro Köln“ in Köln und Leverkusen zum „Anti-Islamisierungskongress“ treffen. Eingeladen waren viele Rechtsextreme aus ganz Europa, unter anderem Jean-Marie Le Pen von der Front National (FN) aus Frankreich, Heinz-Christian Strache von der FPÖ aus Österreich (beide sagten jedoch kurz vor dem Kongress ihre Teilnahme ab), Filip Dewinter vom belgischen Vlaams Belang, sowie Vertreter der CDU. Der fehlgeschlagene Kongress kann als Versuch der europäischen Rechten gesehen werden, sich an dem Thema „Islamisierung Europas“ zu konsolidieren und eine Europäische Partei voran zu bringen.

Die erfolgreiche Verhinderung dieses „Anti-Islamisierungskongress“ war das Ergebnis einer der größten antifaschistischen und antirassistischen Mobilisierungen der letzten Jahre. Die Wahrnehmbarkeit des Themas und die politische Brisanz der darin enthaltenen Fragen und Positionen sind weit über den konkreten Konflikt hinaus in die Öffentlichkeit getragen worden. Aufrufen zur Blockade durch Antifa AK Köln, dem Bündnis gegen „pro Köln“, der Interventionistischen Linke und dem Ums-Ganze-Bündnis waren 10.000 Gegendemonstranten gefolgt; auch unter der Bevölkerung (Taxifahrer, Gastwirte) kamen viele den Aufrufen nach.

Breite Bündnisse – wie in Köln – sind wichtig und ein notwendiger Bestandteil eines Kampfes um die Hegemonie. Genauso wichtig ist es, eine antirassistische Kritik zu formulieren und in die Auseinandersetzungen einzubringen, die sich nicht auf Toleranz, kulturelle Differenz oder das Recht auf Religion bezieht. Denn diese ‚Werte‘ brechen nicht mit der Logik der Kulturalisierung, sondern bestärken sie von ‚links‘. Wie können rassistische Mobilisierungen gegen MigrantInnen als ‚Muslime‘ kritisiert werden, ohne in die Falle der Kulturalisierung zu tappen? Wie können reaktionäre politisch-religiöse Bewegungen im Islam und Entwicklungen in migrantischen communities so kritisiert werden, dass ihre gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen – der Rassismus der Mehrheitsgesellschaft und gesellschaftliche Machtverhältnisse in den Blick kommen? Dabei stellen sich zwei Fragen, auf die antirassistische Strategien antworten müssen:

Warum wird das Feindbild‚Islam‘ für so viele Menschen attraktiv? Rechte Mobilisierungsfähigkeit muss in einen Zusammenhang mit den Umbrüchen des Kapitalismus und neoliberalen wie autoritären Strategien des herrschenden Blocks gestellt werden. Zum anderen fragen wir uns, inwiefern tatsächlich von einem anti-muslimischen Rassismus (AmR) gesprochen werden kann, ohne damit in die Falle zu tappen, rechte islamistische Politiken naiv zu übersehen.

Unsere These: AmR ist Teil von Prozessen der Kulturalisierung der sozialen Frage. In diesen Auseinandersetzungen (mind. seit den 1980ern) wird die Frage der kulturellen Identität und Differenz zentral, die gesellschaftlichen Bedingungen für Rassismus und hierarchische Unterwerfung von MigrantInnen rücken in den Hintergrund. Der neoliberale Block an der Macht kann durch die Mobilisierung eines Feindbilds ‚Islam‘ Zustimmung für Sicherheitspolitiken organisieren, während soziale Sicherheit zurückgefahren wird. Eine autoritäre Bearbeitung sozialer Widersprüche, die auf der Organisierung rassistischer Kompromisse beruht. In diese sind (wachsende) Teile der Bevölkerung eingebunden.

Eine Kritik von AmR muss daher sowohl diese gesellschaftlichen Grundlagen in den Blick nehmen und sie in antirassistischen Strategien berücksichtigen, als auch mit der Kulturalisierung von sozialen Konflikten brechen. Das ist aber nur möglich, wenn islamische religiöse und kulturelle Bewegungen als Teil dieser Auseinandersetzungen ernst genommen werden. Die unterschiedlichen (!) Bewegungen im religiösen und politischen Islam müssen kritisiert

werden, ohne ihre Verankerung in hierarchischen und rassistischen Verhältnissen auszublenden.

Ethnisierung des Sozialen

Die Auseinandersetzungen um muslimische Organisationen und den Platz ihrer Religionsausübung sind in dieser Gesellschaft zu einem zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungsfeld geworden. Rechtsextreme und rechtskonservative Kräfte (bis zu Teilen der CDU) setzen auf eine Mobilisierung gesellschaftlicher Bündnisse gegen MigrantInnen als ‚die Muslime' oder Träger ‚des Islam'. Dabei können sie große Zustimmung und einen rassistischen Konsens über die ‚Fremden', die mit ‚ihrer Kultur' keinen Platz in der Gemeinde haben sollen, organisieren. Diesen Mobilisierungen ist gemeinsam, dass sie ‚den Islam' als eine homogene, feststehende Kultur der Anderen (d.h. kulturell Nicht-Deutschen/Europäischen) beschreiben und MigrantInnen auf eine wesenhafte kulturelle Identität als Muslime festlegen. Diese Kultur sei nicht mit der Mehrheitsgesellschaft vereinbar, führe zu gesellschaftlichen Problemen (Islam als Ursache für fehlende Integrationsfähigkeit/willigkeit) und stelle letztlich eine Gefahr für ‚die Gesellschaft' dar. Je nach ideologischer Position wird die deutsche Gesellschaft als christlich-abendländisch geprägt, über die deutsche Sprache zusammengehalten oder als westlich-säkular verstanden. In beiden Strömungen wird ‚der Islam' als anti-moderne, rückschrittliche Kultur angesehen.

Anti-muslimischer Rassismus muss daher in dem Spannungsfeld von kulturalistischen und orientalistischen Konstruktionen und ihrer Veränderung und ‚Aktualisierung' in Auseinandersetzungen ‚über die Gesellschaft, in der wir leben', die in gesellschaftlichen (ökonomischen, politischen, ideologisch-kulturellen) Kräfteverhältnisse stattfinden, analysiert werden.

In den Bildern über MigrantInnen in der BRD spielte Religion/Kultur zunächst keine bestimmende Rolle. Migrant/innen wurden als ‚Gastarbeiter' betrachtet, also primär über ihren sozioökonomischen Status wahrgenommen, ansonsten entlang ihrer Nationalität. In den 1980er Jahren tauchen kulturell-religiöse Momente in der Konstruktion ‚der Anderen' auf, was mit einer Engführung auf Migrant/innen aus der Türkei einhergeht. Mit dem zweiten Golfkrieg wird diese Religion, ‚der' Islam, als politisierte Religion thematisiert, seit 9/11 dann als kriegerische Religion mit der Konnotation des ‚arabischen Terrorismus'. Insofern sprechen wir von einem Wandel im Diskurs über ‚die Anderen': Er konstruiert Migrant/innen religiös-kulturell als Muslime und ‚den Islam' als politisch-kriegerisch-terroristisch. Als rassistisch bezeichnen wir diesen Diskurs, weil Machtverhältnisse zementiert und eine Ethnisierung der sozialen Frage leistet. dies verweist auf eine tiefgreifende Terrainverschiebung im Politischen, im Staat und in der Zivilgesellschaft.

In den 1980ern vollzog sich im Kontext von Kohl ‚geistig-moralischer Wende' eine Ethnisierung der sozialen Frage: Migration und Integration werden darin primär als Fragen von kultureller Differenz interpretiert. Diese Verschiebung wurde zwar von konservativer Seite initiiert, dann aber unter umgekehrten Vorzeichen von links akzeptiert und verstärkt, die Linke ließ sich in das Kultur-Diskursfeld hineinziehen: Die Orientierung auf Toleranz gegenüber anderen Kulturen, weil sie ‚anders' sind, der Multikulturalismus als Ideologie des liberal-bürgerlichen Spektrums. Er klammerte soziale Bedingungen aus und festigte das Bild von anderen Kulturen. Jetzt wird vielerorts von früheren Vertretern das Scheitern des Multikulturalismus ausgerufen und kulturelle Integration als Anforderung an ‚die MigrantInnen' gefordert. Rot-grün machte immerhin einen Anlauf, wenigstens das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht zu reformieren. Das wäre eine wesentliche Voraussetzung für politische Gleichstellung von Migrant/innen gewesen. Abgesehen davon, setzte rot-grün die Ethnisierung der sozialen Frage fort. Die Klassengegensätze und gesellschaftliche Machtverhältnisse verschwinden in der „Neuen Mitte", während sich durch die neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik die sozialen Gegensätze verschärfen. Von der Prekarisierung sind Migrant/innen in besonders hohem Maße betroffen, gleichzeitig wird ihre gesellschaftliche Situation zu einem Problem von Integration und von kultureller Differenz und Assimilation erklärt. Soziale Widersprüche sollen an einer ethnisierten Unterschicht von (zumeist jugendlichen) Migrant/innen festgemacht werden, deren Kultur daran Schuld sei, dass sie keine Chancen auf dem Arbeits- und Bildungsmarkt hätten. Die ethnisierte Unterschichtung der Gesellschaft wurde damit verschärft.

Unter der schwarz-roten Regierung rückt das Thema Islam als ‚Sicherheitsproblem' in vielen Bereichen in den Vordergrund. Dies wird durch neue Beziehungen zwischen staatlicher Integrationspolitik und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Verbänden durchgesetzt: muslimische Verbände werden als Repräsentanten von ‚Migrant/innen-interessen' eingeladen. Sie vertreten tatsächlich konservative und teilweise kritikwürdige Positionen zu Grundrechten – aber eben nur etwa 20% der Muslime in Deutschland (Kandel 2004).

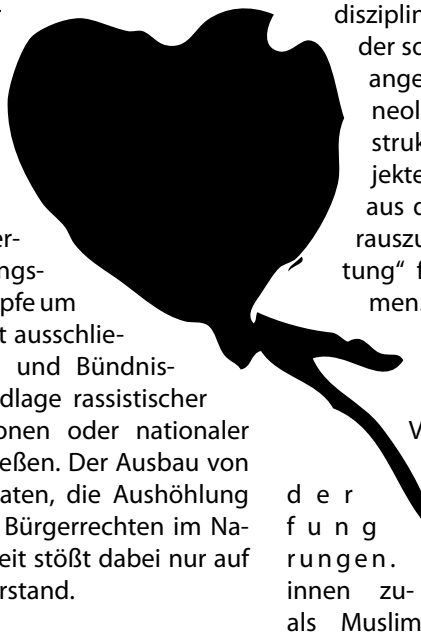
Wettbewerbstaat und Sicherheitspolitik

Die Mobilisierungsfähigkeit der Anti-Moschee-Bewegungen ist ein Teil dieser Verschiebungen im kulturell-ideologischen Feld. Die Konjunktur von antimuslimischen, rassistischen Diskursen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Gruppen steht aus unserer Sicht in engem Zusammenhang mit den sozialen Umbrüchen des Kapitalismus und der Hegemonie neoliberaler Politiken auf nationalstaatlicher wie europäischer Ebene. Mit dem Abbau sozialer Sicherheit wurden zugleich die Sicherheitsapparate hochgefahren und Sicherheitspolitiken verschärft.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Staaten richtet sich gegen neue Gegner: Der politische Islam und der Terrorismus. Sie zielt v.a. auf eine Absicherung von Kapitalinteressen und neoliberalen Politiken.

Anti-islamische Diskurse wirken doppelt: zum einen mobilisieren sie Zustimmung zum Ausbau von Sicherheitspolitik und der Verteidigung ‚westlicher', europäischer Interessen u.a. mit militäri-

schen Mitteln. Zum anderen können die darin enthaltenen Deutungsmuster – soziale Konflikte und Widersprüche kapitalistischer Globalisierung werden zu Konflikten zwischen Religionen, Kulturen – von unten aufgegriffen werden, um Verteilungskämpfe und Kämpfe um soziale Sicherheit ausschließend zu führen und Bündnisse auf der Grundlage rassistischer Kulturkonstruktionen oder nationaler Identität zu schließen. Der Ausbau von Sicherheitsapparaten, die Aushöhlung von Grund- und Bürgerrechten im Namen der Sicherheit stößt dabei nur auf schwachen Widerstand.



Bearbeitung sozialer Widersprüche von 'Unten'

Wo im Fordismus die Einbindung der Subalternen noch über materielle Zugeständnisse, Sozialstaat und das Versprechen einer berechenbaren/wünschbaren Zukunft verlief, hat der aktuelle, neoliberale Kapitalismus nichts zu bieten außer Angst, Kontrolle und Sicherheit.

Auffällig ist, dass die Kampagnen „von oben" von unten aufgegriffen, ausgearbeitet und beantwortet werden. Über den Sicherheitsdiskurs und darin enthaltene kulturalistische und antimuslimische Konstruktionen gewinnen neoliberale Strategien von unten an Akzeptanz. Und er findet seine Resonanz in Unsicherheitserfahrungen der Freigesetzten.

Die Verteilungskämpfe und Konkurrenzkämpfe werden rassistisch oder sozialdarwinistisch gedeutet. Diejenigen, die noch über Lohnarbeit in abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen stehen und affirmativ zum neoliberalen Umbau stehen, nehmen die sich verschärfenden Arbeitsbedingungen als Herausforderung an. Je mehr der Druck steigt, und je mehr sie sich abrackern, ihm standzuhalten, desto vehementer verlangen sie das auch von allen anderen. Die, die nicht mithalten, werden als ausgrenzbar qualifiziert. So wird die neoliberale Antwort auf die zunehmende Prekarisierung der Mittelschichten der Ausbau autoritärer und disziplinarischer Politik gegenüber der so genannten Unterschicht – angenommen und gelebt. Die neoliberale Anforderung an die strukturell benachteiligten Subjekte besteht darin, sich selbst aus dem „Sumpf der Prekarität" rauszuarbeiten und „Verantwortung" für ihr Leben zu übernehmen. Schaffen die das nicht, sind sie entweder faul (Arbeitslose) oder auf Grund ihrer kulturell bedingten Verhaltensweisen nicht anpassungsfähig im Sinne der neoliberalen Unterwerfung unter Marktanforderungen. Soweit Migrant/innen zunehmend als Muslime wahrgenommen werden bietet die Ablehnung von Muslimen und ‚dem Islam' eine Möglichkeit, Widerstand gegen die negativen Folgen des neoliberalen Umbaus ideologisch verschoben auszudrücken: Integration, verstanden als Integration in den Arbeitsmarkt und Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen, findet wegen der kulturellen Differenz und dem fehlenden Anpassungswillen der Muslime (kulturell) nicht statt, deswegen haben die auch weder Bildung noch Arbeitsmarktchancen – sondern einen selbst verschuldeten Lebenswandel. Auf Seite der Rassisten werden „die Ausländer" oft als „Globalisierung vor Ort" wahrgenommen.

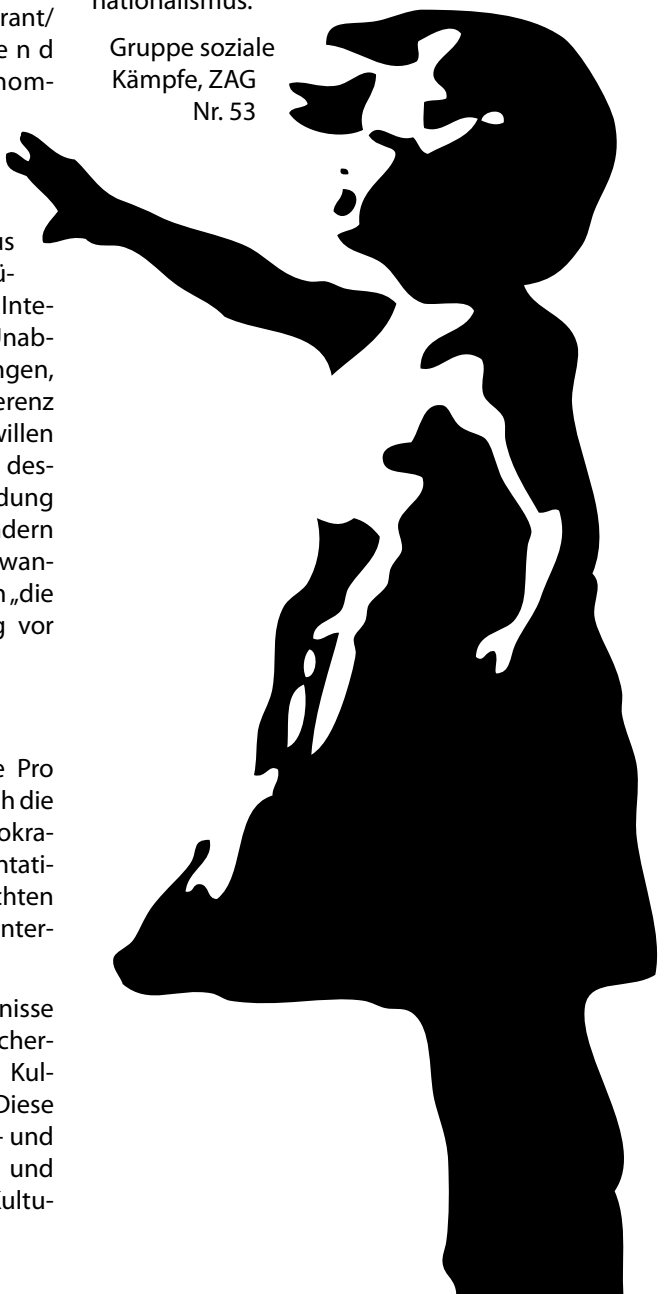
Wie weiter nach Köln?

Neonazis und andere Rechte wie Pro Köln versuchen dabei eine u.a. durch die neoliberale Wende der Sozialdemokratie entstandene Krise der Repräsentation der mittleren und unteren Schichten mit rassistischen Solidaritäts- und Interessenkonstruktionen zu füllen.

Eine linke Politik müsste Bündnisse schaffen für solidarische soziale Sicherheit, die sich explizit gegen eine Kulturalisierung der Konflikte stellt. Diese muss Rassismus als Ausgrenzungs- und Spaltungsideologie ernst nehmen und Vorstellungen von homogenen Kulturen entgegen treten. Wie können also Perspektiven entwickelt werden, die die Interessen vieler Gruppen auf solidarische Weise verbinden können? Kultur übergreifende, gegenhegemoniale Orientierungen und Identitäten können langfristig nur in gemeinsamen Auseinandersetzungen entstehen, die die Grenzen sozialer Gruppen überschreiten ohne Hierarchien und Machtverhältnisse auszublenden.

Ansätze dafür könnten Bemühungen um transnationale Vernetzung für ein soziales Europa und globale Gerechtigkeit sein, die Erweiterung von antirassistischen Gegen-Mobilisierungen zu (langfristigen) gesellschaftliche Bündnissen gegen anti-muslimischen Rassismus, Sicherheitspolitik und Standortnationalismus.

Gruppe soziale Kämpfe, ZAG Nr. 53



Lagerkritiker vor Gericht

Prozesserklärung des Angeklagten vom 18.12.2008 im Amtsgericht Oldenburg

Ich sitze hier heute auf der Anklagebank, weil ich von meinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht haben soll. Vorgeworfen wird mir, den Leiter des Lagers Blankenburg durch das Verteilen eines Flugblatts beleidigt zu haben. In diesem Flugblatt wird die Abschaffung des Lagers gefordert und der Leiter Lüttgau als mitverantwortlich für die Durchführung der niedersächsischen Flüchtlingspolitik dargestellt.

Der Strafantrag wurde in der Tat vom Niedersächsischen Innenministerium gestellt. Darin lautet der Hauptvorwurf, dass das Flugblatt zum Ziel hatte den Regierungsdirektor Lüttgau „als amtlichen Vertreter der niedersächsischen Flüchtlingspolitik verbal anzugreifen". Dieser Einschätzung kann ich mich anschließen. Denn die Flüchtlingspolitik des niedersächsischen Innenministeriums bietet – meiner Meinung nach – in der Tat mehr als einen Anlass zur kritischen Intervention.

Die Unterbringung von Migrant_innen und Flüchtlingen in Massenunterkünften – also Lagern – wird in der BRD schon seit den 1980er Jahren betrieben; mal abgesehen von den Massenunterkünften für die so genannten Gastarbeiter_innen, die Ende der 1950er Jahre entstanden. Doch erst seit Ende der 1990er Jahre forcierte das Ministerium für Inneres und Sport des Landes Niedersachsen die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen in Massenunterkünften. Diese Massenunterkünfte wurden von einer Erstaufnahmestelle in Erstaufnahmestelle, Sammelunterkunft und Abschiebelager zugleich transformiert. Die Umverteilung in dezentrale Wohnheime und Wohnungen wurde weitgehend eingeschränkt. Das heißt, erklärtes Ziel des Innenministeriums war und ist, dass die Flüchtlinge ihren gesamten Aufenthalt – von der Ankunft bis zur so genannten „Rückführung" – im Lager verbringen.

Der niedersächsische Flüchtlingsrat stellte in diesem Zusammenhang fest, dass die Unterbringung in einem Lager dem Land Niedersachsen etwa drei Mal so viel Kosten verursacht, wie eine dezentrale Unterbringung in einer Kommune.[1] Daraus kann man meiner Meinung nach schließen, dass die Gründe für diese Entwicklung nicht etwa einfach in Sparmaßnahmen zu finden sind, sondern, dass es sich hier um eine politische Entscheidung handelt.

Inwiefern diese Entscheidung Sinn macht, machte Minister Schünemann in der Antwort auf die Resolution des Oldenburger Stadtrates deutlich, in der die Landesregierung aufgefordert wurde, „die vorgebrachten Kritikpunkte der Bewohnerinnen und Bewohner der ZAAB Blankenburg ernsthaft und intensiv zu prüfen und Lösungsvorschläge zu

entwickeln." (aus der einstimmig verabschiedeten Resolution des Oldenburger Stadtrates vom 20.11.2006) Schünemann führte in einem Antwortschreiben an den Oberbürgermeister vom 09.01.2007 aus, warum er eine „ernsthafte Prüfung" ablehnt. Er führt die Vorzüge der Isolation an, die eine zentrale Unterbringung habe, schließlich „sollen [ausreisepflichtige Personen] auch nicht integriert werden" (aus dem Brief Schünemanns vom 09.01.2007). Ausreisepflichtig sind dabei nahezu alle. So wurden beispielsweise 2006 nur 0,8 % der Asylentscheidungen nach Grundgesetz Artikel 16 positiv entschieden und weitere 5,6 % unterlagen temporärem Abschiebeschutz bzw. Abschiebeverbot. (vgl. BAMF) 94 % aller Asylbewerber_innen waren demnach ausreisepflichtig. Durch eine dezentrale Unterbringung würde „ihre Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise" sinken „und der Aufenthalt" würde „sich faktisch verfestigen" (aus dem Brief Schünemanns vom 09.01.2007). Dies müsse verhindert werden. Das Lager verstanden als eine totale Institution im Goffmanschen Sinne[2] bietet aus Sicht der Landesregierung hier die effektivste Form.

Auch die starke Kontrolle, unter der die Flüchtlinge stehen, wenn sie in einem Lager wohnen bietet aus Sicht der Landesregierung Vorteile, nämlich den, stärkeren Druck auszuüben und eine Abschiebung leichter durchführen zu können. Lager sollen außerdem eine abschreckende Wirkung haben. Dies brachte Lothar Späth – damaliger Ministerpräsident Baden-Württembergs schon 1982 – kurz nach der Einrichtung der ersten Sammellager für Flüchtlinge in Deutschland nach der zweiten Hälfte der 1940er Jahre auf den Punkt. Damals sagte er: „Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren – kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müsst ihr ins Lager." (vgl. Schwäbisches Tagblatt 5.5.1982)

Eine derart ausgerichtete Flüchtlingspolitik scharf zu verurteilen, liegt meiner Meinung nach nicht nur im Rahmen der freien Meinungsäußerung, sondern sie drängt sich allen auf, denen die Würde und das Wohlergehen von Anderen, in diesem Fall Flüchtlinge, am Herzen liegt. Der Rückkehrforderung, die im Zentrum der Politik der Landesregierung steht, setze ich die Forderung nach einem Bleiberecht für alle und einer dezentralisierten Unterbringung entgegen. Dafür mache ich Gebrauch von meinem Recht auf freie Meinungsäußerung.

Dass der Landesregierung und seinen Vertreter_innen in den lokalen Behörden die Ausübung dieses Rechtes nicht passt, wurde schon in der Vergangenheit deutlich. Als nahezu alle Bewohner_innen des Lagers Blankenburg im Oktober 2006 ihren Protest gegen die Politik des Landes und die Lebensbedingungen im Lager auf die Straße trugen, antworteten die Behörden mit repressiven Maßnahmen. Viele Flüchtlinge können von Einschüchterungsversuchen und offenen Drohungen als Reaktion auf ihre Proteste berichten. Mehrere Flüchtlinge, die den Mut aufgebracht haben, ihre Kritik offen vorzutragen, wurden – nach Meinung vieler Flüchtlinge – deswegen in abgelegene Ortschaften oder andere Lager transferiert. Für diese Maßnahmen war unter anderem auch der Regierungsdirektor Christian Lüttgau, der ja der Leiter des Lagers Blankenburg ist, verantwortlich.

Inwieweit der Leiter des Lagers Blankenburg und des so genannten „Ausreisezentrums" Bramsche/Hesepe Christian Lüttgau für die Lebensbedingungen der Flüchtlinge verantwortlich gemacht werden kann, lässt sich lange diskutieren. Immerhin ist der Streit darüber, ob ein Mensch einen freien Willen hat und also auch die Frage der Schuld des Einzelnen philosophisch bis heute nicht eindeutig geklärt. Sicher ist aber, dass Christian Lüttgau amtlicher Vertreter der Politik des Landes ist, an dessen Umsetzung aktiv mitwirkt und individuelle Initiativen zur Verschärfung der Repression gegen Flüchtlinge ergreift. Er verwaltet insgesamt 1 100 Plätze für Flüchtlinge in den beiden Lagern. In beiden Lagern wurden in den letzten Jahren die Bestrebungen intensiviert, die Rückführungsquote zu erhöhen. Den amtlichen Vertreter_innen dieser Politik erscheinen repressive Maßnahmen zur Erreichung ihrer Ziele als angemessen. Diese Maßnahmen sind beispielsweise die Streichung der Sozialleistungen – also der 40 Euro Taschengeld im Monat – bei Nichtkooperation bei der Vorbereitung der eigenen Abschiebung, ständige Verhöre in der Ausländerbehörde und erzwungene Botschaftsvorführungen, bei denen Flüchtlinge gezwungen werden in die Botschaft desjenigen Landes zu gehen, deren Vertreter_innen ihnen Folter oder ähnliches angetan haben, und das wiederum, um an ihrer eigenen Abschiebung mitzuwirken. Die Konsequenz dieser Maßnahmen ist vor allem, dass sich immer mehr Flüchtlinge gezwungen sehen, in die Illegalität abzutauchen, weil sie dem Druck nicht mehr standhalten.

Zum Begriff des Lagers

In der Anklageschrift des Oberstaatsanwaltes Schewe heißt es, dass durch die „inhaltliche und textliche Ausgestaltung des Flugblattes [...] der Regierungsdirektor Lüttgau als Leiter der ZAAB für einen unbefangenen Dritten den Leitern der während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bekannt gewordenen Konzentrationslager gleichgesetzt" wird. Der einzige Begriff, der in meinen Augen eine solche Assoziation beim Herrn Oberstaatsanwalt Schewe ausgelöst haben kann, scheint mir der Begriff „Lager" zu sein. An keiner Stelle des Textes ist jedoch von Konzentrationslagern oder gar Vernichtungslagern die Rede. Wäre das der Fall, so würde ich mich an dieser Stelle scharf von dem Inhalt des Flugblattes distanzieren. Denn eine solche Gleichsetzung heutiger Flüchtlingspolitik mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik relativiert die deutschen Verbrechen von damals, verhöhnt die Opfer und hat Geschichtsverfälschung zur Konsequenz. Allerdings würde ich darauf hoffen, dass unbefangene Dritte über ausreichend Geschichtsverständnis und Begriffskenntnis verfügen, was sie vor dem oben genannten assoziativen Fehlschluss bewahren würde.

Schließlich verweist der Begriff „Lager" auch in Deutschland im Gegensatz zu „Konzentrationslager" nicht ausdrücklich auf den nationalsozialistischen Kontext. Lagerleiter in einem Möbelhaus dürften sonst nicht als solche bezeichnet werden. Aber auch der Begriff Lager für eine Massenunterbringung von Menschen wird vielfältig benutzt. Auch Eltern müssten sich sonst fragen, ob sie es verantworten können, ihr Kind in ein Zeltlager zu schicken. Oberstaatsanwalt Schewe hätte viel zu tun, würde er alle anklagen wollen, die Mitarbeiter_innen des UNHCR, die aus humanitären Grün-

den Flüchtlingslager überall auf der Welt betreiben, als Mitarbeiter_innen eines Lagers bezeichneten. Aber genau diese humanitären Gründe machen den Unterschied vom Lager Blankenburg zum genannten Beispiel aus. Die Menschen werden gezwungen dort zu leben, obwohl eine andere Unterbringung möglich und sogar kostengünstiger wäre. Dieser Zwang in einem Lager zu leben, entspringt dem politischen Wunsch nach Überwachung und Isolation der Flüchtlinge. Denn gegen diese richtet sich die Politik der Landesregierung und ihrer amtlichen Vertreter_innen.

Die Häftlinge, die das KZ Buchenwald befreiten, prägten die Parole „Wehret den Anfängen!" Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sollte es eine besondere Wachsamkeit gegenüber gesellschaftlichen Prozessen geben, in denen Bevölkerungsgruppen aus politischer Überzeugung vom Staat stigmatisiert, isoliert und entrechtet werden. Hiermit soll in keiner Weise eine Gleichsetzung und Relativierung betrieben werden. Ganz im Gegenteil muss – meiner Meinung nach – das Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus lebendig gehalten werden. Nicht in dem eine Gleichsetzung betrieben wird, aber in dem die Gegenwart auch vor dem Hintergrund der Vergangenheit analysiert und aktiv kritisiert wird.

Lager – hier verstanden als eine unfreiwillige Massenunterkunft für Menschen im Sinne von Dr. Tobias Pieper – sind ein Phänomen der Moderne. „Das Lager als architektonisches Instrument der Moderne setzte sich vielfältig durch und wurde und wird in der Regel zur repressiven Kontrolle eingesetzt, wenn es um die Regulation von Menschenmassen ging, die weniger Rechte haben oder die diese nicht durchsetzen können (MigrantInnen, Kranke, Obdachlose). Lager werden zu variablen Instrumenten der Innenbehörden, des Militärs und der Migrationspolitik gegenüber Menschen, die aus der herrschenden Perspektive stören und die aufgrund ihrer (potentiellen) Rechtslosigkeit durch Lager gesellschaftlich exkludiert werden können."[3] Das Lager setzte sich als eine Herrschaftstechnik durch und findet bis heute Anwendung. „Der Blick auf die Konturen des heutigen Migrationsregimes macht deutlich, dass die Zeit der Lager noch lange nicht vorbei ist." (ebd., S. 4)

Meiner Meinung nach haben postkoloniale Migrationsbewegungen, die Abstimmung mit den Füßen und die aus verschiedenen Gründen nicht stoppbare Migration die Praktiken des Rechtslosen, des Lagers als symbolträchiger Umgang mit den Unerwünschten, aus den ehemaligen Kolonien in die kapitalistischen Zentren zurück getragen. In allen EU-Ländern gibt es Lager für Migrant_innen, für die Unerwünschten und Illegalisierten. Dabei ist die Bandbreite „riesig, wie innovativ, von klassischen Internierungslagern über Abschiebeknäste bis hin zum bundesdeutschen Lagersystem, bestehend aus halboffenen dezentralen Lagern, installiert in alten Armeekasernen, heruntergekommenen Plattenbauten, Containerschiffen oder Barackensiedlungen." (ebd., S. 5)

Dabei ist zu bemerken, dass der Begriff des Lagers auch von den deutschen Behörden benutzt wurde. „Im Beschleunigungsgesetz von 1980 wurde noch von einer zwangsweisen Unterbringung in Sammellagern gesprochen, im Rahmen der Verabschiedung des Asylverfahrensgesetzes wurden diese in Gemeinschaftsunterkünfte umbenannt."[4] Bis 1984 schrieb das Ausländergesetz unter der Überschrift „Aufenthalt im Lager" den Aufenthalt von Asylbewerber_innen im Lager vor. (vgl. § 39 und § 40) In den 1980er Jahren war es allgemein üblich von Lagern zu sprechen. (vgl. Pieper 2008b) Aufgrund zunehmender Kritik wurden – meiner Meinung nach – beschönigende Begriffe wie „Zentrale Aufnahme- und Ausländerbehörde" oder „Ausreisezentrum" gewählt.

Im Übrigen sprachen auch zahlreiche Zeitungen von „Lager" oder „Lagerleiter". So berichtete die taz am 20.10.2006 vom Streik der „Flüchtlinge im Lager Blankenburg, deren Protest für die „Lagerleitung" nur eine Provokation zu sein schien. „Lagerleitung fand sich außerdem am 25.10.2006 und am 10.11.2006 in der taz. Am 16.10.2006 war von „Lagerleiter" die Rede und am 06.10.2006 sogar von „Lagerleiter Christian Lüttgau". Am 21.10.2006 schrieb die haz (Hannoversche Allgemeine Zeitung) unter dem Titel „Lager machen krank" zunächst vom „Lager" und den „Lagerbewohnern" und berichtete direkt im Anschluss von dem „Leiter [...] Christian Lüttgau". Diese Beispiele sollen nur verdeutlichen, dass Blankenburg nicht nur von mir für ein Lager gehalten wird. Vielleicht sollten auch die Redakteure der taz und der haz neben mir auf der Anklagebank Platz nehmen?

Von Rassismus und Autoritäten

Der zweite Vorwurf der Staatsanwaltschaft, dass ich Christian Lüttgau durch den Begriff der „rassistischen Autorität" beleidigt habe, ist ebenso unhaltbar. Ich halte auch den Ausdruck der „rassistischen Autorität" für zutreffend. Mit dem Begriff meine ich in diesem Zusammenhang nicht das Reißen von dumpfrassistischen Stammtischsprüchen oder marodierende Nazischläger. Ich beziehe mich dabei auf den Begriff des Institutionellen Rassismus, wie er beispielsweise von Siegfried und Margarete Jäger benutzt wird.[5] Der Begriff der Institution ist dabei geronnenes Wissen, dass in Form von Normen, Werten, Gesetzen und Wissen fixiert wurde und Grundlage für gesellschaftliche Machtausübung darstellt. Der Begriff des Institutionalisierten Rassismus sollte nach Jäger und Jäger dementsprechend für die Handlungsebene verwendet werden, in der „es um administratives Handeln auf der Grundlage

von Gesetzen, Verordnungen etc. geht" (Jäger & Jäger 2002, S. 218). Jäger und Jäger umreißen kurz den Zusammenhang auf den es ihnen in der BRD ankommt: Zum Institutionellen Rassismus zählen sie die „Einschränkungen wie Residenzpflicht, Unterbringung in Sammellagern, mangelnde Gesundheitsversorgung, Arbeitsverbot, Abschiebung, […] das Asylbewerberleistungsgesetz mit seinem Sachleistungsprinzip; es geht um das Verhalten von Ämtern und Behörden, etwa um Sozialämter und die dort Ausländer benachteiligende Sozialpolitik, um soziale Ausgrenzung durch Ausländerämter, Benachteiligung durch Schule, Kirche, die private Wirtschaft; es geht um die Polizei und die Gerichte, um die Rolle des Grenzschutzes usw." (ebd., 220). Der Institutionalisierte Rassismus ist eine Voraussetzung für den gewalttätigen Alltagsrassismus und die rassistischen Diskurse in den Medien. Er bringt aber selber am wirkungsvollsten Leiden von Flüchtlingen und Migrant_innen hervor. Ein interessantes Phänomen dabei ist, dass sich die handelnden Beamten gar keiner Schuld bewusst sind. Schließlich handeln sie auf der Grundlage von Gesetzen und Verordnungen. (vgl. ebd., 218)

Der Lagerleiter Christian Lüttgau administriert diesen Institutionellen Rassismus, der im Lager Blankenburg allgegenwärtig ist. Dass er eine Autorität ist, wird er als Leiter der so genannten „ZAAB" wahrscheinlich kaum bestreiten. Viele Flüchtlinge benutzen den Ausdruck „rassistische Autoritäten" für die Behördenmitarbeiter_innen. Vor diesem Hintergrund scheint mir der Ausdruck „rassistische Autorität" als zutreffend.

Meinungsfreiheit versus Innenministerium

Wie oben dargestellt antworten die „rassistischen Autoritäten" des niedersächsischen Innenministeriums, der Ausländerbehörden, des Bundesamt und der anderen Angestellten der ZAAB auf Kritik und Protest in der Regel mit Repression. Meistens sind davon Flüchtlinge betroffen. Im Abschiebelager Blankenburg herrscht eine Stimmung der Angst. Der Flur der Ausländerbehörde wird von vielen Flüchtlingen verschiedener Sprache und verschiedener Nationalität als „Todesflur" bezeichnet. Der Grund dafür ist, dass sie nie wissen, was passieren wird, ob ihnen wieder „nur" mit Abschiebung gedroht wird, oder ob sie die Ausländerbehörde vielleicht nicht wieder ohne Handschellen verlassen werden.

Ich sitze heute hier auf der Anklagebank, weil sich ein Administrator des Institutionellen Rassismus beleidigt fühlt. Es ist ein Hohn, dass ein Gericht darüber urteilt, ob die Meinungsfreiheit oder die angeblich verletzte Ehre irgendeines amtlichen Vertreters der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik des Landes höher zu bewerten ist. Ich bleibe in jedem Fall bei meiner Meinung.

Heute sitzt der falsche auf der Anklagebank. An meiner Stelle sollten die Vertreter_innen der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik zur Verantwortung gezogen werden und alle Lager umgehend geschlossen werden!

Für das Recht auf Meinungsfreiheit für Lagerkritiker_innen und Antirassist_innen!

Abschiebelager Blankenburg abschaffen! Für dezentrale Unterkünfte und freie Wohnortwahl für Flüchtlinge!

Offene Grenzen! Gegen Rassismus auf allen Ebenen!

Anmerkungen:

1 FLÜCHTLINGSRAT Zeitschrift für Flüchtlingspolitk, Heft 116, Dezember 2006, http://www.ndsfluerat.org/pdf/heft/rb2006-Innenteil.pdf

2 Goffman, Erving 1973: Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

3 Pieper, Tobias 2008a: Das Lager als variables Instrument der Migrationskontrolle, S. 3, http://homepage.univie.ac.at/benjamin.opratko/texte/pieper.pdf.

4 Pieper, Tobias 2008b: Die Gegenwart der Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 351.

5 Jäger, Siegfried und Margarete 2002: Das Dispositiv des Institutionalisierten Rassismus. In: Demirović / Bojadžijev 2002: Konjunkturen des Rassismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.

DIE K-FRAGE STELLEN!

DIE INTERVENTIONISTISCHE LINKE ZUR KRISE DES KAPITALISMUS UND DEN PERSPEKTIVEN DER TRANSFORMATION

An die Linke von Heiligendamm. An alle Genoss/innen, denen die Kritik des herrschenden Elends immer auch eine Frage der praktischen Intervention ist. An die Gewerkschaftsaktivist/innen, deren Projekt sich im Kampf um 8% mehr Lohn nicht erschöpft. An alle, für die eine andere Klimapolitik vom Kampf gegen das globale Ausbeutungsgefälle nicht getrennt werden kann. An die Aktivist/innen ungezählter sozialer Initiativen, denen die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse immer auch eine Frage der alltäglichen Lebensweisen ist. An diejenigen in der Partei DIE LINKE, die sich von der Bewegung auf der Straße nicht trennen lassen und für die ihre Politik im Sprung auf 13%+x nicht aufgeht. An alle, die auf der Suche nach einer kollektiven Form für ihre rebellischen Wünsche nach einer ganz anderen Welt sind: Eröffnen wir gemeinsam eine Debatte um die „K-Frage“: eine Debatte über Krise, Krieg, Klimawandel, Kapitalismus - und über ein kommunistisches Danach.

Die Krise jedenfalls ist da, es kracht im Gebälk des Geldes, es reißen die Netze, stocken die Ströme des globalen Tauschs: Der Kapitalismus ist in apokalyptischer Stimmung. Hektisch werden weltweit Rettungspakete geschnürt, um die Finanzmärkte vor dem Kollaps zu bewahren. Die Regierungen und Finanzminister, die uns seit Jahren predigen, dass wir es sind, die zahlen sollen, weil kein Geld da sei, mobilisieren unerhörte Summen für ihr Krisenmanagement. So ganz nebenbei werfen sie ihre Glaubenssätze zu ausgeglichenen Staatshaushalten und der Allmacht des Marktes über Bord. Wir kennen ihre Namen, werden sie nicht vergessen, auch die Namen derer nicht, die ihren Job schon getan haben: Schröder und Fischer z.B., die die neoliberalen Angriffe auf Einkommen, soziale Rechte und öffentliche Güter mit dem Wiedereintritt in den Krieg zu verbinden wussten. Wir vergessen auch die nicht, die sich im Hintergrund hielten: Tietmeyer z.B., der mit Lambsdorff bereits 1982 die Blaupause für die neoliberale Wende verfasste, oder Köhler: nicht erst als Bundespräsident, sondern schon als geschäftsführender Direktor des IWF mitverantwortlich für das Massenelend im Süden. Und natürlich gilt es, die beim Namen zu nennen, die jetzt weitermachen: Merkel, Steinmeier, Müntefering, Westerwelle, Seehofer - die ganze Menagerie aus Politik, Wirtschaft und Medien.

Unter denen, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft oder auf Sozialleistungen angewiesen sind, verbreitet sich die Ahnung, dass sie - dass wir die „Rettung der Banken“ bezahlen werden. Die stillstehenden Bänder der Automobilkonzerne sind die unübersehbaren Vorboten einer tiefen Rezession. Die Krise weitet sich aus, trifft nicht nur die Finanzmärkte, sondern die ganze kapitalistische Ökonomie, wird von der Wirtschafts- zur Legitimationskrise nicht nur des Neoliberalismus, sondern des Kapitalismus überhaupt. Was für ein Unterschied zu den 1990er Jahren, als der Zusammenbruch der Sowjetunion neoliberale Ideologen vom „Ende der Geschichte“ und der ewigen Herrschaft des Kapitals träumen ließ.

FRAGEND VORAN

Allerdings: die weitere Krisendynamik bleibt unklar. Gelingt den Regierungen eine Regelung, ein weiterer Aufschub? Wenn ja, ist die Stabilisierung nur kurzfristig? Oder doch mittelfristig? Und vor allem: Welchen Preis haben wir im Fall

des Gelingens oder Scheiterns zu zahlen? Wenn wir eine detaillierte Analyse schon deshalb schuldig bleiben müssen und (wie andere auch) mehr Fragen als Antworten haben, wollen wir doch skizzieren, worin wir unsere Aufgaben - und unsere Möglichkeiten sehen: Die Ursprünge der gegenwärtigen Krise liegen in den 1970ern, in der Krise des auf industrieller Massenproduktion und relativ hoher Massenkaufkraft beruhenden Fordismus. In wachsendem Umfang konnten die erzielten Profite damals nicht mehr gewinnbringend im industriellen Sektor re-investiert werden. Dies war auch ein Ergebnis der Kämpfe, die damals weltweit geführt wurden: Kämpfe gegen den Kolonialismus, Befreiungskämpfe in den Ländern des Südens, verschärfte Klassenkämpfe auch im industriellen Norden und der Aufbruch der sozialen Bewegungen, der heute unter „68" subsumiert werden.

Das überschüssige Kapital zehrte von der Staatsverschuldung und wurde in die internationalen Finanzmärkte gepumpt, wo immer neue Produkte erfunden wurden, die „handelbare" Ansprüche auf künftige Zahlungen versprachen. Die Aufblähung der Finanzmärkte trieb die Internationalisierung der Produktion voran, seit in den frühen 1980ern, zu Beginn der neoliberalen Ära, die aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise stammenden Kapitalkontrollen nach und nach aufgehoben wurden. Die entfesselte Verwertungskette begünstigte die zunehmende Ausbeutung an den Niedriglohnstandorten der kapitalistischen Peripherie sowie die Umverteilung zuungunsten der Lohnabhängigen in den Zentren.

Die „Spekulationsblasen", die immer wieder und gegenwärtig massiv platzen, entstehen also nicht aus der besonderen „Gier" oder „Verantwortungslosigkeit" Einzelner, sondern sind bereits das Ergebnis einer Krisenlösungsstrategie, die für das Kapital notwendig war - und jetzt an ihre Grenzen stößt.

SPIEL OHNE GRENZEN

Das Krisenmanagement der Regierungen zielt nicht darauf ab, dieses System der aufgeblähten Finanzmärkte, die mit immer neuem Geld gefüttert werden müssen, grundlegend zu ändern. Im Gegenteil: Die aberwitzigen Milliardenbeträge werden mobilisiert, damit das Spiel weitergehen kann. Die Rechnung wird wie immer den Besitzlosen präsentiert. Als erstes traf es die Ärmsten der Armen - die schon immer nur ihr nacktes Leben hatten. Bis Mitte 2008 wurde Kapital in großem Umfang von den Immobilienmärkten in die Rohstoff- und Agrarmärkte verlagert; Nahrungsmittel wurden dadurch vermehrt zum Gegenstand der Finanzspekulation. Die Lebensmittelpreise wurden in die Höhe getrieben und verschärften die globale Ernährungskrise, die durch den Abbau der Handelsschranken und die Zerstörung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in der Peripherie in den letzten Jahrzehnten überhaupt erst möglich wurde. Inzwischen hungern weltweit etwa eine Milliarde Menschen. Allerdings hängt das nicht allein an der Spekulation, sondern am zugrunde liegenden Nord-Süd-Ausbeutungsgefälle und an den Finanz-„Tsunamis" der letzten Jahrzehnte: von der Verschuldungskrise der 1980er über die „Mexiko-", „Asien-", und „Rubel"-Krise der 1990er, die Krise Argentiniens aktuell zu den Verwerfungen in Ungarn und der Ukraine.

Jetzt trifft es auch die Zentren, wo Millionen ihre Arbeitsplätze, Ersparnisse und Rentenansprüche verlieren. Das lautstarke Gepolter gegen die „Unfähigkeit" und „Gier" der Manager dient da nur der Verdeckung der wirklich wichtigen Fragen: der nach der Rolle der Regierungen, damit aber auch der nach dem Eigentum und seiner Verteilung, schließlich der wichtigsten Frage: Der nach der Zukunftsfähigkeit eines zum Wachstum verdammten Kapitalismus überhaupt.

Hier greift eine Kritik zu kurz, die jetzt nur auf mehr Regulation, Finanzaufsicht und eine Einhegung der internationalen Finanzmärkte setzt. Es mag sein, dass die sozialen Folgen gelingender Rettungs- und Regulierungsversuche immer noch weniger gravierend sind als die einer galoppierend fortschreitenden Krise. Und natürlich liegt in der Tatsache, dass wir selbst - wie Millionen andere auch - unsere Reproduktion (noch) innerhalb des kapitalistischen Systems regeln müssen, ein erhebliches Erpressungspotenzial, die kommenden Regulierungen auch dann zu akzeptieren, wenn sie - wie zu erwarten - neue Angriffe auf uns und andere einschließen. Wir halten das ausdrücklich fest, nicht, weil wir uns dieser Erpressung fügen und „konstruktiv mitmachen" wollen, sondern weil die ausdrückliche Benennung der Erpressung der erste Schritt des Widerstands ist. Auf den Punkt gebracht: Statt den Banken unser Geld hinterher zu werfen, muss der gesamte Finanzsektor vergesellschaftet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden.

DIES IST AUCH UNSERE ZEIT

Wie jede Krise eröffnet auch diese neue politische Möglichkeiten - für befreiende politische Interventionen und für Formen der autoritären, reaktionären und imperial(istisch)en Krisenbearbeitung. Eine erste Antwort auf die Frage „Was tun?" liegt darin, der Logik des Kapitals eigensinnig die eigenen Bedürfnisse entgegenzusetzen. In der laufenden Tarifauseinandersetzung heißt das, an der Forderung nach 8% mehr Lohn festzuhalten und die „Zugeständnisse" zurückzuweisen, die der IG-Metall-Vorsitzende Huber bereits in Aussicht stellt. Dasselbe gilt für ver.di-KollegInnen, die mit ähnlichen Signalen aus den eigenen Reihen konfrontiert sind. Es geht mindestens um Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung, strategisch verknüpft mit den gesellschaftlichen Forderungen nach einem bedingungslosen Existenzgeld und der Entkopplung der sozialen Sicherung vom Normalarbeitsverhältnis.

Niemand muss uns etwas über die gefühlte Lage im Land erzählen. Einfach nur gute Zeiten für forcierten Klassenkampf? Reale Abstiegs- und Verarmungsängste sind auch ideologische Katalysatoren für Nationalismus und rechtspopulistische Ressentiments. Festzuhalten ist deswegen am organisierten Widerstand gegen alle Versuche der (extremen) Rechten, mit rassistischem und antisemitischem Müll aus der Krise politisch Kapital schlagen zu wollen - wir erinnern hier nur an die Verhinderung des Anti-Islamisierungs-Kongresses in Köln und an die Mobilisierung gegen den für Februar 2009 geplanten Nazi-Aufmarsch in Dresden.

So, wie das Internet die New-Economy-Blase hervorgebracht hat, startete der 11. September die Katastrophenkapitalismusblase: Heimatschutzindustrie, privatisierter Sicherheitsstaat, privatisierter Krieg und Wiederaufbau nach Katastrophen. Verbreitern und vertiefen werden wir den Widerstand gegen den staatlichen Repressions- und Überwachungsapparat, die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdienst, FRONTEX und natürlich gegen den weiteren Ausbau der NATO zur globalen Interventionsarmee: gegen den globalen Ausnahme- und Kriegszustand, den fortlaufenden Weltordnungskrieg. Die nächste Gelegenheit dazu ist der im April 2009 in Strasbourg und Baden-Baden geplante Gipfel zum 60. Jahrestag der NATO.

Doch reicht es nicht, Abwehrkämpfe zu führen. Werden die von der kapitalistischen Sachzwanglogik gesetzten Grenzen nicht überschritten, kommen wir über notdürftige Reparaturen nicht hinaus. Es wird letztlich darum gehen, durch die Vergesellschaftung des Reichtums eine umfassende Sicherung des Sozialen selbst zu erreichen: den kostenlosen Zugang aller zur sozialen Infrastruktur, zu Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Energie, Mobilität, Bildung und Wissen. Das schließt das Recht auf globale Bewegungsfreiheit und die Überwindung aller Grenzen ein.

Sollen der globale Klimawandel und seine globalen sozialen Folgen wenigstens spürbar begrenzt werden, so führt am Ausstieg aus dem gnadenlosen Wachstumszwang des fossilistischen Kapitalismus kein Weg vorbei. Um nochmals auf den Punkt zu kommen: eine umfassende Sicherung des Überlebens und darüber hinaus die Entfaltung eines freien und würdigen Lebens von Milliarden - nicht der Milliardäre - ist mit dem Fortbestand des Kapitalismus unvereinbar.

DIE KRITIK AM NEOLIBERALISMUS HINTER SICH LASSEN

Die aktuelle Krise zeigt anschaulich die Endlichkeit des Kapitalismus, sei es als katastrophische Möglichkeit oder als Perspektive unserer Kämpfe. Die Chancen der Linken liegen nun darin, mit und in den sozialen Kämpfen und Bewegungen eine Debatte um die emanzipatorische Transformation der weltgesellschaftlichen Verhältnisse zu eröffnen und offensiv zu verbreitern. Denn die Ideologie des Neoliberalismus ist zerplatzt, wir können sein Gefängnis der Ausweglosigkeit verlassen. Die alte, so oft gesellschaftlich verhunzte und propagandistisch verschlissene Klassenfrage kann neu bestimmt und geöffnet werden. Dabei geht es nicht darum, den unmittelbaren Bevorstand der Revolution herbeizuträumen: das hieße, die fortwirkende Wandlungs- und Integrationsfähigkeit des Kapitalismus sträflich zu unterschätzen. Doch geht es darum, radikale Alternativen und Optionen der Überwindung konkret zu machen, die Krise als Weckruf zu verstehen, um solche Alternativen und Optionen aus nebelhaften Fernen zurückzuholen. Deshalb laden wir dazu ein, gemeinsam die K-Frage zu stellen, sie in die gegenwärtigen Kämpfe und Bewegungen einzubringen und ihre Beantwortung - unsere und eure Antworten - zu organisieren. Dabei geht es nicht um Vereinheitlichung, sondern um Austausch und Verständigung für eine ebenso vielfältige wie gemeinsame Praxis: für eine befreite Gesellschaft, weltweit, für alle.

Wiederkehr der Anti-Atom-Bewegung?

Mit zahlreichen Blockaden haben Atomkraftgegner den Transport des Atommülls nach Gorleben so lange wie noch nie verzögert

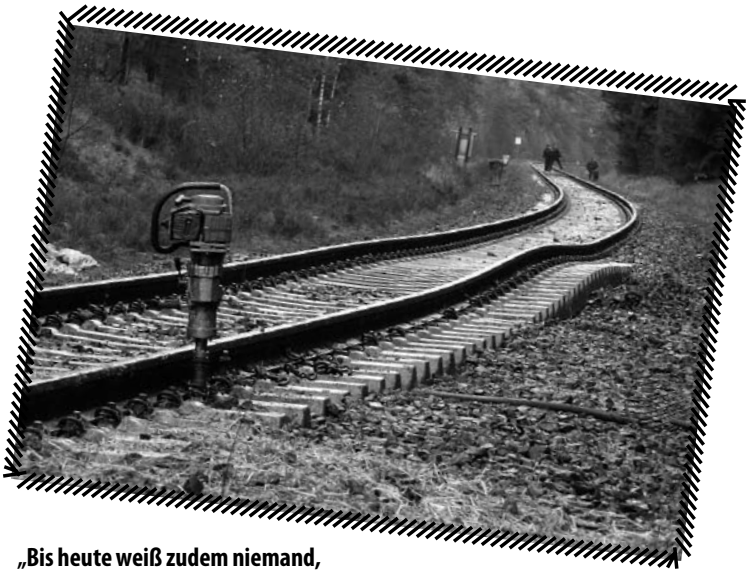
Die elf TN85-Behälter mit hochradioaktivem Abfall sind erst in der Nacht auf den 11. November im überirdischen Zwischenlager Gorleben angekommen – einen Tag später als von der Polizei geplant. Am Abend des 7. November hatte der Transport die Plutoniumfabrik in La Hague verlassen. Antiatom-Aktivisten sehen in den vielen Gegenaktionen einen Erfolg und feiern die „Renaissance" der Bewegung.

Die Scheunen haben sie für tausende Aktivisten geöffnet. Viele Landwirte im niedersächsischen Wendland wehren sich gegen das geplante Endlager für hochradioaktiven Müll. An den Straßen haben sie Puppen aus Stroh in Lebensgröße aufgestellt, Anti-Atom-Plakate aufgehängt und das Widerstandssymbol, ein großes gelbes „X", an Häuser gelehnt und in die Erde der abgeernteten Felder gerammt. Sie sind mit ihren Traktoren vorgefahren, liefern Stroh für die Sitzblockaden. Auch andere Bewohner der Region helfen mit. Sie informieren Neuankommende, spenden Milch, Schokolade und Gemüse. In Zeltküchen bereiten freiwillige Zwiebelschäler und Köche warme Suppen zu. Andere verteilen im Wald der Göhrde heißen Tee und Essen an die Aktivisten, die sich am Sonntag über 20 Stunden lang bei Nebel und Regen durch das Unterholz bewegten und immer wieder auf die Bahnstrecke Lüneburg-Dannenberg gelangten.

Trotz Polizeiketten auf Forstwegen drangen rund 800 Atomkraftgegner zwischen Leitstade und Govelin auf die Gleise. Wie Rehe in der Dämmerung sprangen sie gruppenweise durch die Polizeiabsperrungen und verschwanden wieder im Dickicht. „Unser Ziel ist nicht die Polizei, sondern wir wollen zu den Gleisen. Dort wollen wir die Transportstrecke unpassierbar machen", so ein Aktivist in dunkler Regenbekleidung.

In zwei großen Gruppen waren sie am Sonntagmorgen vom Norden wie vom Süden losmarschiert, bei Polizeisperren fächerten sie sich in kleinere Gruppen auf, flossen wieder zusammen und trafen fast zeitgleich auf die bewachte Bahnstrecke. Dort setzten sich manche auf mitgebrachte Strohsäcke, andere zündeten kleinere Barrikaden an oder gruben die Schottersteine aus dem Bahndamm. Mit kleinen hydraulischen Lastenhebern gelang es ihnen auch, die tonnenschweren Schienen zu heben. Gleisarbeiter der Deutschen Bahn brauchten mehrere Stunden, um die Schienen wieder gerade zu bekommen, herausgedrehte Bolzen herbeizuschaffen und das Schotterbett wieder aufzufüllen.

Auf der Bahnstrecke war es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Atomkraftgegnern und der Polizei gekommen. „Die Demonstranten spielen mit uns jetzt Katz und Maus", sagte ein Polizeisprecher. Die Proteste konzentrierten sich nach Polizeiangaben auf einen drei Kilometer langen Streckenabschnitt in einem dicht bewaldeten Gebiet im Großraum Göhrde. Etwa 25 Reiter mit Pferden, die darauf abgerichtet sind, auch über Menschen zu galoppieren, kamen zum Einsatz. Mehrere Feuer sind mit Wasserwerfern gelöscht worden. Mit Schlagstöcken und Reizgas trieb die Polizei die Menge auseinander. Am Spätnachmittag, als die Dunkelheit hereinbrach, wurden auch Hunde gegen die Atomkraftgegner eingesetzt.



„Bis heute weiß zudem niemand, wo die radioaktiven Abfälle sicher gelagert werden könnten"

Den Atomzug aufhalten konnten diese Aktionen des Konzepts Gemeinsam zum Zug kommen allerdings zunächst nicht. Der Transport befand sich Sonntagmorgen noch in Süddeutschland. Grund für die 15stündige Verspätung war eine Zugblockade an der deutsch-französischen Grenze. Bei

Wörth hatten zwei Männer und eine Frau ihre Arme in unter den Bahnschwellen versteckten Betonblock befestigt. „Den Transport von hochradioaktivem Atommüll ins niedersächsische Zwischenlager Gorleben nehmen wir nicht einfach hin. Ohne einen autoritären Staat und ohne Großkonzerne kann Atomkraft nicht funktionieren", sagten die Aktivisten.

Die Polizei brauchte mehrere Stunden, um die Atomkraftgegner von den Schienen zu bekommen, außerdem mussten danach die Gleise repariert werden. „Schon die Gewinnung und Aufbereitung von Uran verursacht große Umweltschäden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich auch schwere atomare Unfälle mit unschätzbaren Folgen nicht ausschließen lassen. Bis heute weiß zudem niemand, wo die radioaktiven Abfälle sicher gelagert werden könnten", so die drei jungen Aktivisten. Statt atomarer und fossiler Energiegewinnung fordern sie den ernsthaften Ausbau regenerativer Energien.

Am Sonntagabend gegen 21 Uhr dann passierte der Atomzug Lüneburg. Die kleinen Bahnhöfe in Richtung Dannenberg hatte die Polizei schon Tage vorher mit Absperrgittern - sogenannten Hamburger Reitern - Flatterband und scharfkantigem S-Draht gesichert. Den größten Sicherungsaufwand betrieb die Polizei an der Seerauer Eisenbahnbrücke, die dort die Bahnstrecke über die Jeetzel führt. Dort sind Absperrungen sogar durch das Wasser gezogen worden, außerdem wurde die Umgebung scharf bewacht und in der Nacht mit großen Scheinwerfer-Anlagen ausgeleuchtet. Die Brücke war vor einigen Jahren im Vorfeld eines Castor-Transportes durch ein Feuer beschädigt worden. Damals waren umfangreiche Instandsetzungsarbeiten nötig, um die Brücke für den mehrere hundert Tonnen schweren Atommüll-Transport wieder passierbar zu machen.

Auf der Strecke bis Dannenberg kam der Zug nur langsam voran. Hubschrauber leuchteten die Gegend aus. Sitzblockaden kurz vor dem Bahnhof Dahlenburg und eine Abseilaktion von der Brücke der B 216 südwestlich Nahrendorf verzögerten die Fahrt zur Umladestation. Nach Störaktionen in der Göhrde fuhren die Behälter mit insgesamt 14 Stunden und 23 Minuten Verspätung in Dannenberg ein.

Strahlung stärker als bei früheren Transporten?

Dort wurden sie in der Nacht vom Zug auf Sonder-Lkws geladen. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hatte eine starke Wärmeentwicklung festgestellt und eine höhere radioaktive Strahlung als bei den vorherigen Castortransporten gemessen sei noch in 14 Meter Entfernung 500-mal höher ist als die zuvor gemessene Neutronenhintergrundstrahlung, so die Umweltschutzorganisation. Vermutlich liege die Strahlung innerhalb der Grenzwerte. Doch wer sich in direkter Nähe der Behälter aufhalte, erreiche trotzdem innerhalb von wenigen Stunden die zulässige Jahresdosis, so Greenpeace. „Die Belastung des Begleitpersonals, der Anwohner und der Demonstranten ist unverantwortlich", sagt Heinz Smital, Atomexperte von Greenpeace. Eine Sprecherin des niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz sagte nichts dazu, ob die Strahlung höher als sonst liege. Sie informierte lediglich darüber, dass die bei allen drei in Dannenberg gemessenen Behältern die zulässigen Grenzwerte für die Oberflächendosisleistung (Gamma- und Neutronenstrahlung) unterschritten seien.

Bereits am Freitag hatten die ersten Aktionen und Blockaden in der Region begonnen. Über 16.000 Menschen fanden sich dann am Samstag in Gorleben ein. Dort demonstrierten sie mit Treckern, Strohpuppen und Transparenten gegen den Transport von elf Atommüllbehältern und den Weiterbetrieb von Atomanlagen. Im Vergleich zu den Jahren zuvor waren auffällig viele Fahnen der Grünen und der Grünen Jugend zu sehen. Zudem reihte sich Polit-Prominenz der Grünen in den Protestzug zum Zwischenlager ein. Damit handelten sie sich einige empörte Reaktionen anderer Demonstranten ein, die daran erinnerten, dass Bündnis90/Die Grünen, als sie noch an der Regierung waren, den wackligen Atomkonsens mitgetragen haben.

„Ich sage nur Ahaus, und nicht zu vergessen, auch die Grünen haben Castortransporte durchgeprügelt, als sie an der Macht waren", schimpft ein Demonstrant mit langen Haaren. Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, die zur Großdemonstration in Gorleben aufgerufen hatte, dagegen sagte, dass er sich über alle Teilnehmer freue.

Nach der Demonstration gelang es Aktivisten von X-tausendmalquer die Zufahrt zum Zwischenlager in Gorleben zu blockieren. Unter dem Motto „Wir sind gekommen, um zu bleiben" campierten rund 1000 Menschen von Samstagnach-

mittag auf der Straße vor dem Tor. In Schlafsäcke und Decken eingehüllt verbrachten sie auch zwei Nächte vor dem Zwischenlager. Jochen Stay von X-tausendmal quer: „Die Anti-Atom-Bewegung ist wieder da. Die Aktionen der letzten Tage und Stunden zeigen, dass sehr viele Menschen bereit sind für den versprochenen Ausstieg aus der Atomkraft mit großer Entschlossenheit zu engagieren. Der Widerstand zeigt, womit zu rechnen ist, wenn der Ausstieg nicht endlich realisiert oder weiterhin Frage gestellt wird."

Vielfältige Hindernisse, Abseilaktionen und Kleinblockaden

Am Montag um 13.15 Uhr begann die Polizei mit der Räumung der Sitzblockade. Die über 1200 auf der Straße sitzenden Menschen wurden einzeln aus der Blockade getragen, zum Teil geschleift. Bei der teilweise ruppigen Räumung wurden einige Atomkraftgegner verletzt. „Die Polizei hat medienkompatibel geräumt," so Julian Bank von X-tausendmal quer. Vor laufenden Kameras seien Aktivisten getragen worden. Wenn die Kameras weg waren, habe die Polizei den Blockierenden auch die Arme umgedreht und Schmerzgriffe angewendet, so Bank. Die geräumten Blockierer wurden in einen Bereich abseits der Blockade gebracht und mit Hundesstaffeln daran gehindert, wieder auf die Straße zu gehen.

Allerdings konnte der abfahrbereite Straßentransporter den Verladebahnhof in Dannenberg immer noch nicht verlassen. Aktivisten von Robin Wood hingen mit Seilen und Transparenten an Bäumen, vor der Ausfahrt des Verladekrans in Dannenberg haben sich zwölf Greenpeace-Aktivisten an einen Sattelschlepper angekettet, mehrere hundert Menschen und zahlreiche Traktoren blockierten die Straße. In Grippel haben sich zudem acht Aktivisten der Bäuerlichen Notgemeinschaft an zwei Betonpyramiden gekettet. Die Polizei benötigte fast zehn Stunden, um die Straße in Grippel freizubekommen.

Es hätte auch schneller gehen können: Die Aktion wäre abgebrochen worden, wenn es zu einem Gespräch mit einem Entscheidungsträger der Landesregierung gekommen wäre, so wie es die Aktivisten gefordert hatten. „Es geht uns nicht darum, uns gegenseitig zu ruinieren", sagt Monika Tietke, Sprecherin der Bäuerlichen Notgemeinschaft, einem Zusammenschluss, der sich mit Traktoren und anderen Mitteln gegen die Atom-Pläne wehrt.

Alle seien überstrapaziert, viele Polizeibeamte seien zudem wegen den erhöhten Messwerten beunruhigt. Die Atomkraftgegner hätten teilweise zwei Nächte nicht mehr geschlafen. „Wenn wir einen Dialog herstellen könnten, wäre es für uns am Besten. Da würde doch keiner sein Gesicht verlieren", so Tietke. Offenbar setzte man in der Landesregierung eher auf die Polizei als auf ein Gespräch.

Ungezählt bleiben die vielfältigen Hindernisse, Abseilaktionen und Kleinblockaden. Die Atomkraftgegner haben es geschafft, den Transport so lange zu verzögern wie noch nie. Die Polizei hatte enorme Probleme, die Straßen freizuhalten und geeignetes Gerät einzusetzen, um die Kletteraktivisten von Brücken und Bäumen zu holen und Betonblockaden zu beseitigen.

Für die Aktivisten ist der Transport 2008 ein Erfolg. Ihr Ziel, den Zug möglichst lange aufzuhalten, die Kosten in die Höhe zu treiben und Öffentlichkeit über ihre Sache zu informieren, haben sie erreicht. Für die Politik und die Polizei dürfte der Transport 2008 ein Debakel sein. Noch ist unklar, wie teuer der Transport w i r d .

[Anm. d. Red.: Die Kosten betragen mehr als 20 Mio. Euro.] Das könne man erst in einigen Wochen sagen, wenn alle Rechnungen der anderen Länderpolizeien für Sprit, Überstunden, An- und Abfahrten , Verpflegung in Hannover eingetroffen seien, sagte ein Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums.

Die Kosten für den Einsatz von über 11.000 Polizisten übernimmt weitgehend das Land Niedersachen. Die Kosten für die Bundespolizei, die mit etwa weiteren 7.000 Beamten im Einsatz war, trägt die Bundesregierung. Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) für die Atomenergie-Konzerne die Transporte abwickelt, kommt nur für die Behälter auf. „Wie bei jedem Fußballspiel auch, musse Polizei für den sicheren Ablauf sorgen. Weder die Sportvereine noch die Transportgesellschaft brauchen dafür zu bezahlen", so der Sprecher.

Die Kosten für den gefährlichen Abfall der vier großen rksbetreiber E.on, RWE, EnBW und Vattenfall, die jedes Jahr große Gewinne verbuchen können, trägt die Allgemeinheit.

Telepolis 11.11.2008

Das Unbehagen der Geschlechter für Queer-Einsteiger_innen

a.g.gender-killer

Judith Butler ist in aller Munde. Wenn es um die Themen "Sexismus" oder neuerdings "gender" geht, ist an ihr und ihrem Buch "Das Unbehagen der Geschlechter" kein Vorbeikommen.

Hier wird versucht den zentralsten Text für die gesamte Entwicklung der gender studies bzw. queer theory seit den 90ern verständlich zusammen zu fassen:

Im bisherigen Feminismus waren "die Frauen" als Kollektiv das politische Subjekt. D.h. es gab den Anspruch oder die Idee, es gäbe "die Frauen", die alle gleicher-maßen von einem universellen Patriarchat unterdrückt wären. Seit den feministischen Debatten in den 80ern wird jedoch davon

ausgegangen, dass nicht alle Frauen gleich, sondern in ganz unterschiedlicher Weise von Sexismus betroffen sind. Eine schwarze Frau z.B. anders als eine weiße, eine Lesbe anders als eine Hetera usw.

Außerdem ist das Subjekt "Frauen" eine Kategorie, die vereinheitlicht, wo es keine Einheit gibt. Indem der Begriff "Frauen" eine scheinbar feste kollektive Identität konstruiert, sind in ihm Ausschlussmechanismen enthalten, nämlich für all jene, die sich unter diesen Begriff (der ja eine ganz bestimmte Bedeutungen beinhaltet) nicht einordnen können oder wollen.

Der bisherige Feminismus betrieb also nach Butler reine Identitätspolitik und beruhte auf der Annahme eines feststehenden Subjekts, das eine feste Identität hat. Ein Problem ist, dass ein Subjekt immer ein geschlechtliches Subjekt sein muss. Subjekte sind überhaupt nur Subjekte, weil sie eine feste Geschlechtsidentität besitzen; andernfalls wären sie gesellschaftlich nicht als Subjekte anerkannt.

Wodurch entsteht die Geschlechtsidentität? Geschlecht wird durch den Diskurs konstruiert. Ein Diskurs ist nach Foucault eine Summe von Aussagen zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort über ein bestimmtes Thema. Wichtig dabei ist, dass Diskurse immer mit Macht verknüpft sind. D.h. ein Diskurs ist nichts neutrales, ist nicht einfach nur das, was geredet wird, sondern der Diskurs produziert und reproduziert die Dinge, über die er spricht. Das ist für Butler deswegen so, weil sie einen ganz bestimmten Begriff von Sprache hat. Sprache ist bei ihr nicht einfach ein Medium, das die Welt außerhalb der Sprache beschreibt, sondern sie ist performativ, d.h. sie konstruiert die Welt erst so, wie sie ist. Sie bringt die Dinge erst hervor, weil sie die Wirklichkeit bzw. die Wahrnehmung der Wirklichkeit strukturiert.

Der Diskurs über Geschlecht konstruiert also das Geschlecht. Und zwar folgender maßen: Der Diskurs beinhaltet die Trennung von "sex" und "gender". "Sex" ist der geschlechtliche Körper und "gender" die Geschlechtsidentität, also in einem psychologischen Sinne stark vereinfacht so etwas wie das "innere Gefühl", ob sich eine Person als Mann oder Frau

fühlt. Diese Trennung ist nach Butler sehr problematisch. Für den bisherigen Feminismus war es aber wichtig, sex und gender begrifflich zu trennen, um klarzumachen, dass sich aus dem Geschlechtskörper keine Annahmen über das soziale Geschlecht ableiten lassen, sondern das soziale Geschlecht gesellschaftlich produziert und ansozialisiert ist. Aber wenn diese Trennung die Grundlage ist, so Butler, dann gäbe es zum einen einen Geschlechtskörper, der als natürlich, biologisch usw. gilt und zum anderen eine soziale Geschlechtsidentität, die gesellschaftlich und kulturell ist. Der Körper wird damit aber in den Bereich der Natur "abgeschoben" bzw. diesem Bereich zugeordnet und das ist Teil eines bestimmten Diskurses, der den Körper als etwas natürliches hinstellt, d.h. ihn naturalisiert.

Der Diskurs über Geschlecht bringt also den Körper als einen natürlichen, biologischen Körper hervor, der außerhalb des Diskurses liegt, denn der Diskurs ist gesellschaftlich/kulturell und der Körper scheinbar Natur. Das Problem mit diesem vermeintlich vor diskursiven Körper ist, dass auf diese Weise immer zwei verschiedenartige bestehen bleiben, nämlich ein männlicher und ein weiblicher, und nichts anderes. Der biologische Körper bleibt auf diese Weise immer nur als zweigeschlechtlicher denkbar. Diesen Dualismus nennt Butler "binäre Opposition". Wenn der Körper als zweigeschlechtlicher erhalten bleibt, so kann aus ihm auch stets eine Geschlechtsidentität abgeleitet werden, die dementsprechend auch zweigeschlechtlich ist. Das ist für Butler so, weil der Körper in ihrer Theorie eine besondere Rolle spielt. Es geht bei ihr vor allem um die Frage, wie Körper als geschlechtliche Körper kulturell "gemacht", inszeniert, konstruiert, und reproduziert werden.

Bei ihr ist der Körper nicht eine natürliche Masse, die dann eine Geschlechtsidentität "annimmt", sondern der Kör-

per wird als Geschlechtskörper stets neu hergestellt. Der Körper wird durch den Diskurs geformt. Außerhalb des Diskurses ist der Körper so etwas wie eine ungeformte Masse, und erst durch den Diskurs wird der Körper zu dem gemacht, was er ist, bekommt eine Form, bekommt eine gewisse Bedeutung, durch die er "verstehbar", wahrnehmbar wird. Die Form des Körpers schafft seine Bedeutung, so als ob er ein kulturelles Zeichen wäre. Das ganze ist sehr sprach- und zeichentheoretisch zu verstehen. Der Körper ist nur als geschlechtlicher Körper wahrnehmbar und nur so als vollgültiger Körper akzeptiert. Das heißt, Körper müssen eben entweder als männliche oder weibliche Körper wahrgenommen und eingeordnet werden. Dafür gibt es ein gesellschaftliches Muster oder Raster, das Butler "heterosexuelle Matrix" nennt. Diese Matrix strukturiert die Wahrnehmung und Einordnung von Körpern, Subjekten und Identitäten. Es ist aber nicht so, dass Körper entweder weibliche oder männliche Körper sind. Sondern sie werden erst durch den Diskurs, der die heterosexuelle Matrix hervorbringt, zu solchen geformt.

Durch den Diskurs wird etwas in den Körper eingeschrieben, er wird durch ihn beschrieben und benannt. Dieser Diskurs schreibt ihm die Geschlechtsidentität, die zweigeschlechtliche Ordnung, die Heterosexualität ein. Der Körper seinerseits muss diese Einschreibung nun immer widerspiegeln, aufführen, inszenieren, also reproduzieren. Auf der Körperoberfläche bzw. in dem, wie Körper Geschlecht zur Darstellung bringen, reproduziert sich die Einschreibung. Der Körper ist Produkt und Effekt des Diskurses, nicht sein Ursprung. Die Geschlechtsidentität ist nicht etwas, was sich aus dem biologischen Körper ergibt, was daraus abzuleiten ist, sondern sie wird in den Körper eingeschrieben, und zeigt sich daher wiederum in der Art und Weise, wie sich der Körper inszeniert. Dass das alles so ist, wird aber wiederum durch den Diskurs selber verschleiert, so dass in den Körper gleichzeitig auch immer wieder eingeschrieben wird, dass er natürlich sei.

Was ist an der Zweigeschlechtlichkeit und der binären Opposition nun scheiße? Sie basiert auf Ausschlussmechanismen für alle diejenigen Identitäten bzw. Körper die aus dem Raster fallen, die ihm nicht entsprechen, z.B. keine Eindeutigkeit aufweisen, sich nicht eindeutig zuordnen lassen. Dahinter steckt ein bestimmter Begriff von Identität bzw. Subjekt, der von Butler stark kritisiert wird, weswegen Butlers Theorie auch oft der Postmoderne zugeordnet wird, die auch Kritik an festen geschlossenen Identitäten übt. Feste geschlossene Identitäten basieren immer auf Ausschluss, und nur solche festen Identitäten bekommen einen Subjekt- bzw. Personenstatus zugesprochen. Außerdem ist für Butler das Denken in binären Oppositionen ein typisches Kennzeichen der modernen westlichen abendländischen Philosophie, Wissenschaft, Kultur, etc. Darunter fallen zentrale Begriffe wie Natur/Kultur, weiblich/männlich, Gefühl/Verstand, Emotionalität/Rationalität, Materie/Geist. Dieses Denken an sich ist Teil eines dualistischen Denkens, und wird von Butler als patriarchal und die dahinter stehende Bedeutungsökonomie als maskulin charakterisiert.

Geschlecht setzt sich bei Butler aus den drei Elementen sex, gender and desire zusammen. Sie werden vom Diskurs über Geschlecht als kohärente Einheit konstruiert. Das heißt, bspw. ein weiblicher Körper muss eine weibliche Geschlechtsidentität haben, und ein dementsprechend heterosexuelles Begehren, das sich auf Männer richtet. Darüber hinaus gibt es bei Butler die gender performance, die Inszenierung oder Aufführung und Darstellung von Geschlecht. Sie gehört immer zur Konstruktion des Geschlechts dazu und passiert immer und nicht nur, wenn sie bewusst inszeniert wird. Die gender performance muss natürlich zum Geschlecht passen, d.h. mit einem weiblichen Körper muss ich auch eine weibliche gender performance haben/machen - was auch die Norm ist. Butler nennt das Beispiel der Travestie, also der drag kings and queens, um zu verdeutlichen, was passiert, wenn die gender performance nicht zum zugeschriebenen Geschlecht passt. Normalerweise wird einem weiblichen Körper, aufgrund dessen, dass er als weiblicher Körper wahrgenommen wird, eine weibliche Geschlechtsidentität zugeschrieben, d.h. es wird angenommen, dass diese Person sich als Frau fühlt. Bei drag gibt es einen Widerspruch zwischen dem Geschlechtskörper, der z.B. als ein männlicher wahrgenommen wird und der performance, die eine weibliche ist. Es entsteht eine Irritation in der Wahrnehmung. Und der Betrachter ist irritiert darüber, welche Geschlechtsidentität diese Person wohl haben mag: Fühlt er/sie sich nun als Frau oder als Mann? Diese Geschlechterverwirrung oder Irritation ist für Butler subversiv und kann als politische Strategie eingesetzt werden.

Hauptsächliche Kritikpunkte an Butler sind, dass ihr politisches Konzept eher schwach und nur auf bestimmte Subkulturen beschränkt ist. Es sei zu wahrnehmungsphilosophisch, und würde den handfesten Problemen in Bezug auf Sexismus, die oft mit (physischer und psychischer) Gewalt verbunden sind nicht gerecht. Außerdem blende es ökonomische Probleme aus, die z.B. ganz realpolitische Gleichstellungsstrategien erfordern.

aus: AS.ISM_2 – Reader des Antisexismus Bündnisses Berlin, http://asbb.blogsport.de

4+1 Varianten verkürzter Kapitalismuskritik

Dieser Text ist als Auseinandersetzung mit verkürzter Kapitalismukritik (und der Kritik daran) gedacht – und das exemplarisch an vier Positionen, die kurz dargestellt, kritisiert und verglichen werden sollen.

Verkürzt kann Kritik am Kapitalismus dann genannt werden, wenn sie sich nur an einzelnen Bereichen oder Erscheinungen des Kapitalismus festmacht; wenn Kapitalismus also auf einen Teilbereich verkürzt wird. Dieser Teilbereich wird dann üblicherweise vom Rest der kapitalistischen Gesellschaft abgetrennt und oft auch personalisiert und moralisiert.

Markt vs. Staat

So kritisieren die meisten Sozialstaatsverfechter_innen den Markt, aber verteidigen den Staat. Der Staat soll den Markt bändigen und zügeln. Nicht der Kapitalismus als solcher erscheint dann als das Problem, sondern seine „Zügellosigkeit". Vorausgesetzt wird, dass der Staat den Markt zügeln kann und soll. es wird nicht gesehen, dass der Staat vor allem die Aufgabe hat, den Kapitalismus am laufen zu halten, schon weil er von seinem funktionieren abhängig ist. Und es gerät leicht aus dem Blick, dass auch der Markt auf den Staat angewiesen ist, um seine Profitdynamik ungestört entfalten zu können. Geht mensch aber davon aus, dass der Staat den Markt zügeln kann, das in Wirklichkeit aber nicht tut, bleibt nur die Erklärung, dass halt die falschen Leute an seiner Spitze stehen. Und das legt nahe, es komme nur darauf an, die richtigen Leute zu wählen oder die Staatsmacht zu übernehmen, um alle Probleme dieser Welt zu lösen. Das ist wohl die am weitesten verbreitete Verkürzung von Kapitalismuskritik in der hiesigen Linken im weitesten Sinne.

»Geht mensch davon aus, dass der Staat den Markt zügeln kann, bleibt nur die Erklärung, dass halt die falschen Leute an seiner Spitze stehen.«

Konsumkritik

Leute, die sich für Konsumboykott und alternativen Konsum stark machen, meinen oft, damit etwas Entscheidendes verändern zu können. Diese Meinung verkennt nicht nur die realen Machtverhältnisse und überschätzt den Einfluss einzelner Konsumentscheidungen, sie klammert auch aus, wie die Einkommen verteilt sind, wer also die Möglichkeit hat, sich z.B. über „fair trade" und „Bio"-Produkte zu versorgen. Aber am wichtigsten ist, dass durch alternativen Konsum die Grundlagen des Kapitalismus nicht erschüttert werden, die ungleiche Stellung der Menschen im Produktionsprozess und die Produktion um des Profits willen. Der Glaube an eine Systemveränderung durch individuellen Konsum wirkt entpolitisierend und verschafft das falsche moralische Gefühl ausreichend getan zu haben.

»Das Muster, nach dem diese Kritik gestrickt ist, hat Tradition in Deutschland: Es gibt das gute schaffende Kapital und das böse raffende Kapital.«

Zins- und Geldkritik

Es gibt auch eine Kritik, die sich nur am Zins festmacht. Dann wird die vermeintliche „Macht des Geldes" angeprangert. Das Geld erscheint als abstrakt und irgendwie unfassbar. Es wird skandalisiert, dass Zinsen oder auch Dividenden ein arbeitsloses Einkommen ermöglichen. Im Umkehrschluss heißt das, dass Arbeit etwas Tolles ist, und dass, wer nicht arbeitet, gefälligst auch nichts essen soll. Die Geschäftsführungen der Industrieunternehmen können dann durchaus als Teil der Arbeitenden erscheinen, die nur ihren gerechten Anteil für ihre Leistungen erhalten. Kritisiert werden dagegen die vermeintlichen Exzesse und die Gier irgendwelcher transnationaler Heuschrecken, die über Deutschland herfallen. Das Muster, nach dem diese Kritik gestrickt ist, hat Tradition in Deutschland: Es gibt das gute schaffende Kapital und die ehrliche, deutsche Arbeit auf der einen Seite, das böse raffende Kapital und die hinterhältigen Machenschaften einer internationalen Finanzoligarchie auf der anderen Seite. Das ist Antisemitismus in Reinform, nur dass heute die Nennung derer, die angeblich dahinter stecken sollen, meistens nicht mehr offen erfolgt – zumindest in Deutschland.

Allen gemeinsam: Verkürzung auf Zirkulation und Personalisierung

Von attac, über Alternative oder Hippies, über Müntefering bis hin zur NPD werden also verschiedenste falsche Sichtweisen auf den Kapitalismus angeboten und auch freudig aufgenommen und weitergetragen. Was ist nun bei allen Unterschieden aber das gemeinsame der verkürzten Kapitalismuskritiken? Sie alle werden durch die Verkürzung falsch, das heißt, sie erkennen nicht das Entscheidende. Sie alle verkürzen auf die eine oder andere Weise auf den Markt, die

Austausch- und Verteilungsprozesse, das Geld – kurz auf die Zirkulation. und sie alle ignorieren mehr oder weniger stark die strukturellen Zwänge des Kapitalismus. Was sie dazu bringt, die Verhältnisse nur durch die Verhaltensweisen, und letztlich durch die angeblich oder tatsächlich dahinter steckenden Absichten erklären zu können. Das heißt, sie personalisieren die Kritik am Kapitalismus – sei es, dass sie den Fehler in der Korruption oder den bösen Absichten der politischen Klasse sehen, in den falschen massenhaften Konsumgewohnheiten, oder schließlich in einer bösartigen Elite, die über den Verhältnissen steht und die Fäden zieht.

Kapital als „automatisches Subjekt"…

Aber es gibt auch eine nicht-personalisierende Kritik, die trotzdem verkürzt ist. Sie besagt, dass das Kapital ein automatisches Subjekt ist. Das soll heißen, dass das Kapital die Verhältnisse bestimmt, dass es das eigentliche Subjekt der Gesellschaft ist. Alle sind dem Kapital gleichermaßen unterworfen, niemand kann sich ihm entziehen. Jeder Versuch, das Verhalten von Menschen zu kritisieren, fällt unter den Verdacht, zu personalisieren und letztlich – zumindest strukturell – antisemitisch zu sein. Denn wenn die Verhältnisse das Verhalten vollkommen bestimmen, dann ist es Unsinn, von den Menschen ein anderes Verhalten zu erwarten.

»Von Personalisierung kann mensch erst reden, wenn unterstellt wird, dass es Akteure gibt, die den Verhältnissen enthoben sind. Ansonsten bliebe nur auf jede nicht-theoretische Praxis zu verzichten.«

Aber: Kritik an den unterschiedlichen Akteuren innerhalb des gesellschaftlichen Zusammenhangs ist keine Personalisierung. Von Personalisierung kann mensch erst reden, wenn unterstellt wird, dass es Akteure gibt, die den Verhältnissen enthoben sind, die über oder außerhalb dieser Verhältnisse stehen und sie beliebig steuern können. Ansonsten bliebe tatsächlich nur die falsche Alternative, die Kritik personalisieren zu müssen oder zu resignieren und auf jede nicht-theoretische Praxis zu verzichten. Wobei auch die keinen Sinn mehr macht, wenn das falsche Bewusstsein dem Systemcharakter entspringt – woher sollte das richtige Bewusstsein kommen, wie sollte Aufklärung – die Veränderung der Gedanken – das System sprengen? Das zu denken ist in letzter Konsequenz Idealismus.

…und „das Geheimnis der Plusmacherei"

Interessanter weise ist die Kritik am Kapital als automatischem Subjekt genau auf denselben Bereich verkürzt, wie die anderen erwähnten Kritiken. Das Kapital erscheint nämlich nur in der Zirkulationssphäre als automatisches Subjekt. Aus Geld wird – wie von zauberhand – mehr Geld. Und alle Menschen sind nur ein Anhängsel dieses Kapitals und vollstrecken bewusstlos sein Gesetz. Nur wenn auch die Produktionssphäre betrachtet wird, löst sich dieser mysteriöse, falsche Schein auf. Es gibt nämlich eine Ware, die mehr Wert erzeugt, als sie kostet – und das ist die Arbeitskraft. Der Kapitalismus beruht auf dem Klassengegensatz. Wäre nicht die Mehrheit der Menschen gezwungen, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, könnte Kapital nicht existieren. Das Kapital ist nur die Erscheinungsform der Ausbeutung, wie sie in der Öffentlichkeit und auf dem Markt sichtbar wird. Die Ausbeutung selbst geschieht im Betrieb, der Privatbesitz ist und damit der Öffentlichkeit entzogen. Und dort gibt es plötzlich auch all die verloren geglaubten personalen Herrschafts- und Unterordnungsverhältnisse wieder, die angeblich mit dem Feudalismus abgeschafft worden sind. Ohne diese Herrschaftsverhältnisse zu kritisieren – mit der Perspektive sie abzuschaffen – bleibt jede Kapitalismuskritik verkürzt und falsch.

Der Text ist ein Diskussionsbeitrag des cafe antisistema bei einer Veranstaltung, die im September 2007 im Autonomen Zentrum ExZess (Frankfurt a.M.) stattfand. Eingeladen hatten die antifa [f] und das cafe antisistema um sich über Antiimperialismus und Antisemitismus auszutauschen.

Menschlich bleiben!

Ein Plädoyer für den Tierschutz und gegen politischen Veganismus und die Tierrechtsideologie.

»Ich empfand es als besonderes Glück, dass ich neben meinen Söhnen junge Menschenaffen großziehen konnte. Einen großen Unterschied im Verhalten zwischen Menschen- und Affenkindern habe ich nicht bemerkt. Beide waren, je nachdem, lustig und ausgelassen oder traurig und schlecht gelaunt. Und alle brauchten Mutterliebe und viel Verständnis.« Hildegard Grzimek, die Frau des 1987 verstorbenen Zoologen und Tierforschers Bernhard Grzimek, beschrieb in dem Buch »In meinem Herzen haben viele Tiere Platz« (1970) sehr anschaulich, wie unfassbar ähnlich sich die Schimpansen und Rhesusaffen, die ihr Mann aus dem Frankfurter Zoo mit nach Hause brachte, und die eigenen Kinder (in den ersten Lebensjahren) beim Essen und Spielen verhielten und wie wenig Unterschiede sie bei der »Erziehung« machen musste.

Bernhard Grzimek war ein großer Tierfreund und ein engagierter Tierschützer. Ein Tierrechtler war er nicht. Ich weiß noch, wie verwirrt ich war, als mir Grzimek in einem Brief schrieb, dass er nicht grundsätzlich gegen Tierversuche sei. Ich war acht Jahre alt und hatte gerade den Tier-Rettungs-Dienst (T.R.D.) gegründet und Grzimek als Ehrenmitglied gewonnen. Tierrechtler gab es damals noch nicht in meiner Wahrnehmung, ebenso wenig eine antispeziesistische Ideologie. Es war allein mein kindliches Gemüt, das Ungerechtigkeit empfand angesichts der Bilder blutig geschlachteter Robbenbabys. Mein erstes Flugblatt argumentierte in holprigem Grundschuldeutsch gegen Pelzmäntel, wir haben mit unserem Club auch Flugblätter gegen Massentierhaltung verteilt – und einen entflogenen Wellensittich zu seinem Besitzer zurückgebracht. Auf die Idee, Vegetarier zu werden, bin ich nie gekommen. Ich habe mich aber auch wirklich für Tiere interessiert, ging gerne in den Zoo und habe Grzimeks Fernsehsendung »Ein Platz für Tiere« immer mit großem Interesse verfolgt. Daher wusste ich: Tiere essen Tiere, das ist keine Schande.

Wer heute jung ist und Tiere mag, gerät viel leichter als damals in eine Szene, die sich »Tierrechtler« oder »Tierbefreier« nennt. Vegetarisch zu leben oder gar vegan, gehört selbst in der radikalen Linken und bei Antideutschen zum guten Ton. Sogar als kommunistische Herrschaftskritik wird die Tierrechtsideologie gepriesen. In einem Aufruf zum »Antispeziesistischen Kongress« im August hieß es: »Durch die kapitalistische Produktionsweise wird ›das Tier‹ zum verwertbaren Objekt.« Als ob die Steinzeitmenschen nicht gewusst hätten, wie man Tiere verwertet.

Aus Sicht dieser neuen Tierrechtlerbewegung, die grundsätzlich jedes Töten von Tieren ablehnt und für Tiere Menschenrechte fordert wie etwa das Recht auf physische und psychische Unversehrtheit, ist der Zoodirektor Grzimek vermutlich ein Verräter. Doch was tun diese Leute in der Praxis? Sie verzichten darauf, Fleisch und alle tierischen Produkte zu essen, sägen Hochsitze von Jägern an und demonstrieren gegen Pelztierzucht oder befreien gar ein paar Hühner aus einer Hühnerfarm. Effektiv haben sie damit kaum den Tod auch nur eines Tieres verhindert, denn das Ei, das sie nicht essen, isst eben jemand anderes, vielleicht sogar ich. Vor allem beruhigen sie ihr Gewissen. Grzimeks Engagement hingegen verdanken wir unter anderem den Serengeti-Nationalpark.

Bei Veganismus und Tierrechten geht es nicht um Tierschutz, sondern um Ideologie. Eine gefährliche Ideologie, denn sie untergräbt die Menschenrechte, die sich wohlweislich von den meist brutalen und alles andere als gerechten »Gesetzen der Natur« unterscheiden. Ihr wichtigstes Anliegen ist es, die Grenze, die zwischen Mensch und Tier gezogen wurde, in Frage zu stellen. Eine Grenze, die dazu dient, für ausnahmslos alle Menschen das gleiche Recht auf Leben, Freiheit und Unversehrtheit einfordern zu können.

Warum habe ich zu Beginn die Szene aus dem Hause Grzimek beschrieben, in der diese Grenze doch so offensichtlich dekonstruiert wird? Weil diese Grenze, da haben die Tierrechtler Recht, eine biologisch willkürliche, künstliche, eben menschliche ist, weil es gar nicht um den von Tierrechtlern – zuweilen mit Judith Butler im Gepäck – gerne kritisierten »Mensch-Tier-Dualismus« geht. Den möchten die Tierrechtler gerne aufheben, nur: Es gibt ihn (außerhalb einiger Religionen) gar nicht, kein seriöser Biologe würde ihn behaupten. Der Mensch wird allgemein der Familie der Menschenaffen zugeordnet, Menschen und Affen sind sich ganz offensichtlich sehr ähnlich, ähnlicher jedenfalls als ein Wurm und ein Gorilla. Es ließe sich, biologisch argumentiert, genauso plausibel darlegen, weshalb die Grenze zwischen Säuge- und Kriechtieren oder zwischen Vögeln und Insekten oder zwischen Fischen und Pflanzen gezogen werden sollte, statt zwischen Mensch und Tier.

Die Tatsache, dass wir ausgerechnet zwischen Menschen und den restlichen Tieren trennen, ist nicht biologisch oder ethisch zu begründen. Jede andere Grenzziehung aber auch nicht. Und da, wo es versucht wird, wird es gefährlich. Etwa wenn der Spiritus rector der Tierrechtsideologie, Peter Singer, versucht

zu erklären, dass das entscheidende Kriterium zur Unterscheidung die Leidensfähigkeit von Lebewesen sei, und damit manchen behinderten Menschen und Neugeborenen das grundsätzliche Recht auf Leben abspricht.

Gar keine Grenze zu ziehen, zu behaupten, Tiere allgemein, also jedes Tier, hätten dasselbe Recht auf Leben wie Menschen, würde aber bedeuten, sämtliche Menschen zu Mördern zu erklären. Auch der konsequenteste Veganer tötet jeden Tag Hunderte, wenn nicht Tausende Tiere. Allein auf seinem Weg zum Bio-Markt zerquetscht er sie achtlos unter seiner Sohle. Konsequenterweise müssten nach der Logik der Tierrechtler ausnahmslos alle Menschen und ebenso Tiere bestraft werden – oder man befände Mord allgemein für legitim. Wohin die Relativierung von menschlichen Verbrechen führt, kann man an der Tierrechtsbewegung sehen, in der regelmäßig Vergleiche zwischen Tierquälerei und dem Holocaust angestellt werden.

Doch die Veganer kümmern sich in der Regel gar nicht um Ameisen, Würmer und anderes Geschmeiß, sondern um Tiere mit großen Augen, die einen traurig oder süß angucken können. Um Affen, Hunde, Katzen, Rinder, Lämmer, Küken und kuschelige Pelztiere. Die anderen 99 Prozent der Tierwelt kommen in ihrer Gedankenwelt kaum vor. Menschenrechte für Tsetsefliegen und Motten fordern sie nur indirekt oder zum Teil auch gar nicht. Damit ziehen sie aber genauso willkürlich eine Grenze, die nicht biologisch erklärt werden kann. Also muss sie ethisch erklärt werden, und folglich kommt man um Kriterien wie »Leidensfähigkeit« oder ähnliches nicht herum. Keines solcher ethischen Kriterien kann jedoch auf jeden einzelnen Menschen zutreffen, und genau deshalb untergräbt diese Ideologie die Menschenrechte.

Auch die Tatsache, dass sich der Mensch grundsätzlich vom Tier dadurch unterscheidet, dass er selbstreflektierend ist, über seine Instinkte hinaus und gegen sie handeln kann, eine Geschichtsschreibung pflegt und über die persönliche Zukunft hinaus planen kann, ist zwar eine wichtige Feststellung, die erklärt, weshalb die Spezies Mensch in der Tat etwas ganz Besonderes ist, taugt aber für die Festlegung einer Rechtsgrenze nicht. Denn man könnte wiederum manche geistig behinderte Menschen, Kleinkinder, Koma-Patienten usw. davon ausschließen, im Grunde sogar schlafende Menschen.

Welch enorme Bedeutung die allgemeine Verständigung darauf hat, die Grenze nicht zwischen bestimmten Tierarten, sondern kategorisch zwischen Mensch und Tier zu ziehen, erkennt man auch daran, dass dies früher nicht selbstverständlich war. Noch Anfang des 20. Jahrhunderts wurden in Zoos bei so genannten Völkerschauen neben Tieren auch Menschen anderer Kontinente zur Schau gestellt. Stellt man die Mensch-Tier-Grenze in Frage, öffnet man dafür die Tür, Grenzen zwischen den Menschen zu ziehen. Und welche Auswirkungen es hatte, die Menschen in verschiedenwertige »Rassen« zu unterteilen, muss an dieser Stelle nicht ausgeführt werden.

Die Ideologie des Veganismus ist höchst gefährlich, vegetarisch zu leben nicht. Nichts spricht dagegen, dass sich Menschen entscheiden, weniger oder auch gar kein Fleisch zu essen. In der Tat hat der täglich wachsende Fleischkonsum weitreichende Folgen für die globale Ökologie. Allerdings wird die Welternährung [unter kapitalistischen Bedingungen, Anm. der Alhambra-Red.] auch unabhängig vom Fleischkonsum eines Tages ein Problem werden. Es könnte dennoch nützlich sein, wenn insgesamt weniger Fleisch gegessen würde, nur darf man nicht und braucht man auch nicht dies tierrechtlerisch bzw. ethisch begründen. Das gilt auch für andere Aspekte des Tierschutzes.

Zum Beispiel Massentierhaltung. Tatsächlich erfüllen viele dieser Fabriken den Tatbestand der Tierquälerei, und es ist gut und notwendig, immer wieder eine bessere Tierhaltung einzufordern. Ein Verzicht auf die Massentierhaltung würde allerdings erfordern, wie in der Bio-Landwirtschaft sämtlichen Rindern auf Weideland Auslauf zu gewähren. Das jedoch würde eine Weidefläche beanspruchen, bei der wohl kaum ein Urwald dieses Planeten überleben würde. Bio-Fleisch kann also keine Alternative sein. Fleischverzicht dann schon eher. Allerdings sind es vor allem die aufholenden Länder, die den Welt-Fleischkonsum erhöhen, und wer will als Wohlstandseuropäer, der sich im Supermarkt jederzeit ein wohlschmeckendes vegetarisches Menü zusammenstellen kann, ausgerechnet den Menschen in den Entwicklungsländern das Recht absprechen, jetzt auch mal ein ordentliches Steak zu essen statt immer nur Reispampe? Sich vegetarisch oder vegan zu ernähren, bedeutet im Übrigen nicht, dass dafür keine Tiere getötet werden. Man kann die Existenz-Frage »Kartoffel oder Kartoffelkäfer« bzw. »Reis oder Reiskäfer« nur dann zugunsten der Pflanzenschädlinge beantworten, wenn einem die Ernährung der Weltbevölkerung am Hintern vorbeigeht.

Anderes Beispiel: Tierversuche. Selbstverständlich ist es richtig, den überflüssigen Verbrauch von Tieren für die Entwicklung des hunderttausendsten Lippenstifts zu kritisieren (in Deutschland sind Tierversuche für Kosmetika allerdings bereits seit 1998 verboten). Doch wenn man auch nur ein bisschen Verantwortungsgefühl für z.B. die HIV-Katastrophe Afrikas besitzt, ist eine grundsätzliche Ablehnung aller Tierversuche indiskutabel. Die Alternative würde bedeuten, Medizin u.ä. an Menschen testen zu müssen, wie es die tierfreundlichen deutschen Nationalsozialisten praktizierten, die tatsächlich weitgehend Tierversuche abgeschafft hatten.

Eine sehr fortschrittliche Position vertreten politische Veganer allerdings (hier wäre auch der Link zu Gender-Theorien zulässig), nämlich die, dass der Mensch, unabhängig davon, dass er biologisch gesehen ein Allesfresser ist, sich entscheiden kann – auch gegen »seine Natur«. Dafür, kein Fleisch zu essen etwa. Genau diese Fähigkeit ist es jedoch, die den Menschen von allen anderen Spezies unterscheidet und auf der jede Kultur und Zivilisation gründet – und zugleich ist sie das offensichtlichste Argument gegen Antispeziesismus. Für den Menschen ist die Natur ein Konstrukt, sie ist relativ. Für Tiere ist sie alles.

aus der Jungle World Nr. 37

INTERVIEW
MIT DEM FANCLUB ADELANTE

Übersetzt heißt dies so viel wie„Vorwärts“ oder„Voran“. Der Name ist zugleich Programm einer kleinen Gruppe von Leuten mit Anspruch und Zielsetzung, die Oldenburger Fanszene nach vorne zu bringen und dabei kritisch zu reflektieren. Sie wollen nicht etwa eine Elite der Fanszene darstellen, sondern vielmehr als Triebfeder für nötige bzw. wünschenswerte Veränderungen agieren, was ihnen in ihrer kurzen Historie bisher recht gut gelang. Mehr Infos gubt`s unter: http://www.oldenburg-adelante.de.

Das Interview beantwortet haben Böller und Revo. Geklaut haben wir es aus dem „Autonomen Zentralorgan Wideshausen“, im Netz zu finden unter: www.underdogfanzine.de

UNDERDOG: ADELANTE ist eine antirassistische Fangruppe, die als "Triebfeder für nötige/wünschenswerte Veränderungen agiert". Welche Veränderungen sind angestrebt und bereits umgesetzt worden?

Um diese Frage beantworten zu können, muss man zunächst etwas zurück blicken: nachdem der VfB Oldenburg im Jahr 2004 in die Niedersachsenliga (5.Liga) abstieg, in der ersten Saison den direkten Wiederaufstieg verpasste und sich nach der Hinrunde der Saison 2005/06 auf dem 10. Platz und somit hinter den direkten Stadtrivalen aus Bürgerfelde befand, schien der Verein sportlich als auch fanszenentechnisch am Tiefpunkt angelangt zu sein. Viele Zuschauer kehrten dem VfB den Rücken oder gingen nur noch zu Spielen der zweiten Mannschaft, anstatt sich für 6 Euro ein lustloses und frustrierendes Gekicke anzuschauen. Innerhalb unseres Blockes (Block J – auch „Area 97“ genannt) herrschte Totenstimmung. Kaum einer war noch motiviert die eigene Mannschaft anzufeuern oder sich an Aktionen (z.B. das Erstellen von Choreographien) zu beteiligen. Viele zog es statt dessen zum „großen Bruder“ nach Bremen und vor allem Jugendliche, die es zu motivieren galt, mieden den Gang ins Marschwegstadion. Mit diesem Zustand wollten sich jedoch nicht alle abfinden und somit unternahmen einige den bis dato vielleicht letzten Versuch der Oldenburger Fanszene neues Leben einzuhauchen und gründeten das Adelante. Der Block sollte optisch wieder bereichert werden, also traf man sich in den Räumlichkeiten des Fanprojektes und malte neue Doppelhalter, Schwenkfahnen sowie eine riesengroße Zaunfahne, welche sich heute immer noch vor unserem Block befindet und einen hohen Wiederekennungswert hat. Auch neue Gesänge dachte man sich aus, die mensch sich auch auf unserer Homepage in der Liderfidel durchlesen kann. Man muss zu alledem sagen, dass ohne das Fanprojekt, welches von dem Dachverband Oldenburger Faninitiative (OFI) getragen wird, die Fanszene zu dem damaligen Zeitpunkt wahrscheinlich ausgestorben wäre. All diese Faktoren sowie die plötzlich wieder einkehrenden sportlichen Erfolge der Mannschaft sorgten dafür dass plötzlich wieder neue Gesichter in unserer Kurve anzutreffen waren. Gegen Ende der letzten Saison stießen vor allem Jugendliche im Alter zwischen 12 und 17 Jahren dazu, die von uns erfolgreich in die Fanszene integriert wurden und sich inzwischen zu einer eigenen Gruppierung (Youth United) zusammen geschlossen haben. Gemeinsam führen wir während der Spiele unsere Aktionen durch. Somit haben wir das Ziel, die Oldenburger Fanszene wieder zu beleben, erreicht, was jedoch nicht heißt, dass wir mit der jetzigen Situation zufrieden sind. Eine Fanszene muss sich schließlich immer zum positiven weiterentwickeln. So ist es uns zum Beispiel wichtig noch mehr Leute im Block zum mitsingen zu animieren und für unsere Sache zu begeistern.

Darüber hinaus verfolgen wir noch weitere Ziele: wie du bereits erwähntest, verstehen wir uns als eine Fangruppierung mit antirassistischem Grundverständnis. Dies zeigt sich darin, dass wir versuchen rassistische Sprüche und Gesänge in unserem Block zu unterbinden. Dies gelingt uns auch weites gehend. Auch in Punkto Kommerzialisierung, deren Leidtragende meistens die Fans sind beziehen wir eindeutig Stellung. Es ist erschreckend mit anzusehen, wie weit der Vermarktungswahnsinn schon in der Oberliga bei uns Einzug bei uns erhalten hat: Zwar braucht unser Verein nach überstandener Insolvenz im Jahre 2000 jeden Cent, aber die Aneignung von Blocknamen auf der Haupttribüne durch Sponsoren, die Gefährdung von Zaunfahnenplätzen aufgrund zunehmender Werbebanden und die ständigen Werbedurchsagen bei Eckbällen, Toren und Spielständen gehen eindeutig zu weit. Wenn man diesbezüglich nicht eindeutig Stellung bezieht, wird die Kommerzialisierung noch viel weiter ausarten. Natürlich setzen wir uns außerdem gegen die zunehmende Repression von Fußballfans – auch außerhalb der eigenen Fanszene – zur Wehr, indem wir dies beispielsweise durch Spruchbänder bei unseren Spielen öffentlich thematisieren. Zuletzt, als mehrere Kieler Anhänger in Meppen von der Polizei krankenhausreif geschlagen wurden.

UNDERDOG: Woher kommt die Begeisterung für den VfB Oldenburg und nicht etwa für den Konkurrenten VfL?

Frank Claassen, Trainer des Bürgerfelder Gartenlaubenvereins sagte vor einem Spiel einmal, dass der VfB klar im Vorteil sei, da der VfL nur Zuschauer habe, der VfB aber richtige Fans. Genau das macht für mich den entscheidenden Unterschied aus. Als ich begann, regelmäßig zum Fußball zu gehen, war es nicht das Spiel von dem ich fasziniert war, sondern die Atmosphäre sowie

das Umfeld in dem man sich befand und in das man nach und nach hinein wuchs. Man lernt beim Fußball die unterschiedlichsten Menschen kennen, die man sonst wahrscheinlich nie kennen gelernt hätte und gemeinsam trägt man akustisch und optisch seinen Teil dazu bei, um die eigene Mannschaft zu unterstützen und sich mit den gegnerischen Fans zu messen. Diesbezüglich sind wir Bürgerfelde-Süd meilenweit voraus. Dies kann man allein schon an Zuschauerzahlen festmachen: während in der laufenden Saison zu unseren Spielen bis zu 6.300 Zuschauer erschienen (10. Spieltag- Gegner war Tabellenführer Holstein Kiel) waren es bei den Grünen gerade mal 600 (33. Spieltag, Meisterschaftsspiel gegen den SC Langenhagen). Zudem ist eine Fanszene bei den Grünen ein absolut unbeschriebenes Blatt was sicherlich auf die Tradition beider Vereine zurück zu führen ist: während der VfB einst an die Bundesligatür klopfte, spielte der VfL niemals höherklassig als zum jetzigen Zeitpunkt und zeichnete sich bislang größtenteils nur im Handball aus - dieser Zustand soll sich meinetwegen auch nicht ändern...

UNDERDOG: Die Frage auf das Ultrà-Sein könnt ihr nicht eindeutig beantworten. Welche Kriterien und Themenfelder sind für dich entscheidend, sich über dem "normalen" Fansein hinaus, für den Sport/Verein zu engagieren? Was ist für dich ein mündiger, kritischer Fan und in welchen Bereichen liegen für dich die Abgrenzungs-Unterschiede zum „normalen“ Fan („Ihr habt mit Fuß - ihr habt mit Ball - ihr habt mit Fußball nichts zu tun“) die ja von euch gewollt sind?

Der normale Fan an sich geht mit seinem Trikot ins Stadion um der Mannschaft zuzujubeln und nebenbei mit seinen Freunden das eine oder andere Bierchen zu zischen. Sein Repertoire an Gesängen ist nicht besonders groß und wenn es sportlich gerade nicht läuft, fängt er meistens an die gegnerischen Spieler oder den Schiedsrichter zu bepöbeln Er kauft sich die Fanartikel, die der Verein ihm vorsetzt und hat kein Problem damit, sich von einem bezahlten Stadionsprecher zum singen animieren zu lassen oder an Sponsoren-Choreographien teilzunehmen. Da fängt für uns die Unmündigkeit an. Wir grenzen uns von diesem Konsumverhalten ab und wollen uns auch nicht als reine Stimmungsmacher instrumentalisieren lassen. Es ist uns wichtig, dass sich die Fanszene durch Kreativität auszeichnet, um somit zum einen die eigene Mannschaft zu motivieren und zum anderen den gegnerischen Fans etwas entgegen zu setzen. Gleichzeitig repräsentieren wir durch unsere einzigartige Kurve bzw. den Block unsere Stadt. Dies geschieht zum Beispiel durch das Erstellen von selbstgemalten Choreographien, Doppelhaltern, Schwenkern und vor allen Dingen auch durch eigene Gesänge. Leider werden diese viel zu schnell von anderen Fanszenen kopiert. Dies kann aber wieder kompensiert werden, indem man sich optisch durch selbst kreierte Klamotten (Stichwort: Gruppenshirts) und Aufkleber von anderen Fanszenen abgrenzt. Auch Streetart z.B. Tags und Graffiti sind in spielen eine Rolle. All diese eben genannten Faktoren machen auch den Unterschied zum normalen Fan aus, der sich wie anfangs beschrieben verhält und optisch nur durch das Tragen von offiziellen Fanartikeln auffällt.

Als einen kritischen, mündigen Fan würde ich mal jemanden bezeichnen, der sich darüber hinaus auch mit den Themen Kommerzialisierung, Repression gegenüber Fußballfans und Antirassismus beschäftigt und der nicht alles hinnimmt, was der eigene Verein ihm aufschwatzen möchte. Gerade eben genannte Themenfelder halte ich für besonders wichtig, da sie sonst noch viel größere und negative Ausmaße annehmen würden. Neben den weiter oben genannten Beispielen, die eigene Fanszene betreffend, halte ich es für wichtig, dass man szenenübergreifend gegen fanunfreundliche Anstoßzeiten, Stadionumbenennungen und willkürliche Stadionverbote vorgeht. Es kann z.B. nicht angehen, dass jemanden drei Jahre Stadionverbot aufgezwungen werden, nur weil diese Person bei einem Auswärtsspiel den Gästeblock mit Aufklebern verzierte. Hier sollte der Zusammenhalt zwischen den einzelnen Gruppierungen noch verstärkt und ein breites öffentliches Interesse geschaffen werden. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist die Webpräsenz www.fansmedia.org die seit Anfang des Jahres online ist und auf der Fälle wie den eben genanntem, aufmerksam macht.

UNDERDOG: Es ist ein Irrglaube, dass Hooligans sich nicht um ihre Mannschaft scheren und sie den Fußball nur als Vorwand ausnutzen, um sich zu prügeln. Die Liebe zum Verein ist ein Teil ihrer „Kultur“. Wie weit geht deine Liebe zum Verein bzw. inwieweit beeinflusst dich die Kultur im Alltag?

Der von dir beschriebene Irrglaube macht auch uns Ultras häufig zu schaffen. Erzählt man im Alltag z.B. in der Schule, an der Uni oder am Arbeitsplatz einen Laien dass man regelmäßig zum Fußball geht, wird man ganz schnell in eine Schublade mit besoffenen, prolligen und grölenden Fußballfans gesteckt, die sich zumeist total daneben benehmen. Wenn man sich dann von diesem Klientel distanziert und sagt man sei Ultrà bzw. ultràorientiert, wird man gleich für einen Hooligan gehalten weil Außenstehenden zumeist durch die Massenmedien ein solches Bild suggeriert wird. Es gilt dann, diese Personen darüber aufzuklären was wirklich hinter der Idee dieser (Sub)kultur steckt. Des Weiteren sollte sich jeder im Klaren sein, dass man nicht nur am Wochenende alles für seinen Verein gibt sondern sich unter der Woche bereits Gedanken darüber macht wie z.B. die Choreo am Wochenende aussehen soll. So kann es schon mal vorkommen dass ich mich bereits am Mittwochnachmittag mit den anderen im Fanprojekt treffe und wir bis Sonntag unsere Ideen ausarbeiten - hierfür muss ich dann notfalls mehrere Nachtschichten in Kauf nehmen. Hinzu kommt dass zu jedem Heimspiel von uns auch noch ein Blockflyer erstellt werden muss (LiberO heißt das gute Pamphlet und ist ebenfalls einsehbar auf unsere Homepage) d.h. es kann sein, dass man hierfür auch noch Berichte schreibt. Montags vor den Heimspielen findet zudem im Fanprojekt noch die Sitzung der OFI. statt, an der sich die Vertreter zahlreicher Interessensgruppen zusammensetzen, um eine Nachbetrachtung der vorangegangenen und einen Ausblick auf die nächsten Spiele vorzunehmen. Auch hier nehmen regelmäßig viele aus unserer Gruppierung teil, um unsere Standpunkte zu Vertreten. Freizeit bleibt oft eigentlich nicht viel - denn diese geht voll und ganz für die eigene Sache drauf. Und wenn dann doch ein paar freie Stunden übrig bleiben, lebt die Gruppe durch gemeinsame Aktivitäten auf wobei die Interessensschwerpunkte diesbezüglich sehr vielfältig sind. Ein Teil von uns geht gemeinsam auf Konzerte, während der andere Teil lieber einen Besuch in einer Diskothek bevorzugt. Ohnehin ist die Gruppe für die meisten deutlich mehr als ein Fanclub geworden, eher ein Freundeskreis, der über Fußball weit hinaus geht. Und natürlich ist mit Ultrà auch eine grundsätzliche Einstellung verbunden, die viele Mitglieder auch im Alltag weiterleben – z.B. durch ein konsumkritisches Verhalten.

UNDERDOG: Da ihr euch nicht als "gewaltbereit" definiert, beschränken sich eure Reaktionen auf rassistische Sprüche im Stadion auf Gegenrufe. Glaubst du, damit ausreichende Maßnahmen getroffen zu haben, Rassismus aus den Stadion zu kicken bzw. welche Aktionen sind ansonsten noch im Programm?

Ein paar Spruchbänder und Gegenrufe (z.B. bei den antiziganistischen Aufällen einiger Wilhelmshavener) reichen alleine sicherlich nicht aus, um Rassismus aus den Stadien verbannen zu können. Wir als Gruppe, ob nun alleine als Adelante oder noch besser: in Zusammenarbeit mit der OFI (die ebenfalls eine antirassistische Grundeinstellung hat) versuchen auch, den Vereinsvorstand zum Handeln zu bewegen, indem wir auf den Antirassismusparagraphen in der Stadionordnung aufmerksam machen. Auf diesem Wege könnte man die Vereinsverantwortlichen beispielsweise über rechten Lifestyle aufklären so dass diese dann dafür zu sorgen haben, dass Personen mit entsprechender Kleidung draußen bleiben. In vielen anderen Stadien wurde dies bereits durchgesetzt. Natürlich ist das nicht unproblematisch, denn der Verein könnte dies auf Gesamtpolitik übertragen (frei nach dem Motto „Football without politics"), so dass sich plötzlich auch Menschen mit Che-Guevara- oder „Good night white Pride"-Shirts vor den Stadiontoren wieder finden. Lobens- und erwähnenswert war in dieser Saison auf jeden Fall das schnelle Handeln von Seiten des Vereins, als sich der Bezirksvorsitzende der NPD, Michael Meyer, vorm Stadion aufhielt und die berüchtigten „Schulhof CDs" verteilte – innerhalb kürzester Zeit wurde ihn ein Platzverbot erteilt und wenn ich mich nicht täusche hat er auch ein Stadionverbot erhalten (zumindest wird er seit diesem Vorfall nicht mehr gesehen).

Ich sprach bei deiner ersten Fragestellung bereits die Jugendlichen in unserem Umfeld an. Auch diesbezüglich haben wir ein Stück weit Verantwortung zu übernehmen, indem wir ihnen dazu verhelfen, ein vorurteilsfreies Menschenbild zu entwickeln, damit sie sich gar nicht erst in irgendeiner Form rassistisch verhalten können. Darüber hinaus wollen wir mit unserem CD Sampler „The Sound of our City – Oldenburger Bands für eine freie Kurve ohne Rassismus und Diskriminierung" einen Beitrag leisten indem wir die Leute über rassistische Vorkommnisse beim Fußball aufklären. Auf dem CD-Rom-Teil findet sich deshalb ein Text wieder, der sich mit eben dieser Thematik auseinander setzt – zudem kommen alle teilnehmenden Bands zu Worte. Was das Thema Gewalt angeht: Grundsätzlich sind wir nicht auf der Suche nach Auseinandersetzungen, aber natürlich können wir diese auch nicht ganz ausschließen. Es ist klar, dass wir im Falle von rechten Übergriffen auch eingreifen würden.

UNDERDOG: Gibt es in Oldenburg selbst auch rechte Strömungen in den Fanclubs zu beobachten und wie geht ihr mit denen um? Welche konkreten Forderungen könnten das rechtsextremistische Erscheinungsbild im Stadion verschwinden lassen?

In den einzelnen Fanclubs bleiben rechte Rekrutierungsversuche zum Glück aus – allerdings versuchten in der vergangenen Saison immer wieder die Freien Kräfte Oldenburg in Hooligankreisen Fuß zu fassen. Diese fielen dann (z.B. im NFV-Pokalspiel in Pewsum und beim FC St. Pauli II) negativ durch das Tragen von NWA (Nationaler Widerstand Ammerland) Shirts und durch stumpfe Gesänge („Nazis raus aus dem Knast" „Hier marschiert der Nationale Widerstand") auf. In dieser Hinsicht ist es zum Glück gelegt, da wir zum einen eindeutig Position bezogen haben und es zum anderen selbst den Hools irgendwann zu doof geworden ist, mit Nazikadern aufzulaufen. Wie gerade schon erwähnt, hat auch ein Herr Meyer bereits versucht, den Fußball für seine Zwecke zu missbrauchen – zum Glück handelte der Verein diesbezüglich sehr schnell. Das war allerdings nicht immer so: Bis Anfang der 90er Jahre war die Fanszene als eher rechts zu verorten. So kam es Ende der 80er/ Anfang der 90er Jahre durchaus mal vor, dass sich am Zaun neben einer normalen Fanclubfahne auch eine Reichskriegsflagge wieder fand. Es gab zwischenzeitlich auch mal ein eigenes Oldenburger Hooligan-Fanzine, welches rechts von der Mitte zu verorten war. In den 90er Jahren konnte man aber dank der Gründung von Fanprojekten und Organisationen wie B.A.F.F. (Bündnis Aktiver Fussballfans – bei dem auch die Oldenburger Faninitiative Mitglied ist) rechte Ressentiments eindämmen. Das B.A.F.F. war es auch, das den Vereinen einen Forderungskatalog übergab in dem u.a. stand, dass der Vereinsvorstand eindeutig Stellung gegen rechte Umtriebe beziehen, einen entsprechenden Paragraphen aufnehmen und sich an gemeinsamen Aktionen mit den Fans beteiligen soll (seit einigen Jahren hängt bei uns im Stadion auch ein „Football unites – Racism divides" Banner, der in Zusammenarbeit mit dem Verein entstand).

Diese Kataloge sollten vielleicht von den Fan- und Ultrágruppierungen durch weitere Forderungen ergänzt bzw. aktualisiert werden, zumal die rechten Spinner immer wieder und über neue Wege versuchen Fuß zu fassen in der Fanszene. Dies macht sich besonders bei unterklassigen, existenzbedrohten Vereinen bemerkbar, z. B. beim KFC Uerdingen: Dieser hatte aufgrund seiner Notlage zu einem Spendenaufruf gebeten, auf den die NPD sofort einging. Zum Glück reagierte der Verein recht schnell. Die so genannte Unterstützung, heißt es, sei weder gewünscht noch willkommen. Zudem distanziere man sich von der Partei und ihren Zielen. Der Betrag wurde zurück überwiesen. Ähnliches versuchte die NPD beim ebenfalls existenzbedrohten SG Wattenscheid 09, indem die Partei dazu aufrief den Verein durch Rasenpatenschaft finanziell zu unterstützen.

UNDERDOG: NPD, AN's und Freie Kameradschaften benutzen den Fußballsport/den Verein, um ihre rechte Ideologie zu verbreiten. Fehlt der linken Fußballszene ein breites politisches Bündnis?

Dass es an einen breiten Bündnis fehlt, würde ich nicht sagen, schließlich hat sich beispielsweise seit der Gründung von B.A.F.F. einiges in den Stadien zum positiven verändert: Es ist gelungen Rassismus im Stadion als Thema in den Blickpunkt des Interesses zu rücken und dabei eben auch Erfolge zu erzielen. Darüber hinaus gibt es ja noch weitere Organisationen die ähnliche Ziele verfolgen: z.B. FARE (Football Against Rascism in Europe) – ein antirassistisches Netzwerk mit Partnern aus mehr als 37 Ländern. Beide Organisationen arbeiten übrigens fest miteinander zusammen. Kritisch zu betrachten an diesen Organisationen ist jedoch, dass die Kommunikation nur über halbjährliche Mitgliedsrundbriefe und jeweils 2 gemeinsamen Treffen (im Sommer und im Winter) läuft. Es dauerte zudem einige Zeit bis sich dem Bündnis auch Ultragruppierungen anschlossen, da diese zum einen erst seit Mitte der 90er Jahre existierten, sich über mehrere Jahre selbst definieren mussten und es zum anderen auch Vorbehalte ihnen gegenüber von einigen B.A.F.F. Mitgliedern gab, bis diese sich richtig mit der Thematik auseinander setzten. Im vergangenen Jahr gründete sich mit dem Alerta Network ein weiteres Bündnis, welches nun zum Großteil aus Ultragruppen besteht. Mitglieder sind unter anderem Ultrà Sankt Pauli, Schickeria München, Azzurro Düsseldorf, Filmstadtinferno Babelsberg und Nordpol Innsbruck. Ohnehin ist die Ultraszene im Großen und Ganzen eher weniger von rechten Umtrieben betroffen, wenn man mal von einigen Negativausnahmen (z.B. Chemnitz, Cottbus) absieht. Von daher kann man sagen, dass wir uns als Fans und Ultras auf dem richtigen Weg befinden. Ein antirassistisches Grundverständnis bei den Menschen zu erzeugen erfolgt jedoch nicht von heute auf morgen – dies sollte ein gesamtgesellschaftlicher Prozess sein zu dem wir aber

durch Gründungen oben genannter Bündnisse unseren Teil beitragen können...

UNDERDOG: Was mich irritiert ist, dass ihr euch nicht als politische Gruppe seht, aber theoretisch wie praktisch über die erlebnisorientierte Freizeitkultivierung hinweg Kommmerzkritik, antirassistische Projekte ansetzt und eine genaue Grundsatzhaltung programmiert. Adelante entwickelt doch hochpolitische Ideen... warum so zögerlich?

In erster Linie sind wir eine Fan- bzw. ultraorientierte Gruppierung und somit keine Politgruppe, die ab und zu mal gerne zum Fußball geht. Aber wir würden uns selbst niemals als unpolitisch bezeichnen, denn der Fußball ist nun mal sehr politisch – schließlich wird das Vereinsgeschehen nicht nur von elf Spielern beeinflusst sondern auch von der Wirtschaft (in Punkto Werbeverträge, Stadionnamen, Fanartikel) von Parteien (die den Fußball für ihre eigenen Zwecke nutzen wollen) und uns selbst, die wir uns in diesem Kontext bewegen und somit niemals unpolitisch agieren können, wie es manche es gerne von sich behaupten wollen. Aber natürlich hat jedes Mitglied andere politische Ansichten, die auch weit auseinander gehen können. Insofern könnten wir in dieser Hinsicht gar nicht mit einer Stimme sprechen. Wir wollen den Fußball auch nicht unnötig politisieren. Viele Themen, die direkt oder indirekt mit Fußball zutun haben, sprechen wir aber auch an – wie wir es hinsichtlich Überwachung und Polizeigewalt bereits getan haben.

UNDERDOG: Wo ziehst du die Grenze zwischen Lokalpatriotismus und Begeisterung für den Club aus deiner Stadt und faschistischen Tendenzen hin zu nationalistischen Standards?

Sicherlich ist es schwer zu verstehen, wie man einerseits Nationalismus ablehnen kann, andererseits einen ziemlich lokalpatriotischen Standpunkt zu vertreten. Wichtig ist uns dabei in erster Linie, dass wir uns positiv mit der Stadt identifizieren, in der die meisten von uns leben, wo wir aufgewachsen sind und die wir lieben gelernt haben. Dies wollen wir durch unseren Fanblock rüberbringen und damit letztlich auch wieder die Stadt repräsentieren. Dazu gehört natürlich auch immer eine Abgrenzung von anderen, in erster Linie vom sportlichen Gegner. Sicherlich ist es eigentlich irrational, auf dieser Grundlage eine Antipathie gegen andere Städte und Vereine, und letztlich andere Menschen zu entwickeln. (z.B. gegen Meppen oder Wilhelmshaven). Aber letztlich ist Fußball ein Spiel. Und so überlegt, ist es auch irrational 22 Leuten beim Bälle treten anzufeuern. Es gehört eben alles irgendwie zu einem großen Spiel. Sofern bei der Rivalität weiterhin im Mittelpunkt steht, die entstehende Energie positiv in eigene Kreativität umzusetzen, ist das für mich ok. Falsch wäre es wohl, wenn es sich mehr und mehr darauf beschränkt, andere zu „bekämpfen" (ob nun durch Gesänge oder sogar gewalttätig). Was Nationalismus angeht: Stolz sollte man nur auf das sein, was man auch selbst geschaffen hat. Sich hinter einem abstrakten Gebilde wie einem Nationalstaat zu verstecken, ist für mich eher traurig. Wenn aber der eigene Fanblock beim Spiel in den selbstgemalten Fahnen erstrahlt, die nächtelang vorbereitete Choreographie zu sehen ist oder die neu eingeführten Lieder gesungen werden, dann ist es ein gewisser „Patriotismus" für die Stadt und den Verein aus meiner Sicht berechtigt, denn man ist selbst ein Teil davon.

UNDERDOG: Wie kann durch und von euch die Infrastruktur verbessert werden?

Das kommt natürlich darauf an, was man als Infrastruktur verstehen mag. Das beste Beispiel dafür, wie von Fanseiten etwas auf die Beine gestellt wird, ist wohl das Fanprojekt – inzwischen wohl der zentrale Knotenpunkt für alle Fanaktivitäten. Wir als kleine Gruppe können so etwas natürlich nicht leisten, aber es gibt durchaus auch große Ultragruppierungen, die ihre eigenen Räumlichkeiten haben. Auch die Busfahrten zu Auswärtsspielen, die die OFI organisiert, kann man wohl zur Infrastruktur zählen. Ob wir irgendwann auch einen eigenen Bus auf die Beine stellen können, ist aber wohl fraglich. Ein anderes Beispiel sind Fanzines, die von Fangruppen herausgebracht werden. Wir selbst geben seit einiger Zeit mit dem LiberO zu Heimspielen zumindest einen doppelseitigen Flyer heraus, der die Fans über Neuigkeiten und Aktivitäten informiert. Für die nähere Zukunft ist durchaus vorstellbar, dass daraus noch mehr wird.

UNDERDOG: Mit welchen Fanprojekten arbeitet ihr persönlich zusammen und welche Möglichkeiten nutzt ihr, um eine Cliquenwirtschaft zu vermeiden?

Wir besitzen das große Glück, dass wir im Gegensatz zu manch anderen Fanszenen über eigene Räumlichkeiten verfügen. Das „Fanprojekt" in der Bahnhofstraße wird seit 1998 von der OFI angemietet und steht für allerlei Fanaktivitäten zur Verfügung. Diese Räume teilen wir uns gemeinsam mit der Oldenburger Aidshilfe und der AWO. Jeden zweiten Montag finden dort die weiter oben angesprochenen Sitzungen statt, Mittwochs ist offen für alle wo dann gelegentlich gekocht oder Fußball geguckt wird. An besagten Ort kommen die verschiedensten Leute zusammen, so dass man sich untereinander austauschen kann und vielleicht sogar die eine oder andere Aktion für das nächste Spiel planen kann. Diese werden dann meistens auch von mehreren Fangruppierungen getragen und nicht nur allein vom Adelante, so dass man nicht von einer Cliquenwirtschaft sprechen kann.

Szeneübergreifend pflegt die Oldenburger Fanszene seit längerer Zeit eine Freundschaft zum RSV Göttingen 05. Auch zur Arminia aus Hannover bestehen noch Kontakte, wo wir einmal im Jahr zum „Strafraum Miliz Cup" antreten. Wie bereits erwähnt ist die OFI Mitglied im B.A.F.F. Ansonsten bestehen natürlich auch Kontakte zu ganz anderen Szenen, auch abseits des Fußballs, allerdings beschränkt sich das auf einzelne Leute und kann nicht auf die Gruppe übertragen werden.

UNDERDOG: Wie oft trefft ihr euch, um Ideen zu entwickeln, Inhalte zu besprechen etc. und welche Kriterien sind notwendig, um in der ADELANTE-Familie aufgenommen zu werden?

Wie oft wir uns treffen um Ideen auszutauschen geht ja eigentlich schon aus der vierten Frage hervor. Wir sehen uns ja fast tagtäglich, von daher müssen wir auch keinen festen Termin für so etwas ins Leben rufen – es sei denn es geht darum, dass innerhalb unserer Gruppe neue Richtlinien geschaffen werden sollen. In Kontakt treten kann man mit uns recht einfach indem man uns im Stadion, im Fanprojekt oder während einer Auswärtsfahrt anspricht. Unbekannte Personen werden aber nicht auf Anhieb aufgenommen. Wer sich innerhalb unseres Blockes engagiert zeigt, regelmäßig zu den Basteltreffen kommt und sich mit hundertprozentiger Leidenschaft für den VfB engagiert, wird vielleicht mal irgendwann von uns persönlich angesprochen ob man nicht Lust hätte unserer Gruppe beizutreten.

Termine

Januar 09

Fr. 2.1. 22:00 Mash up di place - Feel di vibes of reggae, dancehall and socamusic
Sa. 3.1. 22:00 Lesbischwule Mottoparty
Di. 6.1. 20:30 Subklub Film „69"
Mi. 7.1. 21:00 FrauenLesbenKneipe: Schrottgueterwichtelen
Fr. 9.1. 20:00 Punkinvasion V: Rasta Knast + Überflüssig + Ocytocin + Candy Cane Children
Sa. 10.1. 22:00 Konzert: Juri Gagarin danach Aftershow-Party
Do. 15.1. 22:00 Fachschaftsparty Physik/Germanistik
Fr. 16.1. 23:00 Teonanacatl (Psy Trance)
Sa. 17.1. 22:00 Männerfabrik
Fr. 23.1. 22:00 Crush Hour Concerts: Guts Pie Earshot myspace
Sa. 24.1. & So. 25.1. Do-it-yourself-Workshop-Wochenende: Was mensch im Laden alles machen kann
Fr. 30.1. 22:00 Lustige Antifa-Soli-Party
Sa. 31.1. 22:00 Rosa Disco

Februar 09

Mi. 4.2. 21:00 FrauenLesbenKneipe: Konzert mit NIK - schrabbelt ungehalten eigenen stuecken entgegen + Francis Binder -funnytragedy folk
Fr. 6.2. 22:00 Mash up di place - Feel di vibes of reggae, dancehall and socamusic
Sa. 7.2. 22:00 Homophilias - Party für Lesben und Schwule
Di. 10.2. 20:30 Subklub NDW
Fr. 13.2. 21:00 Konzert: Staatsbankrott + Scumpies
Sa. 14.2. 22:00 Trafemmes Frauenparty
Fr. 20.2. 23:00 Elektro Minimal Techno Party
Sa. 21.2. 22:00 Männerfabrik
So. 22.2. 21:00 Crush Hour Concerts: Future islands
Fr. 27.2. 22:00 Soli Party
Sa. 28.2. 22:00 Rosa Disco

Wöchentlich

Mo. 19:00 Antiraplenum OL/BL (nur in geraden Wochen)
Mo. 19:30 Crush Hour Concerts
Mo. 20:00 Antifa-Café
Di. 20:00 Subklub
Do. 20:00 VoKü, danach Kneipe
Do. 21:00 Rechtshilfe

Monatlich

1.Mi. 20:00 FrauenLesbenKneipe
2.Mo. 20:00 Politische Werkstatt
2.Fr. 20:30 NutzerInnenplenum